PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 19.8.1975, fertiggestellt.

21. August 1975 Jg. 3 Nr. 33 50 Pfennig

Staatliche Krisenprogramme

Das große Geschäft der Banken

Der Sachverständigenrat hat in einem Gutachten Dienstag dieser Woche ein Sofortprogramm gegen die Winterarbeitslosigkeit gefordert, wie es die Bundesregierung mit dem neuen 5-Milliarden-Konjunkturprogramm vorsieht. Er hat weiter gefordert, die verschuldeten öffentlichen Haushalte müßten wieder in Ordnung gebracht werden, und zugleich hat er "die Bereitstellung weiterer Finanzspritzen" (Frankfurter Rundschau, 19. August) für die Kapitalisten gefordert, sollte es mit der Wirtschaft nicht aufwärts gehen.

Der Kern seiner Forderungen zur Haushaltspolitik besteht so darin, daß der Staat mehr Gelder für die Kapitalisten bereitstellen müsse und gleichzeitig dafür sorgen müsse, daß sein Haushalt wieder in Ordnung kommt.

Man sieht, die Aufgabe kommt auf den ersten Blick der Quadratur des Zirkels gleich. Aber der Sachverständigenrat hat auch gleich angedeutet, wie er sich die Lösung dieses Kunststücks vorstellt. Gekürzt werden soll an den Löhnen im öffentlichen Dienst *"sowie bei den Zuschüssen und Zuweisungen aus dem Bundesetat"* (Frankfurter Rundschau vom 19. August).

Da gleichzeitig mehr Geld als "Finanzspritzen" für die Kapitalisten bereitgestellt werden soll, wird es bei diesen Bundeszuschüssen wohl um solche wie die zur Sozialversicherung oder zur Altersversorgung für Landwirte gehen. Beschlossen haben inzwischen die Wirtschaftsminister der Länder gemeinsam mit dem Bund das neue Konjunkturprogramm von 5 Milliarden Mark. Bei dieser Sitzung legte der bayrische Wirtschaftminister Jaumann, der den Vorsitz führte, ein Programm vor, das Steuererleichterungen für die Kapitalisten vorsieht. Vertreten wird dieses Programm in der Regierung von der FDP. Und der Bundeswirtschaftsminister Friderichs erklärte, er gehe davon aus, daß er es wohl schaffen werde, *"beim Spitzengespräch am Brahmsee am Mittwoch die 'Große Koalition' für mittelfristige Maßnahmen zur Ertragsverbesserung der Unternehmen zu bilden"* (Handelsblatt, 19. August), also auch die SPD einzubeziehen.

Es zeichnet sich immer deutlicher ab, worauf diese Krisenprogramme hinauslaufen: Kürzung der Lohnsumme im öffentlichen Dienst und Einsparungen an den Ausgaben für das Volk auf der einen Seite, Steuererleichterungen und Subventionen für die Kapitalisten auf der anderen. Fest davon ausgegangen wird bei allen diesen Vorschlägen, daß die Lohnabschlüsse "mäßig" bleiben müssen. Die Reallöhne sollen weiter sinken zwecks "Ertragsverbesserung für die Unternehmen".

Aber nicht nur mit niedrigen Löhnen sollen die Arbeiter und Angestellten für die Krise der Kapitalisten büßen. Die Finanzmaßnahmen der Bundesregierung und die Vorschläge der Parteien laufen darauf hinaus, daß der Staatshaushalt weiter anwachsen wird, während die Einnahmen durch Steuererleichterungen für die Kapitalisten sich verringern. Finanzieren wird der Staat all dies, solange er noch nicht zum Mittel der Erhöhung der Massensteuern greift, indem er noch mehr die Staatsschulden erhöht. Diese Schuldenmacherei wirkt sich aber völlig gegensätzlich aus für die besitzenden und die besitzlosen Klassen. Sie bedeutet Profit für die einen und bevorstehende Steuererhöhungen für die anderen.

Fortsetzung S. 2

SPD/FDP-Thesen: Kein Recht auf Abtreibung

Die Koalitionsparteien behandeln ihre Vorstellungen zur "Reform" des § 218 als Geheimsache. Zwei Monate lang war nichts von ihnen zu hören. Helga Timm, parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Bundestag, hat jetzt einige Andeutungen gemacht, über 'Thesen' zum § 218, auf die sich die SPD/FDP–Fraktionen geeinigt hätten. Nichts Genaues, versteht sich, sondern bloß um zu sondieren.

"Medizinische Indikation in Form einer Generalklausel, was in der praktischen Anwendung der Fristenregelung sehr nahe kommt" – dieses schwülstige Begriffsungetüm ist die Antwort auf die schlichte und einfache Forderung der Volksmassen nach ersatzloser Streichung dieses Strafgesetzes. Wer Behörden kennt, der spürt sofort: Dahinter verbirgt sich bestimmt eine große Lumperei.

Indikationslösung, das bedeutet **kein** Recht auf Abtreibung. Sondern daß man Gründe vorbringen muß, die von Staatsorganen auf ihren sittlichen Gehalt geprüft werden.

Der Fristenlösung kommt das nahe, weil schon dabei jede Frau, die eine Abtreibung für nötig hielt, verpflichtet war, drei Monate lang das Geschwätz von staatlichen Beratungsausschüssen auszuhalten. Daß sie niedrige Beweggründe habe, ihr Gewissen schwer belaste und so.

Bloß nahe kommt dem eine Indikationenlösung, weil jeder Funken von Recht daraus getilgt ist. Nicht bloß aushalten muß man diese Beratungen, sondern man ist von den Beratern abhängig . Weil man eingesperrt wird, wenn man ohne ihre Zustimmung zur Abtreibung greift. Mit einer "Indikationen"-Regelung ist gesetzlich festgehalten, daß die Gründe, die überhaupt dazu führen, daß man sich eine Abtreibung überlegt und für nötig hält, ein Dreck sind, in dem irgendwelche besseren Herrschaften und vereidigte Beamte herumstochern dürfen. Wenn sie eine "Indikation" drin finden, hat man Glück gehabt, wenn nicht, dann ist man als halber Mörder und Totschläger erkannt. Der unter staatlicher Aufsicht das Kind austragen muß.

Wie kann die Sprecherin der SPD-Fraktion erwarten, daß dieses nicht bemerkt wird? Offensichtlich mit dem Zauberwort "medizinische Generalklausel" soll Beruhigung eintreten.

Medizinische Generalklausel: Streicht man den "General" weg, dann bleibt: medizinische Indikation, also genau der gegenwärtige Zustand und exakt die Position der CDU/CSU-Mehrheit und des Bundesverfassungsgerichtes.

Was bedeutet nun diese "Generalklausel"? Sie bedeutet, daß die staatlichen Prüfungsausschüsse jede Abtreibung genehmigen können, wenn sie sich etwas medizinisches ausdenken. Es bedeutet genauso, daß sie jede Abtreibung untersagen können. Mangels medizinischer Gefährdung.

Für die Reichen ist dieser Vorschlag gut. Ein psychischer Schaden wird sich zumindest feststellen lassen. Fein ausgebildet ist die Seele der Reichen und der Gedanke, auf der ersten Fuchsjagd der Saison nicht mitreiten zu können, mag einen komplizierten Seelenbruch zur Folge haben.

Während einem jeden Frauenarzt sofort auffallen wird, daß sich hinter dem Argument: "Wir haben bloß eine Zweizimmerwohnung, und mein Mann ist arbeitslos" ein heimtückischer Angriff auf das werdende Leben verbirgt.

Die "Generalklausel" wird für die einfachen Leute das "Recht" enthalten, sich vor irgendeiner lumpigen Staatskommission auf den Boden zu werfen, das Innerste nach außen zu wenden, zu betteln und zu bitten. Eine Freiheit enthält das bloß für die Staatsorgane, nämlich die Freiheit, auf den Massen herumzutrampeln.

Daher wird diese Generalklausel auf keine Gegenliebe bei den Volksmassen stoßen. Das befürchtet auch die SPD/FDP-Fraktion. Daher haben diese Parteien auch noch keinen Gesetzentwurf in der Öffentlichkeit vorgelegt, an dem man die Lumperei Punkt für Punkt beweisen könnte.

Vorsicht ist für sie geboten. Die bürgerlichen Politiker wissen, daß es durchaus Generelleres gibt als ihre Generalklausel: den festen und einheitlichen Willen der Massen auf Beseitigung dieses Strafgesetzes. Und jeder Schritt, den die bürgerlichen Politiker in der Durchsetzung dieses Strafgesetzes tun, kann von den Gegnern dieses Strafgesetzes benutzt werden, um ihre Reihen zu erweitern und zu festigen.

Portugal:

Korrespondentenbericht

Die Revolution kann nicht auf der Stelle treten

Die Revisionisten bereiten die Niederlage vor

Die Revolution in Portugal befindet sich gegenwärtig in einer gefährlichen Krise. Einerseits sind die bürgerlichen Parteien sich untereinander nicht einig. Wochen wurden gebraucht, um die fünfte provisorische Regierung zu bilden. Andererseits sind breite Teile des Volkes enttäuscht von den geringen Fortschritten seit dem 25. April 1974: Die Landreform kommt nicht voran, kein einziger ausländischer Kapitalist ist enteignet worden, die Mitglieder der ehemaligen faschistischen Geheimpolizei PIDE sitzen in Gefängnissen, ohne daß bisher ihre Verurteilung in Aussicht ist. In diesem Klima der allgemeinen Unschlüssigkeit entwickeln die offen reaktionären Parteien CDS und PPD und ihre Terrorbanden zunehmende Aktivitäten. Täglich kommen Nachrichten aus dem Norden von Zerstörungen der PCP-Büros, von Sabotageakten wie Waldbränden, gesprengten Häusern usw..

In einer solchen Situation gibt es keinen Weg der Konsolidierung, keine Möglichkeit, auf eine Beruhigung der Lage zu warten. Wie ist die Lage? Das Volk will vorwärtsschreiten, will klare Entscheidungen, will Volksgerichte für die Faschisten. Die Macht ist aber noch immer in den Händen der Bourgeoisie, die Gerichte sind bürgerliche Gerichte. Es ist jetzt zwei Wochen her, daß ein Gericht einen Kapitalisten, der vom Volk nach zweitägiger Schlacht festgenommen werden konnte, gegen eine Kaution schon nach drei Tagen wieder hat laufen lassen. Dieser Kapitalist ist Hotelbesitzer in Batalha, im Zentrum Portugals. Als seine Hotelangestellten das Hotel in Selbstverwaltung übernehmen wollten, hatte er die armen Bauern eines benachbarten Dorfes dazu gebracht, mit Jagdflinten gegen die Hotelangestellten vorzugehen, "um den Anführer von der PCP aufzuhängen". Die Hilfe aus anderen Dörfern konnte dies verhindern; die Bauern wurden von den Hotelangestellten und ihren Unterstützern festgenommen und ausgefragt, und schließlich konnte der eigentliche Anstifter, der Hotelbesitzer, an das Gericht übergeben werden – umsonst, denn schon drei Tage später war er wieder zu Hause.

Sofort nach dem von der Sozialistischen Partei durchgeführten "Marsch auf Lissabon" vor drei Wochen haben die kommunistischen Organisationen ihre Politik auf eine Mobilisierung aller Kräfte des Volkes ausgerichtet. "Gegen den faschistischen Terror die Offensive des Volkes" ist eine der zentralen Losungen auf allen Kundgebungen. Auch Teile der kleinbürgerlichen Kräfte erkennen bereits die Notwendigkeit des Bürgerkriegs gegen die Faschisten. Otelo de Carvalho, Kommandant der COPCON, sagte nach seiner Rückkehr aus Kuba vor zwei Wochen: "Es ist unmöglich, eine Revolution ohne bewaffnete Auseinandersetzungen bis zu ihrem Ende zu führen." Die Portugiesen selbst sagen: "Wie es hier ausgeht, ist unsicher. Aber in diesem Jahr, wenn nicht schon in den nächsten Monaten, wird sich alles entscheiden."

Was tut in dieser Situation die PCP? Die revisionistische PCP hat vor allem im Süden viele Mitglieder und ihr Einfluß ist überall im Land beträchtlich. Wenn man mit einem PCP-Mitglied über Politik diskutiert, wird oft beteuert, daß die PCP anders ist als die Revisionisten in Frankreich oder Italien: "Die Partei ist im Untergrund entstanden, und sie ist deshalb heute bereit zu kämpfen." Und tatsächlich sind die meisten ihrer Mitglieder nicht nur bereit zu kämpfen, sondern gute Kommunisten. Die Landarbeiter der Kommune Roter Stern zum Beispiel, die ihre Arbeiterkommissionen nach den Prinzipien der Rechenschaftspflicht und der jederzeitigen Abwählbarkeit organisiert haben und ihre Kommune mit der Waffe in der Hand Tag und Nacht bewachen, sind nahezu vollständig in der PCP organisiert. Und der PCP-Ortsfunktionär in einem kleinen Dorf an der Algarve-Küste, der mit den Schultern zuckt und sagt: "Was soll ich denn gegen die Faschisten machen? Ich arbeite sieben Tage in der Woche von früh bis spät, wann soll ich Politik machen und womit? Was das Volk braucht, sind Waffen, dann würde die Revolution sehr schnell vorankommen!" – dieser PCP-Funktionär ist sicherlich leicht dafür zu gewinnen, sich im Kampf für die Revolution aktiv einzusetzen.

Das alles zeigt: Das Volk ist bereit zu kämpfen. Die PCP jedoch "warnt vor den Gefahren der Reaktion". In der Regierung und in der MFA setzt sie alles daran, mit Vasco Goncalves und einigen Generälen die entscheidenden Posten zu halten, und sie benutzt sie dazu, mit den Vertretern der Großbourgeoisie über Portugals Zukunft zu schachern. Die PCP setzt nicht auf die Kraft des Volkes. Sie jagt nach Posten und will ihre Revolution per Erlaß einführen: "Die Bauern im Norden folgen eben leider zur Zeit den Faschisten und wir haben nicht die Zeit zu langwieriger Aufklärung. Deshalb brauchen wir eine starke Regierung, die die Autorität der Revolution im Norden durchsetzt."

Dieser Standpunkt eines PCP-Mitglieds gibt ziemlich genau wieder, wie die PCP im Norden vorgeht. Nach dem "Marsch auf Lissabon" der PS hat das Zentralkomitee eine dreiseitige Erklärung herausgegeben, in der die Worte "rechts" und "links", "Reaktion" und "fortschrittliche Demokraten" in jedem Absatz vorkommen. Welche Klasse es ist, die gegenwärtig den Terror organisiert, und welche Klasse dagegen in die Offensive gehen muß und wo sie ihre Bündnispartner findet – kein Wort davon in der Erklärung des ZK. Nicht einmal von der Notwendigkeit einer Offensive des Volkes war die Rede, sondern von "verstärkter Wachsamkeit". Dieselben Positionen wiederholen sich in der vierseitigen Erklärung des ZK von diesen Tagen zur Situation im Norden. Darin fordert die PCP das Militär auf, den Norden streng unter Kontrolle zu halten und die terroristischen Banden zu beseitigen. Nicht das Volk soll nach ihren Vorstellungen der Aktivität der Faschisten ein Ende bereiten, sondern der bestehende Machtapparat, der "starke Staat" soll der Regierung endlich auch im Norden Respekt verschaffen.

Die PCP wirft der PS vor, sie entfache einen wütenden Antikommunismus. Tatsächlich hetzt die PS gegen die "aufkommende stalinistische Diktatur". Daß diese Hetze ihre Wirkung zeigt, hat sich die PCP selbst zuzuschreiben; denn wenn man der Kraft des Volkes nicht vertraut, wenn man stattdessen Kompromisse mit der Großbourgeoisie schließt, gestützt auf ihren Machtapparat die Posten einnimmt und mit Zähnen und Klauen verteidigt, die vorher in den Händen der Faschisten waren, wenn man das alles als kommunistische Politik ausgibt, dann sorgt man mit dieser Politik dafür, daß der "Antikommunismus" sich überhaupt ausbreiten kann.

Dafür gibt es die überzeugendsten Beispiele. So haben die Arbeiter und Arbeiterinnen einer kleinen Textilfabrik in einem Dorf im Norden beschlossen, ihren Betrieb selbst zu übernehmen. Ihr Kapitalist beging daraufhin Selbstmord – ein erster Erfolg. Bei der Frage der Besetzung der Fabrikselbstverwaltung schlug die PCP als Verwaltungsleiter ihren einzigen "Mann des Vertrauens" des Dorfes vor – den Turnlehrer, Mitglied der PCP. Im Vertrauen auf die proletarische Linie der Partei stimmte die Belegschaft zu. Welch ein Erfolg für "die Partei": Das Gehalt des Turnlehrers wurde verdreifacht, er fährt im Wagen des alten Faschisten durch das Dorf, und für die Bewohner des Dorfes hat das Wort "Sozialfaschismus" plötzlich einen sehr konkreten Inhalt bekommen.

Fortsetzung S. 2

Fortsetzung.... Das große Geschäft der Banken

Ende 1975 werden die Gesamtschulden der 'öffentlichen Hand' 250 Mrd. DM betragen. Wie wirkt sichdie Verschuldung aus? Zur Finanzierung seiner Ausgaben stehen dem Staat hauptsächlich zwei Mittel zur Verfügung: Steuern und Schulden. Aber da er auch die Schulden eines Tages zurückzahlen muß, ist es so, daß er letztlich beinahe alle Ausgaben aus Steuern bezahlen muß.

Will der Staat Schulden machen, so muß er sich an die Stellen wenden, die über große Geldsummen verfügen und bereit sind, diese dem Staat als Kredit zur Verfügung zu stellen.

Welche Stellen das sind, zeigt sich schon, betrachtet man, bei wem der Staat seine Schulden hat. Rund zwei Drittel seiner Schulden hat der Staat bei Banken, und hier vor allem bei den Großbanken. Der Rest seiner Schulden verteilt sich auf die Bundesbank, Versicherungen, die Sozialversicherung, und nureinenkleinenTeil seiner Schulden hat er direkt bei den Lohnabhängigen und kleinen Gewerbetreibenden, die einen Teil ihrer ersparten Gelder in Staatspapieren (Bundesanleihen) angelegt haben.

Den größten Teil seiner Schulden macht der Staat also, indem er sich an die Bankkapitalisten wendet, die das Verleihen der Gelder zum Gegenstand ihrer Geschäftemacherei haben. Das Geschäft der Bankkapitalisten besteht darin, daß sie die ersparten Gelder der Lohnabhängigen, kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Bauern sowie die Gelder, die die Kapitalisten nicht sofort brauchen, sammeln und zur Grundlage der Kredite machen, die sie wieder verleihen. Ihren Profit machen sie, indem sie für ihre Kredite höhere Zinsen verlangen als sie dem zahlen, der die Gelder bei der Bank hinterlegt. Daß die Banken dabei ihre Gewinne ausschließlich durch das Verleihen von Geldern machen, die ihnen nicht gehören, sondern die sie selber geliehen haben, kann man an folgendem sehen: Der Anteil des Eigenkapitals der Banken an ihrer Bilanzsumme beträgt im Schnitt rund 4 Prozent.

Man kann diese Sorte der Gewinnmacherei leicht am eigenen Leib erfahren: Hat man ein Lohn- oder Gehaltskonto bei einer Bank, so erhält man für das Geld auf diesem Konto von der Bank überhaupt keine Zinsen, auf das Girokonto 0,5 Prozent. Muß man das Konto einmal überziehen, so kann man dafür 10 Prozent Zinsen oder sogar noch mehr bezahlen.

Für die Banken ist'dies ein außerordentlich gutes Geschäft, und die Dresdner Bank ., die zweitgrößte der westdeutschen Banken, erzielte im ersten Halbjahr 1975 auf diese Art einen "Zinsüberschuß" von 620 Millionen Mark.

Es liegt so auf der Hand, daß die Banken ganz besonders aus dem Staat, der der größte Schuldner ist und dessen Schulden sich nach Milliarden bemessen, hohe Gewinne herausschlagen können.

Wie geht das im einzelnen vor sich? Will der Staat Schulden machen, so versucht er dies hauptsächlich so, daß er in Gestalt von Bundesanleihen langfristige Kredite aufnimmt, die er nach vier, sechs, acht oder auch erst zwölf Jahren zurückzahlen muß. Mit diesen Bundesanleihen geht der Staat auf den Markt und versucht sie dort zu verkaufen. Dabei sind diese Anleihen nichts anderes als ein Schuldschein des Staates, in dem sich dieser verpflichtet, nach z.B. acht Jahren das geliehene Geld mit jährlich z.B. acht Prozent Zinsen zurückzuzahlen.

Aber worin besteht dieser Markt, an den sich der Staat dabei wendet? Er besteht in einem Kartell, das neunzig Banken unter Führung der Bundesbank gebildet haben, dem sogenannten "Bundesanleihen-Konsortium", in dem die drei Großbanken, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank, die führende Rolle spielen.

Allein über dieses Bankenkartell kann der Staat seine Anleihen auf den Markt bringen und Schulden machen. Dieses Bankenkartell entscheidet letztlich darüber, in welcher Höhe der Staat Schulden machen kann und zu welchen Bedingungen und mit welchem Zinssatz versehen er das Geld erhält. Die Tätigkeit dieses Kartells besteht darin, daß es die Anleihe des Staates voll übernimmt und ihm den Schuldenbetrag, den er durch die Anleihe aufnehmen will, gibt.

Allein schon dadurch macht dieses Bankenkartell ein gutes Geschäft. Denn für diese Tätigkeit erhält es vom Staat eineinhalb bis zwei Prozent des Betrages als Provision, den der Staat als Schulden aufnimmt. Bei jeder Milliarde, die der Staat so Schulden über dieses Bankenkartell macht, sind das, rechnen wir auch nur eineinhalb Prozent, 15 Millionen Mark.

Man kann daran ermessen, was die Bankkapitalisten einstreichen, wenn sich der Staat 1975 mit 70 Milliarden Mark verschuldet, und dadurch, daß allein der Bund sich im ersten Halbjahr 1975 schon mit 23 Milliarden Mark auf dem privaten Geldmarkt, der vorwiegend aus den Banken besteht, verschuldet hat.

Dabei machen nicht alle neunzig Banken dieses Kartells das gleich gute Geschäft. Die kleineren Banken des Kartells haben teilweise nur Kartellanteile von 0,4 oder noch weniger Prozent. Das Hauptgeschäft machen dabei die drei Großbanken, die einen Anteil von rund 35 Prozent an diesem Kartell haben. D.h. 35 Prozent der Staatsanleihen kaufen sie auf, und dafür streichen sie auch 35 Prozent der Gewinne ein.

Im Geschäftsbericht der Dresdner Bank hat sich diese Sorte Profitmacherei so niedergeschlagen: *"Auch der Provisionsüberschuß fiel, begünstigt durch das lebhafte Börsen- und Emmissionsgeschäft der vergangenen Monate, merklich höher aus."* (Handelsblatt, 1./2. August)

Aber damit ist der Gewinn, den die Bankkapitalisten aus der Staatsverschuldung ziehen, noch lange nicht beendet. Denn wenn sie, wie jetzt in der Krise, die Gelder, die sie gesammelt haben, nicht anderweitig günstiger verleihen können, so verkaufen sie die Bundesanleihen nicht weiter, sondern legen ihr Geld in diesen Bundesanleihen an und erhalten dafür wieder einen Zinsgewinn.

Denn der Staat muß für seine Schulden den Banken Zinsen zahlen ganz so wie jeder Privatmann, sieben, acht oder gar neun Prozent.

Um welche Beträge es sich hierbei allein bei den Zinsen handelt, kann man sehen, berechnet man, was der Bund für die 23 Milliarden Mark, die er sich im ersten Halbjahr 1975 auf dem privaten Geldmarkt geliehen hat, an Zinsen zahlen muß. Nimmt man den durchschnittlichen Zinssatz von acht Prozent an, so macht das 1,84 Milliarden Mark.

Aber auch wenn die Banken die Bundesanleihen nicht selber behalten, sondern sie weiterverkaufen wollen, wofür sie ja die Provision vom Staat erhalten, ist dies für sie ein sicheres Geschäft. Denn bevor die Staatsanleihen auf dem Markt in Verruf kommen, weil niemand sie kaufen will, kauft sie einfach die die Bundesbank, wie es vor ein paar Wochen geschah: *"Um ein Fiasko an diesem Markt zu verhindern, analysierte die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank, mußte die Bundesbank in den letzten Wochen eigentlich für Anleger gedachte Schuldtitelpapiere von gut zwei Milliarden Mark aufkaufen."* (Der Spiegel, 18. August)

So mästen sich an diesen Staatsschulden die Banken, allen voran dieses Bankenkartell und die drei Großbanken. Profitieren tut von den Staatsschulden darüberhinaus die Kapitalistenklasse insgesamt. Denn der Staat verwendet den größten Teil der Gelder wiederum, um sie durch staatliche Aufträge und Konjunkturprogramme den Kapitalisten zukommen zu lassen.

Ganz anders sieht die Wirkung der staatlichen Verschuldung aber für die Lohnabhängigen, die kleinen Gewerbetreibenden und die kleinen Bauern aus. Denn hauptsächlich sie finanzieren über die direkten und indirekten Steuern den Staatshaushalt, aus dem die großen Banken ihre Profite ziehen.

So ist es kein Wunder, daß jedesmal, wenn die Schulden- und Zinslast des Staatsapparates wie gegenwärtig wächst, die Bürgerlichen allerhand Pläne für Steuererhöhungen wälzen, um die Einnahmen des Staates zu erhöhen, damit er seine Schulden und Zinsen bezahlen kann. Von Sparsamkeit ist dann viel die Rede, aber von einer Sparsamkeit, die sich auf die Ausgaben für das Volk bezieht und auf die Forderung nach höheren Steuereinnahmen vom Volk. So ist die Staatsverschuldung für die Bankkapitalisten und das mit ihnen verbundene große Industriekapital eine wahre Quelle ihres Reichtums, während sie die Staatsschulden obendrein noch als Argument dafür verwenden, man müsse an Ausgaben für das Volk sparen. Für dieses bereitet die wachsende Staatsverschuldung aber höhere Steuerbelastungen vor und damit eine verschärfte Steuerausplünderung durch den Staat. – (er)

Forts. von S. 1

Portugal ...

Was die armen Bauern im Norden, was das ganze portugiesische Volk will, ist das Ende eines Lebens in Armut und Unterdrückung. Die Politik der PCP hindert es daran, sein Ziel zu erreichen. Im Süden lähmt sie weite Teile der Arbeiterklasse, diebereit sind zu kämpfen, im Norden fördert sie die Entstehung der Hilfstruppen des Faschismus. Das ist der sicherste Weg.

hafte Mobilisierung des Volkes ist in keinem anderen Land so gut vorbereitet wie in Portugal, und die Unvermeidlichkeit eines Krieges gegen die Bourgeoisie wird von immer mehr Menschen erkannt. In diesem Prozeß spielt die PCP eine teils demobilisierende, teils die Einheit des Volkes spaltende und damit reaktionäre Rolle. Von den Kommunisten wird es ab-

Kissinger-Reise **Die USA wollen**

Denn der Staat muß für seine Schulden den Banken Zinsen zahlen ganz so wie jeder Privatmann, sieben, acht oder gar neun Prozent.

Um welche Beträge es sich hierbei allein bei den Zinsen handelt, kann man sehen, berechnet man, was der Bund für die 23 Milliarden Mark, die er sich im ersten Halbjahr 1975 auf dem privaten Geldmarkt geliehen hat, an Zinsen zahlen muß. Nimmt man

kapitalisten und das mit ihnen verbundene große Industriekapital eine wahre Quelle ihres Reichtums, während sie die Staatsschulden obendrein noch als Argument dafür verwenden, man müsse an Ausgaben für das Volk sparen. Für dieses bereitet die wachsende Staatsverschuldung aber höhere Steuerbelastungen vor und damit eine verschärfte Steuerausplünderung durch den Staat. – (er)

Forts. von S. 1

Portugal ...

Was die armen Bauern im Norden, was das ganze portugiesische Volk will, ist das Ende eines Lebens in Armut und Unterdrückung. Die Politik der PCP hindert es daran, sein Ziel zu erreichen. Im Süden lähmt sie weite Teile der Arbeiterklasse, diebereit sind zu kämpfen, im Norden fördert sie die Entstehung der Hilfstruppen des Faschismus. Das ist der sicherste Weg, die Niederlage einzuleiten.

Portugal ist nicht Chile. Die MFA ist in mehrere Fraktionen gespalten; einige Offiziere der MFA sind bereits Mitglieder der "Revolutionären Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte", wie sich einige wenige der politisch fortgeschrittensten Arbeiterkommissionen nennen. Der Boden für eine sprunghafte Ausbreitung der Parolen der Kommunisten und eine massenhafte Mobilisierung des Volkes ist in keinem anderen Land so gut vorbereitet wie in Portugal, und die Unvermeidlichkeit eines Krieges gegen die Bourgeoisie wird von immer mehr Menschen erkannt. In diesem Prozeß spielt die PCP eine teils demobilisierende, teils die Einheit des Volkes spaltende und damit reaktionäre Rolle. Von den Kommunisten wird es ab-hängen, wie lange die Mitglieder der PCP dieser Linie noch folgen. Viel Zeit dafür ist nicht mehr. In einigen Wochen sind sämtliche Goldreserven Portugals verbraucht; unter weiteren bürgerlichen Regierungen steht der Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes bevor. Dann gibt es nur noch den Faschismus – oder entschiedenes Fortschreiten des Volkes unter der klaren Führung der Arbeiterklasse. – (t, zur Zeit in Lissabon, Aug. 1975)

RAF Prozeß:
Das Gericht putscht

Im Stammheimer RAF-Prozeß haben Gericht und Bundesanwaltschaft am Dienstag die gerechte Forderung der Verteidiger nach Vertagung des Verfahrens, bis über die Verhandlungsfähigkeit der RAF-Mitglieder entschieden ist, zum Anlaß eines massiven Versuchs genommen, die Verteidigung der RAF-Mitglieder zu zerschlagen.

Spätestens am 18. August, so war zwischen Gericht und Verteidigung vereinbart worden, hätten die ärztlichen Gutachten auf dem Tisch liegen müssen. Daß die Isolierhaft die Gesundheit der RAF-Mitglieder ruiniert hat, gesteht inzwischen auch die bürgerliche Presse offen ein.

Trotzdem bestanden Gericht und Bundesanwaltschaft darauf, es müsse weiterverhandelt werden, obwohl das Gutachten am Dienstag, dem 19. August, nicht vorlag.

Die Verteidiger der RAF-Mitglieder und diese selbst haben sich unter diesen Umständen zu Recht geweigert, an dieser Verhandlung weiter teilzunehmen, bis das Gutachten vorliegt. Das Gericht hat die Abwesenheit der Verteidiger zum Anlaß genommen, endlich in diesem Verfahren so vorgehen zu können, wie das den Vorstellungen des Richters Prinzing entspricht. Die Angeklagten wurden zwangsweise wieder in den Verhandlungssaal geführt, und Richter Prinzing begann mit der Vernehmung zur Person, was ihm bisher nicht gelungen war, da bisher hauptsächlich die Schandtaten des Gerichts und des Justizapparats zur Sprache gekommen waren. Hat der Richter Prinzing die Abwesenheit der Rechtsanwälte so benutzt, um dem Verfahren endlich den von ihm gewünschten Verlauf zu geben, so hat die Bundesanwaltschaft die gerechte Forderung der RAF-Verteidiger zum Anlaß genommen, darauf hinzuarbeiten, daß sie alle von der Verteidigung ausgeschlossen werden. Sie hat einen Antrag auf Entbindung der Wahlpflichtverteidiger gestellt, womit sie hofft, daß endlich die staatlich bestellten Zwangsverteidiger zum Zuge kommen.

Bundesanwaltschaft und Gericht machen mit diesen Maßnahmen deutlich, daß, wo sie ihr Ziel nicht mit den gegenwärtigen Rechtsmitteln erreichen, ihnen ab jetzt jedes Mittel wird recht sein, um zum Ziel zu kommen. – (er)

Kissinger-Reise

Die USA wollen sich am Sinai einrichten

Donnerstag dieser Woche soll US-Außenminister Kissinger wieder in den NahenOsten fliegen, um ein "Interimsabkommen" zwischen Israel und Ägypten zustandezubringen. Dies ist das Ergebnis von Beratungen zwischen US-Präsident Ford und seinem Außenminister am Wochenende. Bereits im März dieses Jahres hatte Kissinger sich längere Zeit im Nahen Osten aufgehalten, um Israel unter die Arme zu greifen und ihm Luft zu verschaffen. Auch diesmal wird von den Spitzenpolitikern des US-Imperialismus diese Reise hingestellt als eine Reise, die dem "Frieden und der Entspannung" im Nahen Osten dienen soll. Sie selber behaupten, daß sie zwischen Ägypten und Israel "vermitteln". Lügen werden durch zahlreiche Wiederholungen nicht glaubwürdiger.

Die "Entspannung" des US-Imperialismus sieht so aus, daß er Israel ermuntert und darin unterstützt, daß es jede Woche auf den Libanon, einen souveränen Staat, Angriffe durchführt, auf die palästinensischen Flüchtlingslager und die libanesischen Bauern Bomben hageln läßt und Terrorüberfälle durchführt. Ohne die Unterstützung des US-Imperialismus wäre das nicht möglich, und diese fließt reichlich: "Der Sprecher (des Außenministeriums) teilte mit, seit dem vergangenen April hätten die Vereinigten Staaten Waffen im Wert von mehr als 100 Millionen Dollar (mehr als 250 Millionen Mark) nach Israel geliefert. Im allgemeinen laufe die Versorgung Israels mit Waffen weiter." (Frankfurter Rundschau vom 7. August)

Der "Frieden": Der US-Imperialismus tut so, als ob die eventuelle Rückgabe eines kleinen Teils der von Israel Ägypten in einem Raubkrieg genommenen Gebiete eine "Friedenstat" sei. Die gesamte Sinai-Halbinsel und nicht nur die Pässe Mitla und Gidi sowie die Erdölfelder von Abu Rodeis sind Ägypten geraubt worden und werden von dem Zionistenstaat widerrechtlich besetzt gehalten. Während sie über die mögliche Rückgabe eines kleinen Teils große Worte verlieren, wollen sie von dieser Tatsache ablenken. Gleichzeitig mästen die USA den Aggressor, den Besatzerstaat Israel, weiter: "Israel hat 2,8 Milliarden Dollar als Wirtschafts- und Militärhilfe gefordert und 350 Millionen jährlich als Entschädigung für den Verlust des Öls. Außerdem sollen sich die USA finanziell an dem Bau einer neuen Verteidigungslinie im Sinai beteiligen, deren Kosten auf 150 Millionen Dollar geschätzt werden." (Süddeutsche Zeitung vom 18. August) Diesen Forderungen soll jetzt stattgegeben werden. Diese Unterstützung soll es dem Zionistenstaat ermöglichen, seine Existenz auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes aufrechtzuerhalten, weiter aufzurüsten und seine Aggression gegen die arabischen Staaten und das palästinensische Volk fortzuführen.

Die "Vermittlung": Nicht vermitteln will der US-Imperialismus, sondern er will seine Einmischung im Nahen Osten verstärken. Kissinger will unbedingt erreichen, daß auf den Pässen Mitla und Gidi ein "Frühwarnsystem" errichtet wird. Dieses soll von amerikanischen "Zivilisten" bedient werden. Er denkt an hundert Offizielle (Süddeutsche Zeitung, 19. August). Offensichtlich eine neue Aufgabe für den CIA. – (hjh)

Schmidt droht mit Intervention gegen Portugal

Der Westen dürfe einen Verlust Portugals nicht zulassen. Das erklärte Bundeskanzler Schmidt in einem Interview für das amerikanische Monatsmagazin "Readers Digest". Es sei nötig, "Drittländern deutlich zu verstehen zu geben, daß wir nicht bereit sind, eine Lücke an der Südflanke der Allianz hinzunehmen". Das westliche Lager müsse den Willen haben, "jede für die Verteidigung unserer lebenswichtigen Interessen notwendige Aktion zu unternehmen".

Schmidt hat damit Portugal erstens dem Macht- und Einflußbereich der westlichen imperialistischen Staaten zugeordnet als ein Land, über das der westdeutsche Imperialismus gemeinsam mit dem amerikanischen Hegemonie beansprucht. Und er hat zweitens die Bereitschaft zur Einmischung in die portugiesischen Verhältnisse mit allen Mitteln betont. "Jede . . . notwendige Aktion", das schließt die Drohung mit der direkten militärischen Intervention ein. So deutlich hat seit den Tagen des Faschismus kein westdeutscher Politiker die imperialistischen Ansprüche auf Hegemonie über Westeuropa ausgesprochen (Zitate nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. August).

Sozialimperialisten plündern die Länder Osteuropas

Die sowjetische Wochenzeitung "Ekonomiceskaja Gazeta" meldet zufrieden in einem Artikel, daß 1974 der Wert der sowjetischen Ölexporte gegenüber 1973 um 2,3 Milliarden Dollar gestiegen, während die Menge des Ölexports um zwei Millionen Tonnen reduziert worden sei. Aufbringen mußten diese Preiserhöhungen vor allem Ungarn, Polen, Bulgarien, die CSSR und die DDR, die neunzig Prozent ihres Öls von der Sowjetunion beziehen. Die polnische Zeitung "Politika" berichtet, daß die Sowjetunion den COMECON-Ländern 1974 in "brüderlicher Zusammenarbeit" und unter der Flagge des "gegenseitigen Nutzens" das Öl eine Milliarde Rubel teurer verkauft hat. 1975 müssen Ungarn noch einmal 120 Millionen Dollar, die DDR zusätzlich 1,7 Milliarden Mark und Bulgarien 270 Millionen Dollar mehr zahlen als im Vorjahr. Diese Preiserhöhungen fanden statt trotz eines Abkommens zwischen den COMECON-Staaten, in dem die Sowjetunion erklärt, für fünf Jahre die Erdölpreise unverändert zu lassen (nach: Albanian Telegraphic Agency).

eine Milliarde Rubel teurer verkauft hat. 1975 müssen Ungarn noch einmal 120 Millionen Dollar, die DDR zusätzlich 1,7 Milliarden Mark und Bulgarien 270 Millionen Dollar mehr zahlen als im Vorjahr. Diese Preiserhöhungen fanden statt trotz eines Abkommens zwischen den COMECON-Staaten, in dem die Sowjetunion erklärt, für fünf Jahre die Erdölpreise unverändert zu lassen (nach: Albanian Telegraphic Agency).

Weitere Entlassungen geplant

Nach einer Umfrage des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten bei 110 Mitgliedsfirmen will mehr als ein Viertel dieser Firmen weiterhin Arbeiter und Angestellte entlassen. 71 Prozent gaben an, sie würden die Anzahl der Lohnabhängigen in der nächsten Zeit beibehalten. Nur 2 Prozent wollen neue Arbeitskräfte kaufen (nach Frankfurter Allgemeine, 15.8.75).

Ölkonzerne betrügen Venezuela um Milliarden

19 in Venezuela fördernde internationale Ölgesellschaften sind vom Rechnungshof des Landes beschuldigt worden, Venezuela von 1957 bis 1970 um 2,5 Milliarden Dollar (6,25 Milliarden DM) an Steuern betrogen zu haben. Die Chefs der großen Ölgesellschaften mußten vor den Gerichten erscheinen, um als Zeugen vernommen zu werden. – Parlament und Regierung Venezuelas haben beschlossen, trotz des Drucks ausländischer Interessen noch im August die Erdölförderung zu nationalisieren. Die Ölgesellschaften versuchen nach Berichten von Abgeordneten der Regierungspartei in großem Stil Förderausrüstung außer Landes zu bringen. Der Shell-Konzern sei beispielsweise dabei ertappt worden, wie er Bohrausrüstungen im Wert von einer Million Dollar auf einem Schiff unter panamaischer Flagge nach Houston (Texas) bringen ließ. Ungeklärt ist, ob die Regierung die 2,5 Milliarden DM Steuerschulden auf die vorgesehene Entschädigungssumme anrechnen wird (nach: "Frankfurter Rundschau" vom 15. August).

Portugal: Vorwärts mit der Landreform!

Die Entscheidung fällt im Norden

Korrespondentenbericht



Viele Bauern im Norden Portugals folgen aus Angst um ihr Land der Konterrevolution. Auf dem Bild: Protestierende Bauern vor dem KP-Büro.

In unserem ersten Bericht haben wir die Fortschritte beschrieben, die die Landarbeiter im Alentejo und weiter im Süden Portugals bei der selbständigen Durchführung revolutionärer Schritte auf dem Land gemacht haben und wie sie dadurch die Voraussetzungen für das Landreform-Gesetz der Regierung vom April dieses Jahres geschaffen haben. In diesem zweiten Bericht schildern wir die Entwicklung im Norden, in den Provinzen nördlich von Porto und den Weinbaugebieten am Douro.

Schon die Landschaft ist anders als im Süden: fruchtbare grüne Hänge zwischen schattigen Waldflächen; jedes nutzbare Fleckchen Erde ist bebaut; Kartoffeln, Mais, Getreide gedeihen gut unter der mäßig heißen Sonne, und vor allem Wein, an allen Straßen und vor jedem Haus. Viele Felder sind klein, von Steinmauern umgrenzt. Hier bearbeiten arme Bauernfamilien mit Esel, Ochse oder eigener Menschenkraft ihr einziges Eigentum: ein winziges Stück Land.

Während im Süden Portugals Zuversicht und revolutionäre Bereitschaft das Bild bestimmen, beherrschen hier Unsicherheit und Furcht die Dörfer. "Es ist wie ein Schock", sagte uns ein Soldat, der gerade aus Mozambique zurückgekehrt war, "vor wenigen Wochen haben wir noch mit der FRELIMO zusammen in derselben Kaserne gelebt, gegessen, geschlafen, gesungen und in den Straßen patrouilliert; es war eine einzige große Verbrüderung. Und hier, wenn ich für ein paar Urlaubstage in mein Dorf fahre, dann kommen alle unsere armen Nachbarn und fragen mich: Du bist doch Soldat, Du mußt es doch wissen, ist das wirklich wahr, daß sie uns jetzt alles wegnehmen wollen?"

Das Gesetz der Regierung

Das kleine Stück Land ist die Existenzgrundlage des armen Bauern, und er wird jede Regierung bis aufs äußerste bekämpfen, die diese Grundlage bedroht. Was bringt das Landreform-Gesetz der provisorischen Regierung den armen Bauern? Im wesentlichen zwei Dinge: den Bund der Kleinbauern und den Landwirtschaftskredit.

Der Bund der Kleinbauern wurde durch das Gesetz über die Agrarreform neu geschaffen. Ihm gehören alle Bauern und landwirtschaftlichen Pächter an, die den Boden ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft bebauen, also alle Familienbetriebe. Mit seiner Gründung wurden die alten Landwirtschaftsverbände aus der Zeit des Faschismus aufgelöst, in denen die armen Bauern, die Mittel- und Großbauern und die Großgrundbesitzer zusammengefaßt waren und deren Politik wie im Bauernverband in der Bundesrepublik vom Kapital bestimmt wurde. Damit hat die Regierung für die armen Bauern ein Instrument zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die Großgrundbesitzer und das Kapital geschaffen. Der Bund der Kleinbauern ist demokratisch organisiert, alle Wahlen erfolgen nach dem Prinzip der Rechenschaftspflicht und der jederzeitigen Abwählbarkeit und die Organisationen des Bundes in den Dörfern wählen nach diesem Prinzip ihre Delegierten auf regionaler und überregionaler Ebene. In den Volksversammlungen (Assembleas Populares) ist der Bund der Kleinbauern durch Delegierte gleichberechtigt neben den Arbeiterkommissionen und den Einwohnerkommissionen vertreten.

Damit hat die Regierung die Voraussetzungen für die Organisierung des Volkes nach den Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen auch auf dem Land geschaffen. Auch der Landwirtschaftskredit dient demselben Zweck; außer an selbständige Genossenschaften von Landarbeitern im Süden des Landes wird er nur an Mitglieder des Kleinbauernbundes, also an Familienbetriebe vergeben.

Die Reaktion nutzt die schlechte wirtschaftliche Lage der armen Bauern

Obwohl das Landreform-Gesetz jetzt vier Monate alt ist und obwohl ihm eine Politik zugrunde liegt, die eindeutig auf eine Verbesserung der Lage der armen Bauern ausgerichtet ist, sind diese Bauern bisher nicht für die Revolution gewonnen worden.

Sicherlich ist es richtig, wenn die vom Volk kontrollierten Zeitungen schreiben, daß die Welle des faschistischen Terrors, die sich in diesen Wochen in den Städten und Dörfern des Nordens ausgebreitet hat, von einigen wenigen kleinen Banden ausgeht. Die faschistische "Volksbefreiungsarmee" ELP, die von Spanien aus operiert, ist ganz offensichtlich für viele, wenn nicht die meisten Aktionen verantwortlich. Sie kann aber nur deshalb so erfolgreich operieren, weil die armen Bauern noch immer von Furcht beherrscht sind und in der Revolution noch keine bessere Zukunft für sich selbst sehen. Diese Lage nutzt die Reaktion gegenwärtig zu einer Offensive auf breiter Front aus.

Der Erzbischof von Braga hat auf einer Kundgebung "Zur Unterstützung unseres Bischofs" am vergangenen Sonntag von der Kathedrale herab offen für die Reaktion gehetzt.

Unter der Losung: "Im Namen der Liebe, der Wahrheit, des Friedens", die die Front der Kathedrale umspannte, mit Losungen wie: "Wir wollen Liebe, nicht Haß" oder "Gerechtigkeit ja, Rache nein". predigte er den Haß gegen alle Kommunisten.

Und die Tausende von Menschen, die aus allen Dörfern der Umgebung mit Bussen, Lastwagen und Treckern herangefahren worden waren, beweisen, daß die Bourgeoisie noch Rückhalt im Volk findet.

Es wäre falsch, die armen Bauern, die dem Erzbischof dort Beifall spendeten, als Faschisten einzuschätzen.

Die Wahrheit war auf der Kundgebung selbst offenkundig: Dort stand auf dem Platz vereinzelt, vom Volk isoliert, die Bourgeoisie, wohlgekleidet, die Frauen geschminkt und mit Schmuck behängt, und amüsierte sich über die merkwürdige Situation, daß sie in einer gedrängten, verschwitzten Menge Parolen rief und Transparente hielt; rundherum standen die von ihnen Ausgebeuteten, mit zerfurchten Händen und Gesichtern, in Arbeitsstiefeln und geflickten Hemden, warteten und wußten zumeist nicht, worauf und weshalb. Zur Verteidigung der Kirche hatte man sie hergefahren, sie hatten eine Unzahl von Transparenten gemacht: "Die Gemeinde XY grüßt unsere Bischöfe", und jetzt gaben sie die Kulisse ab für eine Hetze, der sie ihren Beifall spendeten, weil die Kundgebung ihren Einfluß ausübte – und der Erzbischof hatte erreicht, was er wollte: Die Angst und Unsicherheit hat sich vergrößert. Noch am selben Abend gingen in Braga, Porto, Penafiel, Moncao und anderen Orten PCP-Büros in Flammen auf, auffallenderweise nacheinander, in Zeitabständen, die man benötigt, um mit dem Auto von einem Ort zum nächsten zu fahren. In Braga selbst erreichte der Terror seinen Höhepunkt am Montag, als eine größere Gruppe, geführt von Priestern mit Megaphon, an die systematische Zerstörung der PCP- und Gewerkschaftsbüros und -Informationsstände ging.

Wie kann es der Kirche gelingen, die Bauern gegen eine Regierung und einen revolutionären Prozeß zu gewinnen, obwohl das Landreform-Gesetz für sie geschaffen worden ist?

Gegen den Faschismus: Sofortige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage!

Der Grund dafür ist unzweideutig die elende wirtschaftliche Lage der armen Bauern. Das Gesetz hat ihnen eine eigene Klassenorganisation geschaffen und es stellt ihnen Kredite zur Verfügung. Es greift aber die Ursache ihrer Ausbeutung nicht an: Nach wie vor sind sie ebenso wie die kleinen Bauern in der Bundesrepublik vom Großkapital abhängig und ihre wirtschaftliche Lage hat sich deshalb nach dem 25. April 1974 nicht gebessert, wie dies bei den Kooperativen im Süden der Fall ist, sondern verschlechtert. Die Preise für Saatgut und Düngemittel werden von den ausländischen Konzernen, besonders von den deutschen wie Bayer, Hoechst und BASF bestimmt und steigen ständig. Ihre Produkte müssen sie an das Großkapital verkaufen – zum Beispiel ist die Portwein-Industrie weitgehend unter englischer Kontrolle – und diese Kapitalisten kaufen nichts mehr, um damit die Reaktion im Lande zu unterstützen. Wenn diese Situation länger anhält, sind die armen Bauern Portugals aus wirtschaftlicher Not zu radikalen Aktionen gezwungen, und die Reaktion wird an Rückhalt gewinnen.

Es kann aber nicht bestritten werden, daß sich gerade an dieser Front die Dinge äußerst schnell entwickeln. Noch vor vierzehn Tagen fragten wir im Landwirtschaftsministerium, ob die Regierung beabsichtigt, Absatzgarantien und Preisvorschriften für Saatgut und Düngemittel zu erlassen, und man antwortete uns: "Wir haben Preisgarantien für die Mais- und die Melonenernte noch vor der Aussaat erlassen. Abnahmegarantien können wir nicht geben, weil die Kühlhäuser noch in Privatbesitz sind. Aus demselben Grund haben wir auch keinen Einfluß auf die Düngemittelpreise."

Daran wird deutlich, worauf sich der revolutionäre Prozeß hier in Portugal jetzt zuspitzt: Die Frage der Enteignung ausländischen Kapitals stellt sich in unmittelbarer Zukunft. Die ersten Initiativen zur Unterstützung der armen Bauern gingen auch hier von der Arbeiterklasse aus. Die Arbeiter der Düngemittelfabrik Petrochimica widersetzten sich einer vom Konzern geplanten Preiserhöhung für Nitrat und haben als wichtige Aufgabe ihrer Fabrikkommission die Preiskontrolle im Konzern beschlossen. Der fortschrittliche Teil der MFA ist diesen Initiativen gefolgt und hat als Bedingung für die Anerkennung der fünften (und immer noch bürgerlichen) Regierung verlangt, daß der Staat die gesamte Kartoffel- und Weinernte aufkauft, das Monopol für den Fleischaufkauf übernimmt und eine sofortige Preissenkung für Saatgut, Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel um bis zu 50 % durchsetzt. Diese Maßnahmen wurden von den kommunistischen Organisationen bereits seit Wochen als wesentlicher Teil der Landreform gefordert und sind vom jetzt aus drei Personen bestehenden Revolutionsrat der MFA am Tag vor der Regierungsbildung öffentlich bekanntgemacht worden.

Wenn diese Entscheidung der MFA jetzt in die Tat umgesetzt wird, kann auch im Norden das Volk noch für die Revolution gewonnen werden.

Jetzt ist Erntezeit und jetzt wird sich entscheiden, ob die enormen Anstrengungen der armen Bauern auch Früchte für sie tragen. Der Schritt des Revolutionsrats der MFA, die Entscheidung darüber klar als eigenen Beschluß bekanntzumachen und nicht die neue provisorische Regierung dadurch zu stützen, daß sie diesen Schritt als "eigene Entscheidung" ausgeben kann, ist dabei eine sehr fortschrittliche Entscheidung. Denn einerseits ist diese fünfte provisorische Regierung angesichts der kommenden wichtigen Entscheidungen die schwächste aller bisherigen bürgerlichen Regierungen. Eine bürgerliche Regierung kann gegen den Feudalismus revolutionäre Maßnahmen ergreifen, Land enteignen, Kredite zu niedrigen Zinsen geben, die selbständigen Aktionen der Bauern unterstützen, und die alte provisorische Regierung hat diese fortschrittliche Rolle gespielt. Die neue provisorische Regierung wird ein untaugliches Werkzeug, wenn es jetzt darauf ankommt, zur Verbesserung der Lage der armen Bauern die Positionen des Kapitals anzugreifen, Enteignungen in entscheidenden Sektoren der Industrie vorzunehmen. Wenn überhaupt Teile der Bourgeoisie bereit sind, dazu überzugehen, sind sie nur in der MFA zu finden.

Andererseits richtet sich die Empörung der armen Bauern zu Recht gegen den gegenwärtigen Staat und seine Regierungen; denn er hat ihnen bisher nichts gebracht als wirtschaftliches Elend und eine Unzahl von PCP-Funktionären in Bürgermeister- und sonstigen Staatsposten. Das ist auch der Grund dafür, daß die Faschisten unbehelligt PCP-Büros zerstören und PCP-Mitglieder angreifen, daß aber noch kein einziges Büro irgendeiner kommunistischen Organisation zerstört worden ist. In Porto und auch in anderen Orten haben die Kommunisten alle Möglichkeiten zu öffentlicher Arbeit und finden mit ihren Forderungen zur sofortigen Landreform immer mehr Zustimmung.

Der Weg, auf dem die Revolution im Norden voranschreiten kann, ist hier klar vorgezeichnet: Das Vertrauen in die Kommunisten wird gestärkt, indem das Volk ihren Vorschlägen folgt und sie in selbständigen demokratischen Organisationen durchsetzt. Der Rückhalt der bürgerlichen Regierung und ihrer PCP-Vertreter wird weiter geschwächt; aber die Empörung der armen Bauern gegen diese Regierung darf nicht der Reaktion zur Ausnutzung überlassen bleiben, sondern wird von den fortschrittlichen Teilen der MFA, die sich in dieser Situation durchgesetzt haben, als berechtigt anerkannt. Vor einigen Tagen haben fortschrittliche Offiziere wie Otelo de Carvalho, der sich geweigert hat, in der neuen provisorischen Regierung ein Amt zu übernehmen, im Norden Kundgebungen durchgeführt, um dem Volk ihre Positionen zu erläutern.

Wenn das Volk in diesem Prozeß erkennt, daß die schon vor einigen Tagen in den Norden verlegten Militäreinheiten nicht gekommen sind, um es zu unterdrücken, sondern um die Reaktion zu bekämpfen, kann sich die weitere Polarisierung der Klassen auch im Norden zugunsten der Revolution entwickeln. Der Bürgerkrieg ist unvermeidlich, das wird immer deutlicher; aber die Bedingungen für die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen können sich auch im Norden noch von schlecht zu gut entwickeln. – (t, zur Zeit Braga)

„Tropenfest"

US-Imperialisten verschleppen Südvietnamesen

Weil sie tropenfest seien, haben die US-Imperialisten vorgeschlagen, 40 000 der Vietnamesen, die sie in riesigen Lagern zusammengepfercht auf ihren Stützpunkten in Thailand und auf der Pazifik-Insel Guam halten, in die französische Kolonie Guayana zu exportieren. Nachdem die US-Imperialisten kurz vor ihrer Niederlage in Südvietnam viele Zehntausende der Vietnamesen gewaltsam außer Landes gebracht haben, um sie der Welt als Flüchtlinge zu präsentieren, deren Freiheit sie schützen würden, wollen sie nun diese geraubten Menschen an zwei amerikanische Zuckerkonzerne verschachern. Die Zuckerkonzerne Parsons und Whitemore haben erklärt, sie könnten mit diesen 40 000 Vietnamesen in Guayana eine Zuckerindustrie aufbauen. Guayana ist eine französische Kolonie an der Nordostküste Südamerikas, knapp oberhalb des Äquators. Es liegt also in der sogenannten heißen Zone der Erde. Deshalb hat es dorthin niemals französische Siedler gezogen. Cayenne, die Hafenstadt, von wo aus die Franzosen das Gebiet beherrschen, war immer nur die Station für Strafversetzte und Verbannte. Es war der vorletzte Aufenthaltsort für politische Häftlinge und Strafgefangene, bevor sie auf einer der Küste vorgelagerten Gefangeneninseln endeten.

So ein ähnliches Schicksal würde die Vietnamesen dort kaum erwarten, behaupten die US-Imperialisten, weil die Vietnamesen eben "tropenfest" seien. Mit diesem Plan hoffen die US-Imperialisten, sich das Flüchtlingsproblem vom Hals zu schaffen.

Dieses Flüchtlingsproblem besteht für sie darin, daß es begüterte Flüchtlinge gibt, und solche, die nichts haben. Letztere bilden die Mehrheit unter den über 100 000 Vietnamesen in den Lagern. Während die US-Imperialisten wohl bereit sind, die begüterten unter den Flüchtlingen in die USA zu lassen, wollen sie die übrigen auf keinen Fall aufnehmen.

Zugleich steigt nach drei Monaten rechtlosem Lagerdasein die Zahl unter diesem Teil der Vietnamesen, die zurück wollen in die alte Heimat, die sie nicht freiwillig verlassen haben. Die Protestaktionen nehmen zu, die Enthüllungen darüber mehren sich, daß die Vietnamesen zum großen Teil zwangsweise außer Landes gebracht wurden. Die bürgerliche Presse, die bisher die Lügenpropaganda der US-Imperialisten über die Verteidigung der Freiheit der Flüchtlinge rückhaltlos verbreitete, meldet Zweifel an, seitdem das Schicksal von dreizehn Vietnamesen bekannt wurde, die Widerstand gegen die erzwungene Ausreise leisteten. Sie wurden halbtot geschlagen und dann mit Rauschgift vollgepumpt. Als sie wieder zur Besinnung kamen, befanden sie sich in dem Lager auf Guam, Tausende Kilometer entfernt von ihrer Heimat.

Die einzige richtige Methode, das Flüchtlingsproblem aus der Welt zu schaffen, ist, es ihnen freizustellen, nach Südvietnam zurückzukehren. Das fordert die Provisorische Revolutionäre Regierung, die den Rückkehrern eine korrekte Behandlung zusichert. Das aber ist nicht die Methode der US-Imperialisten, weil es einer neuerlichen Niederlage gleichkommt.

Wirtschaftliche Krise:

Die Gewerkschaften in der Bewährungsprobe

Gerade in der wirtschaftlichen Krise brauchen die Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation. Die grundlegende Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Konkurrenz unter den Arbeitern aufzuheben, damit sie den Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt geschlossen gegenübertreten können. Der einzelne Arbeiter ist ein Spielball in den Händen der Kapitalisten. Schließen sich die Arbeiter zusammen, so bilden sie eine Kraft. In der wirtschaftlichen Krise verschärft sich der Druck auf die Arbeiter. Die Konkurrenz unter den Arbeitern wächst. Es droht eine Spaltung in Arbeiter, die Arbeit haben, und Arbeitslose. Nie ist die gewerkschaftliche Organisation so notwendig wie in der Krise. Hier muß sie sich bewähren.

Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften gehen zurück

Zum ersten Mal seit Jahren haben die wichtigsten Industriegewerkschaften im ersten Halbjahr 1975 einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Die IG Metall allein hat 14 022 Mitglieder verloren. Auch die IG Chemie und die IG Druck müssen einen Mitgliederverlust verzeichnen. Insgesamt haben die DGB-Gewerkschaften rund 34 000 Mitglieder verloren, wie die Pressestelle des DGB jetzt mitteilte (Süddeutsche Zeitung, 12.8.75).

Wenn die Organisierung zurückgeht in einer Zeit, wo der gewerkschaftliche Zusammenschluß notwendiger denn je ist, dann ist das eine bedrohliche Entwicklung für die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Woran liegt der Mitgliederschwund? Die Gewerkschaftsführung erklärt schlicht und einfach, daß er notwendige Folge der wirtschaftlichen Krise sei! Das ist ein starkes Stück. Statt sich an der eigenen Nase zu fassen, beschuldigen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter. Tatsache ist, daß die wirtschaftliche Krise nur deshalb zu einem Mitgliederrückgang führt, weil die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich direkt gegen die unmittelbaren Interessen der Arbeiter richtet. Die Arbeitslosen werden hängen gelassen und auf den entschlossenen Lohnkampf wird verzichtet. Leute wie Vetter haben nur eine Sorge: daß "die Wirtschaft" bald wieder läuft und die Arbeitslosigkeit zu keinen "sozialen Unruhen" führt. Da "die

liche Zusammenschluß notwendiger denn je ist, dann ist das eine bedrohliche Entwicklung für die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Woran liegt der Mitgliederschwund? Die Gewerkschaftsführung erklärt schlicht und einfach, daß er notwendige Folge der wirtschaftlichen Krise sei! Das ist ein starkes Stück. Statt sich an der eigenen Nase zu fassen, beschuldigen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter. Tatsache ist, daß die wirtschaftliche Krise nur deshalb zu einem Mitgliederrückgang führt, weil die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich direkt gegen die unmittelbaren Interessen der Arbeiter richtet. Die Arbeitslosen werden hängen gelassen und auf den entschlossenen Lohnkampf wird verzichtet. Leute wie Vetter haben nur eine Sorge: daß "die Wirtschaft" bald wieder läuft und die Arbeitslosigkeit zu keinen "sozialen Unruhen" führt. Da "die

Wirtschaft" im Kapitalismus nur läuft, wenn die Gewinne stimmen, müssen die Arbeiter "vorübergehend" mit niedrigeren Löhnen zufrieden sein. Die Arbeitslosen haben halt Pech gehabt.

Dies ist die Logik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Da sie den Kapitalismus für die bestmögliche aller Welten halten, können sie auch keine andere Logik haben. Die Gewerkschaften müssen für diese Logik mit einem Mitgliederrückgang und die Arbeiter insgesamt mit einer Gefährdung ihrer Kampfkraft bezahlen. Diese Logik verdammt zur Passivität. Es bleibt gerade die Hoffnung, "daß mit dem Ende der rezessiven Entwicklung auch wieder mit einem Ansteigen der Mitgliederzahlen zu rechnen ist", so Norbert Fischer vom Vorstand der IGM. Eine bessere Gewerkschaftsführung können sich die Kapitalisten wirklich nicht wünschen und so läßt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hören, daß sie diese Hoffnung teile, da auch sie an einem "gutfunktionierenden Gewerkschaftsapparat durchaus interessiert ist" (Süddeutsche Zeitung, 12.8.75). Die Arbeiter können an einem solchen Apparat und seiner kapitalistischen Logik nicht interessiert sein.

Die gewerkschaftliche Organisation stärken!

Die Schwächung der Gewerkschaften in der Krise ist kein Naturgesetz. Im Gegenteil. Zwar sind die Kampfbedingungen in der Krise schwieriger, dafür liegt auch die Notwendigkeit des Kampfes klar auf der Hand, wenn die Kapitalisten so richtig die Sau rauslassen. Die Schwächung der Gewerkschaften in der Krise ist die Folge der sozialdemokratischen Politik der Gewerkschaften. Wer diese Gewerkschaften stärken will, muß zuallererst mit dieser Politik brechen. Wenn für die Gewerkschaften mit der Entlassung eines Mitgliedes dessen Mitgliedschaft praktisch erlischt, braucht man sich dann zu wundern, wenn dieses Mitglied verloren geht? Und wenn ein solches Mitglied nicht eines Tages vor den Betrieben als Streikbrecher auftaucht, dann liegt es bloß an seiner eigenen instinktiven Klassensolidarität und keineswegs an der Politik der Gewerkschaft. Diese

Die Schwächung der Gewerkschaften in der Krise ist kein Naturgesetz. Im Gegenteil. Zwar sind die Kampfbedingungen in der Krise schwieriger, dafür liegt auch die Notwendigkeit des Kampfes klar auf der Hand, wenn die Kapitalisten so richtig die Sau rauslassen. Die Schwächung der Gewerkschaften in der Krise ist die Folge der sozialdemokratischen Politik der Gewerkschaften. Wer diese Gewerkschaften stärken will, muß zuallererst mit dieser Politik brechen. Wenn für die Gewerkschaften mit der Entlassung eines Mitgliedes dessen Mitgliedschaft praktisch erlischt, braucht man sich dann zu wundern, wenn dieses Mitglied verloren geht? Und wenn ein solches Mitglied nicht eines Tages vor den Betrieben als Streikbrecher auftaucht, dann liegt es bloß an seiner eigenen instinktiven Klassensolidarität und keineswegs an der Politik der Gewerkschaft. Diese

treibt ihn geradezu zur Lohndrückerei und zum Streikbruch. Arbeitslose werden abgeschrieben. Höchstens haben die Sozialdemokraten noch Furcht, daß sie sich radikalisieren könnten. So ist es bereits auf Mitgliederversammlungen vorgekommen, daß den Arbeitslosen das Stimmrecht entzogen werden sollte.

In den Betrieben sieht die Politik nicht anders aus. Hier ist es die Hauptsorge der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Betriebsräte, jede Maßnahme der Kapitalisten den Belegschaften als unvermeidlich hinzustellen. Kurzarbeit wird genauso als unvermeidlich verkauft wie Sonderschichten und bei Massenentlassungen ist es schon viel, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitiker wenigstens auf einen bescheidenen Sozialplan dringen. Mit dem Lohnkampf ist die Gewerkschaftsführung schon fertig, bevor er überhaupt begonnen hat. Vetter liegt mehr an einer gemeinsamen Verlautbarung mit den Kapitalistenverbänden und der Regierung, daß es jetzt gefälligst wieder aufwärtsgehen solle, als an einer Verteidigung der Reallöhne. Wer hat denn seit Jahren Prozentforderungen vertreten, deren Folge jetzt ist, daß ein großer Teil der Arbeiter jetzt bereits große Lohneinbußen haben? Gegen diese ganze Politik, die mit den Interessen der Arbeiter nichts im Sinn hat und mit der Klassenversöhnung alles, muß man Schluß machen, wenn man die gewerkschaftliche Organisation stärken will. Das aber ist unbedingt nötig.

Von den Vertrauensleutekörpern kann die Initiative ausgehen für die jetzt bereits beginnende Tarifauseinandersetzung, in der es darum geht, die effektiven Reallöhne zu verteidigen und zu sichern.

Die Vertrauensleutekörper können eine Politik einschlagen, die geeignet ist, die Kampfkraft der Arbeiter zu organisieren. Zu diesem Zweck müssen die Vertrauensleutekörper von den Belegschaften her in Bewegung gesetzt werden.

Dabei darf man die Auseinandersetzung mit der herrschenden sozialdemokratischen Politik nicht scheuen. Denn diese Politik bedroht mit der Kampfkraft der Arbeiterklasse auch ihre elementaren Organisationen, die Gewerkschaften. Der IG Metall-Vorstand sagt, daß er sich auf den Mitgliederschwund "noch keinen Reim machen kann" (Süddeutsche Zeitung, 12.8.75). Wer sich die Politik von Loderer gegenüber den Betriebsstillegungen und Entlassungen bei VW anschaut, wer sieht, wie die Gewerkschaftszentralen gegenwärtig die Lohnauseinandersetzungen vorbereiten, der kann sich einen Reim machen:

Gewerkschaften als elementare Organisationen der Arbeiterklasse sind nur lebensfähig, wenn sie die Arbeiter für den Klassenkampf gegen die Kapitalisten organisieren. Dazu sind sie notwendig und nicht zur Finanzierung von Möchtegern-Konjunkturpolitikern. Davon gibt's schon genug beim bürgerlichen Staat. – (j.s.)

Stahltarifrunde / Klöckner-Bremen

Eine Forderung in Mark und Pfennig aufstellen!

Bremen. Die Vertrauensleute der Klöckner-Hütte Bremen sollen am 2. September Forderungen für die anstehende Stahltarifrunde beschließen, für die sich ihre Vertreter auf der Tarifkommissionssitzung am 10. September in Nordrhein-Westfalen einsetzen sollen.

Schon auf der letzten Versammlung vor einem Monat wurde die kommende Tarifrunde diskutiert. Dort wurde von verschiedenen Kollegen darauf hingewiesen, daß wir von Klöckner Bremen in der Tarifkommission nur drei von über 100 Stimmen hätten und daß wir deshalb sowieso nicht viel mitzureden haben. So wurde gesagt, daß wir bei den aufzustellenden Forderungen nicht zu hoch greifen dürfen, weil uns sonst die Kollegen in Nordrhein-Westfalen für verrückt erklären würden. Der Betriebsratsvorsitzende Heinz Röpke (DKP) begründe-

Bremen. Die Vertrauensleute der Klöckner-Hütte Bremen sollen am 2. September Forderungen für die anstehende Stahltarifrunde beschließen, für die sich ihre Vertreter auf der Tarifkommissionssitzung am 10. September in Nordrhein-Westfalen einsetzen sollen.

Schon auf der letzten Versammlung vor einem Monat wurde die kommende Tarifrunde diskutiert. Dort wurde von verschiedenen Kollegen darauf hingewiesen, daß wir von Klöckner Bremen in der Tarifkommission nur drei von über 100 Stimmen hätten und daß wir deshalb sowieso nicht viel mitzureden haben. So wurde gesagt, daß wir bei den aufzustellenden Forderungen nicht zu hoch greifen dürfen, weil uns sonst die Kollegen in Nordrhein-Westfalen für verrückt erklären würden. Der Betriebsratsvorsitzende Heinz Röpke (DKP) begründe-

te sein Eintreten für eine Prozentforderung damit, daß die Kollegen von Hoesch gegen Forderungen in Mark und Pfennig seien, weil sie damit 1973 schlechte Erfahrungen gemacht hätten.

Schon im vorigen Jahr war ein Vertreter der Bezirksleitung Hamburg der IG Metall gegen Forderungen in Mark und Pfennig mit dem Argument aufgetreten: "Da werden die Kollegen in Nordrhein-Westfalen nicht mitmachen."

Auch über den Vertrauenskörper hinaus sind einige Kollegen der Meinung, daß wir von Bremen aus sowieso nicht viel machen könnten, daß wir nur mitnehmen könnten, was die Kollegen in Nordrhein-Westfalen rausholen. Zweifellos ist in Nordrhein-Westfalen die Hauptkraft mit über 200 000 Stahlarbeitern und Angestellten konzentriert. Aber diese Meinung steht nicht alleine. Die meisten Kollegen wissen, daß die in Nordrhein-Westfalen genauso von Kurzarbeit und Preissteigerungen betroffen sind wie wir, die brauchen genauso mehr Lohn wie wir, um einigermaßen leben zu können. Deshalb haben wir gleiche Interessen und können uns zusammenschließen.

Weil das so ist, hatte auch schon die Aufstellung von bloß 14 Prozent im vorigen Jahr, bei Forderungen von 18 bis 19 Prozent bzw. 200 Mark aus den Betrieben, erhebliche Empörung auch der Kollegen in Nordrhein-Westfalen hervorgerufen.

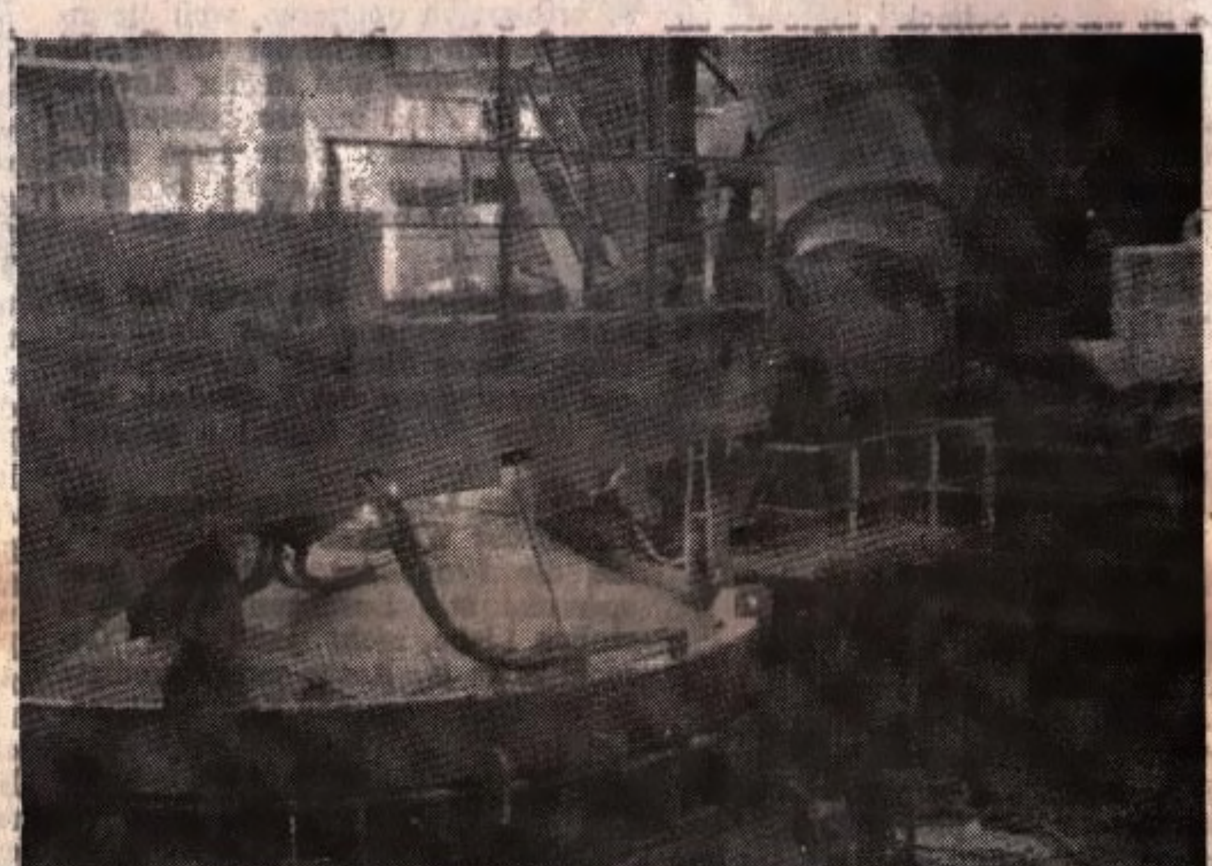
Der Abschluß von 9 Prozent und 600 DM Sonderzahlung stieß auf breite Ablehnung bei den damaligen Vertrauensleute- und Betriebsversammlungen. Auf der Hoesch-Westfalen-Hütte wurde der Abschluß als "Geschenk der IG Metall zum 25. Jahrestag des BDI" und als "stabilitätspolitischer Beitrag auf unseren Knochen" bezeichnet.

Dort wurde eine Resolution verabschiedet, die den Abschluß ausdrücklich kritisiert und die Forderung nach innerbetrieblicher Zulage erhebt.

Auch schätzen die Kollegen von Hoesch offensichtlich ihre Erfahrungen von 1973 ganz und gar nicht so ein wie die IG-Metall-Bezirksleitung Hamburg. Wie hätten sie sonst im vorigen Jahr 200 Mark mindestens als Forderung vorschlagen können, während die Mehrheit der Vertrauensleute bei Klöckner mit denselben Argumenten, wie sie heute wieder vorgetragen werden, dazu gebracht wurde, lediglich 16 Prozent zu beschließen. Man sieht: Faktisch laufen die genannten Argumente darauf hinaus, daß die Klöckner-Belegschaft aus dem Zusammenschluß aller Stahlarbeiter ausschert und so den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben wird, zu spalten. Gelingt den Kapitalisten das, werden sie zuschlagen und alle Stahlarbeiterlöhne drücken. Davon hat kein Arbeiter etwas, und auf die "Unterstützung" solcher Leute würden die Kollegen von Nordrhein-Westfalen mit Recht pfeifen.

Deshalb hat es für die Klöckner-Arbeiter keinen Zweck, zu rätseln, wie es wohl in Nordrhein-Westfalen aussieht, sondern sie müssen den Kollegen aus Nordrhein-Westfalen klare Vorschläge unterbreiten, auf denen alle Arbeiter marschieren können. Kommen wir bei Klöckner erst einmal ins Spekulieren, passiert uns das Gleiche wie letztes Jahr, daß die Bezirksleitung sagt, da machen die in Nordrhein-Westfalen nie mit, aber tatsächlich die Kollegen in Nordrhein-Westfalen das Gleiche beschlossen haben wie wir es wollten.

Am 2. September auf der Vertrauensleutesitzung muß die Forderung aufgestellt werden. Dort dürfen wir uns nicht wieder verwirren lassen, sondern eine Forderung in Mark und Pfennig aufstellen. – (t, Klöckner Bremen)





Klöckner Osnabrück: Mit dem 100-Tonnen-Elektro-Ofen ist die Produktion beträchtlich gesteigert worden. Die Belegschaftszahl ist nicht erhöht worden.

Hoesch-Vorstand zur Lohnrunde:

Die Arbeiter sollen zurückstecken

Dortmund. Am 15. Oktober laufen die Tarifverträge für 340 000 Arbeiter und Angestellte in der Stahlindustrie aus. In Dortmund sind rund 30 000 betroffen, die Belegschaften der Hoesch-Hüttenwerke und des Edelstahlwerkes Aplerbeck.

In der Juli-Ausgabe von "Werk und Wir", der Werkszeitung der Hoesch AG, legt der Vorstandsvorsitzende J. Fischer dar, was sich die Hoesch-Hoogovens-Kapitalisten von der Lohnrunde erwarten:

"Eine gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnpolitik gehört zu den unerläßlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige konjunkturelle Belebung (...). Auch nach einer konjunkturellen Belebung müssen wir uns hinsichtlich der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen kluge Beschränkungen auferlegen, wenn wir das Erreichte nicht aufs Spiel setzen wollen. Ein altes Sprichwort sagt, Not lehrt Beten. Wir wollen beherzigen und prüfen, ob alle Möglichkeiten technischer Rationalisierung ausgeschöpft sind, ob alle Einsparungsmöglichkeiten im sachlichen wie im personellen Bereich genützt werden."

"An dem Boom der vergangenen Jahre hatten alle Teil:

das Unternehmen durch Stärkung der Eigenmittel,

die Aktionäre mit der höheren Dividende,

die Belegschaft mit dem Tarifabschluß und dem Verdienst aus der Mehrarbeit."

So einfach ist die Argumentation der Kapitalisten!

Alle hatten in den vergangenen Jahren Teil am wirtschaftlichen Aufschwung, deshalb müssen auch alle zurückstecken! In gleicher Richtung wird zur Vorbereitung auf die Tarifrunde seitens des DGB-Vorstandes argumentiert: H.O. Vetter redete in einem Interview mit der "WR" am 28.7. davon, daß die Gewerkschaften gemeinsam mit den Kapitalisten Opfer für einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen müßten, daß in der Tarifrunde bestenfalls ein "Inflationsausgleich für die Arbeiter gefordert werden dürfe".

Die Hoesch-Hoogovens-Kapitalisten haben im Jahr 1974 ihren Reingewinn von 169 Millionen auf 322 Millionen holländische Gulden steigern können. Aufgrund der weltweiten Krise und des damit verbundenen Exportrückgangs müssen sie nun die Produktion um rund 10 % einschränken. Die Schichten an den Profilstraßen und Öfen in den Hüttenwerken wurden deshalb seit Mai des Jahres von 16 auf 14 zurückgefahren.

Für die Hoescharbeiter wirkte sich diese Produktionseinschränkung als Lohnsenkung aus. Im Januar konnte ein Stahlarbeiter noch mit vielen Überstunden einen Bruttolohn von 2 000 DM erzielen. Jetzt bekommt er im Durchschnitt (die Angestellten und höher eingestuften Facharbeiter mitgerechnet) brutto gerade um die 1 900 DM.

In der Tarifrunde im Frühjahr 1975 haben 100 Betriebsräte, die Vertrauenskörperleitung und Jugendvertretung der Hoesch-Hüttenwerke einheitlich das damalige Tarifangebot von 9 Prozent abgelehnt. Jetzt muß dafür gesorgt werden, zu einer Forderung zu kommen, deren Durchsetzung die Existenz sichert. Überall wo möglich sollten Versammlungen zur Debatte und Beschlußfassung gefordert und durchgeführt werden.

(aus: KVZ-Ortsbeilage Dortmund, Nr.31/75)

Vorholzeit für Weihnachtsurlaub – Überstunden ohne Überstundenzuschläge

Bremen. 16 Wochen lang arbeiten die rund 2 000 Arbeiter und Angestellte bei Nordmende jeden Tag zusätzlich 40 Minuten. Das ist Vorholzeit für verlängerten Weihnachtsurlaub.

Ohne Vorholzeit müßte Mende entweder mehr Arbeiter einstellen oder Überstunden arbeiten lassen. Die Vorholzeit wird nicht mit Überstundenzuschlägen bezahlt. Für Überstunden, die er ansetzen würde, wenn nicht vorgeholt würde, müßte er einen Überstundenzuschlag von 25 Prozent zahlen.

Die 2 000 Arbeiter arbeiten 1 333 Stunden täglich mehr, das sind 106 640 Stunden in 16 Wochen (d. h. in vier Monaten).

Wenn weiter ausgegangen wird davon, daß der Brutto-Durchschnittslohn der Mende-Arbeiter 5 DM beträgt, dann beträgt die Lohnsumme für 2 000 Arbeiter in 1 333 Stunden täglich 6 665 DM. Ein Überstundenzuschlag von 25 Prozent würde täglich 1 666 DM ausmachen.

Das sind in 16 Wochen 133 280 DM Überstundenzuschläge, die Mende einspart, indem er uns "vorholen" läßt, anstatt Überstunden zu fahren, mit den entsprechenden Zuschlägen.

VW-Werk Emden: Schliessung droht

SPD-Landtagsabgeordneter: "Bau eines Werkes in den USA schon weitgehend beschlossen"

Der Vorstand des VW-Konzerns droht mit der Schließung des Werkes Emden.

Nach Schmückers Amerikareise steht jetzt fest, daß ein Werk in den USA aufgebaut wird. Die Verhandlungen mit dem USA-Autokonzern Chrysler über die langfristige Anmietung von Produktionsanlagen sind offensichtlich weiter vorangekommen. Durchgesickert ist, daß Schmücker das Werk Emden zum 1.1.1976 schließen will.

Schon zu Beginn der Betriebsferien wurde allen Kollegen ein Brief mitgegeben, in dem es hieß, sie sollten sich vorsichtshalber schon mal nach einem neuen Arbeitsplatz umsehen.

Warum sollte der Vorstand auch gerade das Werk Emden, das für den US-Export gebaut wurde und ausschließlich dafür produziert, aufrechterhalten? Das würde bedeuten, die Produktion für den Inlandsmarkt und für den europäischen Markt in einem weiteren Werk aufzunehmen. Viel mehr Profit holen die VW-Kapitalisten aus den VW-Arbeitern heraus, wenn sie in den vorhandenen Produktionsanlagen in Wolfsburg, Salzgitter, Kassel usw. die Arbeiter stärker durch Schichtarbeit, Verschärfung der Akkordhetze und ähnliches auspressen.

Zu den Schließungsplänen erklärte der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Emden der IGM auf einer Konferenz von 300 IGM-Vertrauensleuten: *"Eine Schließung des Werkes Emden wird die IG Metall mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern."*

Und Lutz Dickerhoff vom Bundesvorstand der IGM sagte gar, daß die IG Metall im Aufsichtsrat keiner Lösung zustimmen werde, durch die zusätzliche Arbeitsplätze in der Bundesrepublik gefährdet würden.

Doch die Kollegen geben nicht mehr viel auf solche Versprechungen. Zu frisch war den anwesenden Funktionären, von denen die meisten selber im Betrieb stehen, in Erinnerung, daß das "Alternativprogramm" der IGM im Frühjahr zu den laufenden Entlassungen statt dreißigtausend "nur" fünfundzwanzigtausend Entlassungen vorsah. Zu groß ist auch die Erbitterung über die heuchlerische "Arbeitsplatzsicherung" des VW-Konzerns. Von 8 300 auf 6 100 ist die Belegschaft bisher zusammenrationalisiert worden. Jetzt sollen nochmals 6 000 Kollegen entlassen werden. Die Arbeitshetze wurde dadurch für die im Werk verbleibenden Kollegen immer mehr verschärft. Sie mußten für die entlassenen Kollegen mitarbeiten. Die Auszubildenden wurden sofort nach ihrer Prüfung an die Bänder gesteckt, um Lücken zu schließen. Ebenso ging es vielen Kollegen aus den Fachabteilungen (Betriebselektriker, Betriebsschlosser usw.). Dennoch mußte oft die Arbeit, die vorher von fünf oder sechs Kollegen gemacht wurde, jetzt nur noch von dreien oder vieren gemacht werden.

Da die Angst vor Entlassung bzw. dem aufgezwungenen Auflösungsvertrag ("Entweder Sie nehmen den Auflösungsvertrag oder Sie sind bei den 49, die wir ohne Erlaubnis des Arbeitsamtes entlassen dürfen") den Kollegen im Nacken saß, klotzten alle mehr ran. Wer krank war, arbeitete weiter, statt zum Arzt zu gehen. Die Arbeitslosenzahl im Bezirk betrug im Juli 8,3 % und ist seitdem durch Entlassungen im Hafen Emden weiter gestiegen.

Die drohende Schließung war in dieser Situation ein Schlag ins Gesicht. Die Belegschaft will zurückschlagen. Das zeigte sich auf der Funktionärskonferenz.

Zirka zwanzig Kollegen meldeten sich zu Wort, kritisierten vor allem die mangelnde Unterrichtung durch den Betriebsrat, die Verharmlosung der Situation, die laufenden "Beruhigungstabletten". Auch wurde kritisiert, daß die vorgesehene Demonstration und Kundgebung der IGM erst Mitte September stattfinden soll.

Denn viele Kollegen fordern, daß die Gewerkschaft jetzt Kampfschritte einleitet. Jeder Kollege weiß, daß das Emder Werk auf den US-Export ausgerichtet ist, und daß es der VW-Vorstand nicht aus Menschenfreundlichkeit aufrechterhalten wird.

In dieser Lage hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete Bruns als geschickter Spalter erwiesen. Er teilte auf der Funktionärsversammlung mit: *"Der Bau eines Werkes in den USA sei schon weitgehend beschlossen. Es komme jetzt darauf an, einen Ausgleich innerhalb des Konzerns zu schaffen, der das Emder Werk festigt."* (Ostfriesenzeitung, 18.8.75) "Ausgleich innerhalb des Konzerns schaffen" kann nur heißen, daß die Kollegen sich gegenseitig die Arbeitsplätze streitig machen sollen. Die VW-Bosse werden sich dabei die Hände reiben und ungestört ihre Pläne verfolgen können.

Die Kollegen bei VW Emden werden hier sehr wachsam sein müssen. Denn wenn sie sich gegen die Kollegen in den anderen Werken ausspielen lassen, stehn am Ende alle schlecht da. Deshalb müssen alle VW-Arbeiter fordern: Keine Schließung des Werkes Emden! Keine weiteren Entlassungen! Keine Steigerung der Arbeitshetze! – **(P., Emden)**

VW Wolfsburg

13 Sonderschichten

Wolfsburg. Die Entlassungen von Tausenden im VW-Konzern sind noch nicht abgeschlossen, da hat der Vorstand des VW-Werks Wolfsburg beim Betriebsrat des VW-Werkes Wolfsburg Sonderschichten für die gesamte Produktion, also Passat, Audi 50, Polo, Golf ab 6.9. beantragt. Insgesamt soll an dreizehn Samstagen gearbeitet werden.

Die Begründung des VW-Vorstandes ist, daß von den gesamten VW-Modellen bis Jahresende zirka 50 000 Wagen verkauft, aber ohne Sonderschichten nicht produziert werden könnten. Bereits seit einer Woche müssen die Kollegen sowohl der Früh- als auch der Spätschicht im Karosserierohbau täglich zwei Überstunden arbeiten.

Direkt nach dem Urlaub wurde am Passat-Band die Stückzahl von 225 auf 285 Wagen pro Schicht erhöht.

Außerdem ist als nächstes angekündigt worden, daß erneut die Zeitnehmer kommen werden: Es sollen dreihundert Wagen pro Schicht und Band gefahren werden.

Siemens Braunschweig

Zulagenkürzung nicht durchgekommen

Braunschweig. Jetzt die Löhne herabzudrücken, wo es nur geht – so bereiten die Kapitalisten die kommenden Tarifauseinandersetzungen vor. Ein Dorn im Auge bei diesen Absichten war den Siemens-Kapitalisten eine Regelung aus dem Tarifvertrag, nach der das prozentuale Verhältnis der dem einzelnen Arbeiter gezahlten Leistungszulagen nicht mehr sinken darf.

Deshalb scheuten sie auch nicht davor zurück, diese tarifvertragliche Regelung anzugreifen. Das konnten sie wagen, weil sie bisher bei Siemens nur mit einem relativ geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad rechnen können (ein Drittel in der IG Metall von 5 400).

Anfang Juni bekamen alle Zeitlohnarbeiter ein Schreiben der Personalabteilung. Darin stand:

"Einkommensmitteilung. Gemäß neuem Lohntarifvertrag vom 24. Februar 1975 tritt zum 1. Juli 1975 folgende ergänzende Regelung zum § 2 in Kraft: ... die Leistungszulage ..., die bisher dem einzelnen Zeitlohnarbeiter gewährt wurde, (darf) in ihrem prozentualen Verhältnis zum Grundlohn nicht gemindert werden. Demgemäß teilen wir Ihnen nachstehend die Zusammensetzung Ihres derzeitigen Lohnsatzes pro Stunde mit: Lohngruppe: ... Tarifgrundlohn/Std.: ... Leistungszulage/Std.: ... Sonderzulage/Std.: ... Stundenlohn: ..."

Bei tariflichen Lohnerhöhungen dürfen die Erhöhungen also nicht mehr auf die Leistungszulagen angerechnet werden, wie bisher geschehen. Die Leistungszulagen steigen mit dem Grundlohn mit, was effektiv mehr Lohn bedeutet. Angerechnet werden können nur noch die "Sonderzulagen".

Die Kollegen sahen diese Aufschlüsselung ihrer Zulagen zum ersten Mal. Vorher wußten sie nur, daß sie "Zulagen" hatten. Einige Arbeiter in zwei Abteilungen wurden mißtrauisch, denn bei einigen war die Sonderzulage sogar höher als die Leistungszulage. Das heißt, daß ein größerer Teil des Lohnes jederzeit gestrichen werden kann.

Breit wurde diskutiert, was zu tun sei. Mehrere Kollegen gingen zum Personalbüro, um die Personalakte einzusehen. Darin war nämlich die letzte Zulage genau aufgeschlüsselt. Es wurden Kürzungen der Leistungszulagen von mehreren Prozent festgestellt, wogegen die Sonderzulagen erhöht waren.

Inzwischen war auch bekannt geworden, daß die Meister den Auftrag erhalten haben sollen, zum 1. Juli den Schnitt der Leistungszulagen in ihren Abteilungen auf die tarifvertraglichen 13 Prozent zu senken. (In den höheren Lohngruppen liegt er etwa vier bis fünf Prozent höher.) Klar war allen Kollegen, daß in der nächsten Lohnrunde jeder Pfennig wichtig sein wird, eine Senkung der Zulagen konnte nicht hingenommen werden.

Gefordert wurde deshalb vom Betriebsrat, daß die Zulagen wieder auf ihr altes prozentuales Verhältnis gesetzt werden.

Inzwischen hat der Betriebsrat mit der Betriebsleitung darüber verhandelt. Soweit bekannt wurde, soll die Betriebsleitung völlig unwissend getan haben. Es seien bisher nur gesamte "Zulagen" gezahlt worden, so daß nun die Leistungszulagen wieder frei festgesetzt werden könnten. Aber die Betriebsleitung fühlte sich wohl ertappt, denn sie soll dem Betriebsrat zugesagt haben, daß die Leistungszulagen "natürlich" nicht gekürzt werden, wenn nachweisbar ist, daß sie vorher schon als Leistungszulagen ausgewiesen waren.

Damit ist der Versuch der Zulagenkürzung wohl zunächst zurückgeschlagen, denn die alten Leistungszulagen sind nachweisbar. – (Zelle Siemens Braunschweig)

Gegen den Paragraf 218 im Betrieb

Köln. Als ich nach zwei Wochen

ber im Betrieb stehen, in Erinnerung, daß das "Alternativprogramm" der IGM im Frühjahr zu den laufenden Entlassungen statt dreißigtausend "nur" fünfundzwanzigtausend Entlassungen vorsah. Zu groß ist auch die

keit aufrechterhalten wird.

In dieser Lage hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete Bruns als geschickter Spalter erwiesen. Er teilte auf der Funktionärsversammlung

Außerdem ist als nächstes angekündigt worden, daß erneut die Zeitnehmer kommen werden: Es sollen dreihundert Wagen pro Schicht und Band gefahren werden.

gen" hatten. Einige Arbeiter in zwei Abteilungen wurden mißtrauisch, denn bei einigen war die Sonderzulage sogar höher als die Leistungszulage. Das heißt, daß ein größerer Teil

Gegen den Paragraf 218 im Betrieb

Köln. Als ich nach zwei Wochen wieder an meinen Arbeitsplatz kam, habe ich den Aufkleber der Komitees gegen den § 218 an meinen Schreibtisch geklebt und die Plakette getragen. Obwohl ich schon vorher Unterschriften gesammelt hatte, fragten viele Kollegen: Was tragen Sie denn da? Sofort ging die Diskussion um den § 218 los. Viele Kollegen sagten spontan: "Das finde ich richtig. Jeder soll selbst entscheiden, ob er ein Kind haben will oder nicht. Da hat sich der Staat überhaupt nicht einzumischen."

Als ein Kollege dann einwarf, daß eine Abtreibung Mord sei und daß die Streichung des § 218 darauf hinauslaufen würde, die Lebensgrenze des Menschen künstlich festzusetzen, hatte er sich schnell von den Kollegen isoliert. Sie gaben ihm sehr gut zu verstehen, was das mit dem § 218 auf sich hat. "Die Frauen der Reichen können jederzeit abtreiben, denn sie haben gute Bekannte und ein kurzer Sanatoriumsaufenthalt würde die ganze Sache bereinigen. Diese Frauen treiben ab, weil sie Angst um ihre Figur haben oder um einen Seitensprung zu vertuschen. Diesen Frauen würde auch nichts passieren. Die Frauen jedoch, die aus sozialen Gründen eine Abtreibung als letztes Mittel anwenden würden, geraten oft in die Hand von Kurpfuschern und werden hinterher auch noch dafür bestraft."

Als ich meinen Kollegen dann erzählte, daß mittlerweile schon fast 300 000 Menschen den Aufruf der Komitees unterschrieben hatten und daß am 21. September zur Parlamentseröffnung eine Demonstration in Bonn stattfinden würde, waren sie einerseits überrascht, daß soviele Menschen den Aufruf schon unterzeichnet hätten, weil davon nie etwas in den Zeitungen stehen würde. Andererseits hielten sie die Demonstration für einen richtigen Schritt, um den Protest der Bevölkerung zusammenzufassen.

Alle Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligt hatten, haben dann auch unterschrieben, sogar der Kollege, der vorher dagegen aufgetreten war. Ein Kollege hat dann die Unterschriftenliste mit nach Hause genommen, damit auch seine Frau unterschreiben könnte. – (g., Klöckner-Humboldt-Deutz)

Das Hamburger Reynolds-Geschäft

760 Millionen eingestrichen - Entlassungen geplant



Reynolds-Arbeiter protestieren nach der Betriebsversammlung gegen Entlassungen

Hamburg. Am 29.September 1970 war Baubeginn beim Reynolds Aluminium-Werk in Hamburg. Seitdem hat der Hamburger Senat den Konzernherren 760 Millionen DM in den Rachen geschmissen. Der Hamburger Senat war zwar nur mit 10 % an der Firma beteiligt, zahlte aber als Vorleistung zunächst 227 Millionen. Reynolds brachte für die weiteren 90 % 14 Millionen auf. Bürgschaften vom Senat gab es noch dazu, weitere 534 Millionen.

Diesem Geschäft stimmten alle Parteien im Rathaus zu, SPD, FDP und CDU. Jetzt liegen sie sich gegenseitig in der Wolle. Das Geschäft ist nämlich nicht wie vorgesehen gelaufen.

Den Reynolds-Kapitalisten waren die Profite, die sie aus der Arbeit der Aluminium-Arbeiter herausholten, nicht hoch genug. Die Aluminium-Kapitalisten hatten in den letzten fünf Jahren in scharfer Konkurrenz zueinander die Produktionskapazitäten ausgebaut. Als jetzt der Markt verstopfte, gingen sie daran, Teile der Produktion stillzulegen. Reynolds Hamburg verstärkte die Arbeitshetze, ließ kurzarbeiten, drohte mit Stillegung und forderte vom Senat neue Zuschüsse. Folgendermaßen wurde das Geschäft abgewickelt:

Der Senat hat den Reynolds-Anteil für 1 DM symbolisch übernommen und vermietet das Werk weiter. Die Mieter, die mit ihrer Miete zugleich das Werk kaufen, sind wiederum Reynolds, die bundeseigenen Vereinigten Aluminium Werke, VAW, und die staatlichen österreichischen Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG. Die Miete ist kaum nennenswert und nach 25 Jahren geht das Werk automatisch ins Eigentum der Konzerne über. Die 227 Millionen, die der Senat an Vorleistungen bezahlt hat, sind verloren und gehen entschädigungslos an die Kaufmieter über. Aber das ist noch nicht alles. Weitere 37 Millionen muß jetzt der Senat noch verloren geben an Zinsverlusten, die er haben wird, weil die Kaufmiete die Höhe der gegebenen Darlehen nicht erreicht. Und 37 Millionen sind dabei der Mindestbetrag. Wahrscheinlich werden es mehr. Die FDP spricht von 56 Millionen. Die Presse hält sogar eher eine dreistellige Summe für wahrscheinlich.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende, Gerhard M. Meyer, fordert den Rücktritt des Hamburger Wirtschaftssenators Kern, SPD. Er sei der Hauptschuldige an diesem Reynolds-Geschäft. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Meyer ist gleichzeitig Personalchef der Reynolds-Werke, die als ersten Schub 59 Entlassungen planen. Schon über 100 Kollegen hatten seit Oktober 1974 unter dem Druck der angekündigten Stillegungspläne gekündigt. So wurde zunächst im Laufe des letzten Jahres die Anzahl der Ofenleute, Gießer und Kollegen an der Walzstraße auf die Hälfte reduziert. An der Säge wurden 12 Kollegen überflüssig gemacht. Die Arbeit müssen jetzt die anderen zusätzlich machen.

Auf der Betriebsversammlung am vorletzten Mittwoch stellten mehrere Kollegen fest: Jede Entlassung ist zu viel!

Als der Senatsdirektor von der Wirtschaftsbehörde sich zu der Aussage verstieg, die Reynolds-Kollegen müßten dem Hamburger Senat dafür dankbar sein, daß mit Hilfe von Steuergeldern Reynolds überhaupt erhalten werde, erntete er empörte Zwischenrufe. Von seiten des Betriebsrates wurde festgestellt, daß die Reynolds-Kollegen nicht etwa Steuergelder vom Senat gefordert haben, sondern von Reynolds keine Entlassungen.

Nach der Betriebsversammlung zog ein ganzer Pulk von Kollegen mit Transparenten vor das Werkstor, um dort Presse und Rundfunk zu informieren, die schon bereit standen. Der Betriebsrat wolle dafür kämpfen, daß alle Kollegen ihren Arbeitsplatz behalten, wurde der Presse erklärt. "Mit einem Sozialplan ist uns in der augenblicklichen Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht geholfen", sagte ein Kollege. Der Betriebsrat hat inzwischen einen Sozialplan ausgearbeitet, dem die Geschäftsleitung aber schwerlich zustimmen wird.

Seine Forderungen sind:

1. Ein Abfindungsgrundbetrag von fünftausend DM pro Mann, dazu Zuschläge für Beschäftigungsdauer, Alter und Familie.
2. Bei längerer Arbeitslosigkeit muß dem Entlassenen nach 6, 9 und 12 Monaten Beschäftigungslosigkeit je ein Monatsgehalt gezahlt werden.
3. Entlassene Reynolds-Arbeiter müssen 36 Monate bevorrechtigt wieder eingestellt werden, sobald sich die Lage im Werk ändert.

Der zweite Bevollmächtigte der IG Metall erklärte vor dem Werkstor: "Wir müssen den Sozialplan so teuer machen, daß das Werk günstiger dabei wegkommt, wenn es alle Arbeitsplätze erhält." Die Auseinandersetzung um den Sozialplanentwurf des Betriebsrates und die Unterstützung der IG Metall kann die Belegschaft nutzen, um hinter der Forderung: Keine Entlassungen! weiter Kräfte zu sammeln.

Sicherer Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst – für wen?

Frankfurt. Ich arbeite bei einer Landesbehörde der Straßenbauverwaltung.

Schon nach kurzer Zeit ist mir klar geworden, woher der Haß kommt, den viele auf "die Beamten" haben. Der Hase läuft nämlich so bei uns in der Behörde:

Erstens gibt es Angestellte und Beamte (auf Lebenszeit). Angestellte sind die Schreibkräfte und meistens alle, die älter als dreißig Jahre waren, als sie angefangen haben, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Beamte auf Lebenszeit sind einige wenige Inspektoren, Amtmänner und dann natürlich vom Regierungsrat aufwärts.

Zweitens: Die Angestellten werden in letzter Zeit immer stärker wegrationalisiert. Am 1. April darf überhaupt niemand mehr eingestellt werden als Sekretärin.

In einer Behörde nun gibt es einen Regierungsrat (Gehalt etwa 3 000 DM im Monat), der seit sieben Jahren an dieser Stelle sitzt; mehr aber auch nicht.

Aufgrund eines früheren Disziplinarverfahrens, das aber inzwischen erledigt ist, sollte dieser Regierungsrat vor sieben Jahren erst nur für vier Wochen im Amt arbeiten; außerdem hieß es, er dürfe nicht beschäftigt werden. Das heißt, er bekommt keine Arbeitsaufgaben, kein Sachgebiet.

Das hat sich bis heute nicht geändert. Dieser Beamte hält seit sieben Jahren die Stellung in seinem Büro. Er arbeitet nichts, er kommt morgens und geht mittags. Er kassiert jeden Monat sein stattliches Gehalt und bereitet sich auf seine Pensionierung vor, die er ungefähr in fünfzehn Jahren erreichen wird, denn er ist noch nicht alt. Während der "Arbeitszeit" macht er sich's gemütlich mit einem Höckerchen für die Füße. Außerdem schreibt er angeblich an einem Roman – während der Dienstzeit.

Jeder hart arbeitende Mensch bekommt natürlich einen Haß auf "die da vom öffentlichen Dienst", wenn ihm eine solche Gestalt über den Weg
läuft. denn Beamte werden aus den
läuft, denn Beamte werden aus den Steuergeldern der arbeitenden Bevölkerung bezahlt. Das aber ist der Regierung in Zeiten von Tarifrunden und der kapitalistischen Krise nur recht, denn es ist für sie ein Spaltungsmittel zwischen "Beschäftigten der freien Wirtschaft" und dem "öffentlichen Dienst mit seinen sicheren Arbeitsplätzen".

Der oben bezeichnete Beamte mag sich wie eine Karikatur ausnehmen, und das ist er in gewissem Sinne auch, denn die übrigen höheren Beamten machen's auch nicht besser. So sind sie ständig "dienstlich unterwegs". Das sieht dann so aus: Besprechung in Limburg. Das ist eine Strecke von etwa 70 Kilometern von Frankfurt aus. Angereist wird mit Dienstwagen und Chauffeur. Auf halber Strecke wird erst mal Kaffeepause gemacht, nicht unter einundhalb Stunden. Dann fällt man natürlich dem Forstrat im Limburger Amt ins Mittagessen.

Danach kann dann die Besprechung abgehalten werden. Dauert vielleicht eine Stunde. Danach geht's mit Chauffeur und Dienstwagen zurück. Der Tag ist gut verbracht, auf die Gleitzeitkarte werden mindestens zehn Stunden eingetragen, damit auch noch Verpflegungsgeld kassiert werden kann. Auf diese Weise verschleudern diese Berufsbeamten Steuergelder. Im selben Amt wird aber eine über fünfzigjährige Kollegin jetzt entlassen. Weil sie seit Jahren als Sekretärin arbeitet, hat sie ein chronisch entzündetes Schultergelenk, ganz sicherlich durch die Tipperei – manchmal sogar nach Leistung, d.h. Seitenzahl pro Tag und Woche. Dieser Sekretärin wurde nun gesagt, sie solle sich äußern, ob sie noch weiterhin ihr Attest, daß sie nicht tippen darf, in Anspruch nehmen will, dann würde sie ihren Arbeitsvertrag nicht mehr erfüllen und müßte entlassen werden. Die Kollegin hat sich, damit sie ihre fünfzehn Jahre öffentlichen Dienst vollkriegt, dafür entschieden, ab sofort wieder auf der Schreibmaschine zu schreiben, gegen das Verbot des Arztes, einfach weil sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren möchte und es sich nicht leisten kann, später auf ihre Rente zu verzichten, für die sie jahrelang gearbeitet hat. – (h., Frankfurt)

Sozialamt Wiesbaden

Keine Stellenstreichung!

Wiesbaden. Wie im gesamten öffentlichen Dienst versucht auch der Wiesbadener Magistrat durch verschiedene Maßnahmen die Arbeitskraft der Kollegen stärker auszuplündern. So wurde unter anderem eine Einstellungssperre beschlossen Kürzungen an Arbeitsmaterial und Stellenstreichungen.

In der vergangenen Woche wurde bekannt, daß die Kollegen, deren Stellen gestrichen wurden, sofort auf den Ämtern abgezogen werden und zur sogenannten Personalreserve kommen sollen. Beim Sozialamt sind das fünf Schreibkräfte und drei Mitarbeiterstellen.

Diese Maßnahme stieß auf die einhellige Empörung der Kollegen. Sofort wurde eine öffentliche Vorstandssitzung der ÖTV-Betriebsgruppe durchgeführt, auf der der Personalrat informiert wurde und eine Betriebsversammlung für den 18.8. beschlossen wurde.

Der Personalrat hat daraufhin durch einen Beschluß gegen die Maßnahme protestiert und die sofortige Rücknahme der Maßnahme gefordert. Auf der Betriebsgruppenversammlung wurde von den Kollegen einstimmig eine Resolution verabschiedet mit folgenden Forderungen: **Keine Stellenstreichungen! Weg mit der Einstellungssperre! Schluß mit dem Abbau von Zulagen! Keine Abstriche von Arbeitsmaterialien!**

Es wurde außerdem beschlossen, daß die Resolution als ÖTV-Flugblatt im ganzen Amt verteilt wird und daß umgehend eine Personalversammlung durchgeführt werden soll, auf der der Oberbürgermeister zu der Resolution Stellung nehmen soll.

Der ÖTV-Kreisvorstand wurde aufgefordert, die Resolution an die Lokalpresse weiterzuleiten. Gleichzeitig hat sich die Jugendvertretung durch einen Beschluß mit den Kollegen solidarisiert. – (Ortsgruppe Wiesbaden)

Autokorso gegen politische Entlassung

Schwetzingen. Mit einem Autokorso zum Landratsamt in Heidelberg protestierten Kollegen des Schwetzinger Kreiskrankenhauses gegen die politisch begründete Entlassung des Assistenzarztes J. Henninger. Ihm war Ende Juli durch den Landrat Neckarauer gekündigt worden wegen seiner Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen im April 1975 für den KBW in Heidelberg. Der Landrat beruft sich dabei auf den Paragrafen 8 des Bundesangestelltentarif. Dieser Paragraf verpflichtet die Angestellten zur Treue zur Verfassung des bürgerlichen Staates. Gegen die politisch begründete Entlassung wurde auf Initiative der ÖTV-Vertrauensleute in nur zwei Tagen über 100 Unterschriften am Krankenhaus gesammelt. In einer vor dem Landratsamt verlesenen Resolution heißt es: "Die schon angelaufenen Sparmaßnahmen, mit denen der Staat versucht, die großen finanziellen Schwierigkeiten, in der er ohne Verschulden der Beschäftigten geraten ist, auf die Schultern der Beschäftigten und auf Kosten der Patientenversorgung abzuwälzen, zeigen, wie notwendig das Personal seine Bewegungsfreiheit braucht, um sich dagegen zu wehren. Um für seine Interessen wirkungsvoll eintreten zu können, kann das Personal die politische Bevormundung durch den Arbeitgeber nicht dulden."

Gegen die Folgen der Lehrerarbeitslosigkeit



Frankfurt. Am 19.8. fand in Frankfurt eine Demonstration und Kundgebung gegen die Folgen der Lehrerarbeitslosigkeit statt, an der sich ca. 500 Kollegen beteiligten. Dazu aufgerufen hatte der Bezirksverband Frankfurt der GEW, unterstützt wurde die Aktion vom Bezirksverband Offenbach. Die Demonstration führte von der Innenstadt zum Arbeitsamt, vor dem die Kundgebung abgehalten wurde. In den Redebeiträgen des Kollegen V. Dirgeldey, des 1. Vorsitzenden des Bezirksverbands Frankfurt der GEW, und einer nichteingestellten Kollegin, wurde hervorgehoben, daß die Nichteinstellungspolitik der Landesregierung für den arbeitslosen Teil der Lehrer zu großer finanzieller Not führt und zugleich für die Kollegen an den Schulen die Arbeitshetze vergrößert. Gefordert wurde die Einstellung aller Lehrer sowie die Anerkennung der arbeitslosen Lehrer als Arbeitslose und die Bezahlung von Arbeitslosengeld durch den Staat.

Medizinische Hochschule Hannover

Keine Streichung des freien Tages

Hannover. Am 29.7.1975 fand an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) eine Personalversammlung für das Pflegepersonal statt. Thema dieser Versammlung war eine neue Arbeitszeitregelung für die Stationen und die Notfallaufnahme, die seit einem viertel Jahr durchgeführt wurde. Die Arbeitszeitregelung war von der Dienststelle gegen den erklärten Willen der zirka 870 Schwestern und Pfleger durchgesetzt worden.

Seit Einführung der 40-Stunden-Woche im Oktober 1974 bis zum 5. Mai 1975 wurde nach den alten Dienstplänen (von der 42-Stunden-Woche) weitergearbeitet. Die angefallene Arbeitszeitverkürzung wurde in einem zusätzlichen freien Tag im Monat genommen.

Da das Pflegepersonal nur jedes zweite Wochenende frei hat, ist es wohl klar, daß täglich ein paar Minuten Arbeitszeitverkürzung weniger Erholung bedeuten als ein ganzer freier Tag.

Dieser freie Tag war dem staatlichen Dienstherrn ein Dorn im Auge. Nach dem 5. Mai wurde als "vorläufiges Experiment" der freie Tag gestrichen. Dafür wurde der Arbeitstag um 20 Minuten gekürzt und eine unbezahlte Pause von 30 Minuten eingeführt.

Bisher wurde auf Station ohne offizielle Pause gearbeitet. Man frühstückte, wann es die Arbeit erlaubte, und wurde laufend unterbrochen. Selten konnte man länger als 10 bis 15 Minuten ungestört essen. Daran hat sich auch nach Einführung der unbezahlten Pause nichts geändert. Entweder klingelt ein Patient, der einen Wunsch hat, oder ein Patient muß zur Operation vorbereitet werden, oder das Telefon klingelt, oder ein neuer Patient erscheint im Dienstzimmer, oder der Arzt will Visiste machen, oder ... Bei einer Besetzung auf Station, die eine Schwes-
setzung auf Station, die eine Schwes-
ter, eine Helferin und eine Schwesternschülerin pro Station und Schicht umfaßt (durchaus repräsentativ für die Medizinische Hochschule Hannover), ist eben keine ununterbrochene Pause von 30 Minuten möglich.

Diese Pause ist nichts anderes als unbezahlte Arbeitszeit, die Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche findet nicht statt und der fünfte freie Tag fällt auch noch weg.

Daß die Pause nicht genommen werden kann, ist natürlich auch den Oberschwestern und der Klinikleitung durch eine Untersuchung im Herbst 1974 bekannt gewesen.

Als die neuen Dienstzeiten verkündet wurden, berief die Oberschwester getrennte Stationsschwesternbesprechungen ein. Den einen erzählte sie dann, die anderen hätten schon zugestimmt, und umgekehrt. Aber trotzdem gelang es ihr nicht, das Pflegepersonal mit Hilfe dieser Spaltungsmanöver zur Zustimmung zu bringen. Auch als erklärt wurde, vorgesehen sei nur ein Probelauf von drei Monaten, lehnte die weit überwiegende Mehrheit der zirka 870 Schwestern und Pfleger den neuen Dienstplan ab.

Schon bevor überhaupt ein Kollege von der neuen Arbeitszeitregelung erfuhr, hatte der Personalrat zugestimmt.

Am 22.4. fand dann nach Feierabend eine Versammlung der ÖTV-Betriebsgruppe statt, die sich mit der neuen Arbeitszeitregelung befaßte. Zirka 30 Kollegen waren erschienen, dazu auch zwei Personalratsmitglieder und die Oberschwester Schlichting. Die Oberschwester verwies auf die "angespannte Finanzlage" des Landes und beschwor die Kollegen, von der Wahrnehmung ihrer Interessen abzusehen, da sonst Stellen getrichen würden.

Die Kollegen beschlossen aber, unbeeindruckt davon, eine Unterschriftensammlung durchzuführen für eine Personalversammlung des Pflegebereiches. Zirka 220 Unterschriften wären notwendig gewesen, aber 320 kamen innerhalb von zwei Tagen zusammen. Trotzdem führte der Personalrat keine Versammlung durch.

Der Kampf geht weiter

Da sich die Unruhe auch nach Einführung des Probelaufs nicht legte, sah sich der Personalrat gezwungen, auf einer allgemeinen Personalversammlung am 23.6. die Durchführung einer Bereichspersonalversammlung für den Pflegebereich zuzusagen. Dort sollten die Erfahrungen mit den neuen Dienstzeiten zusammengetragen werden. Zur Vorbereitung der Versammlung verteilte der Personalrat mit den Vertrauensleuten der ÖTV einen Fragebogen zu den gemachten Erfahrungen und der Meinung der Kollegen zur neuen Arbeitszeitregelung. Das Ergebnis wurde auf der Versammlung am 29.7. bekanntgegeben.

Von 680 anwesenden Kollegen (zirka 20 Prozent im Urlaub) hatten 435 ihren Fragebogen wieder abgegeben. Die Auswertung ergab, daß durchschnittlich 75 Prozent ihre unbezahlte Pause nicht einhalten können (wegen oben genannter Störungen). Auf den Intensivstationen waren es sogar 94,1 Prozent. Für die neue Arbeitszeitregelung waren nur ganze 6,9 Prozent. 75 Prozent waren dagegen und 8,5 Prozent unentschlossen.

Zur Versammlung waren 280 Pfleger und Schwestern erschienen. Eine Beteiligung, die sehr hoch ist, da ja der gesamte Krankenhausbetrieb weiterlief.

Keine Streichung des freien Tages!

Die Diskussion auf der Versammlung drehte sich dann hauptsächlich um die unbezahlte Pause. Ein Pfleger des Notfall–OP's fragte die Oberschwester zum Beispiel, wer denn die Verantwortung übernehme, wenn er und seine Kolleginnen zur Pause gingen und ein Notfall eingeliefert wird. Er mußte die Frage dreimal wiederholen, ehe er eine Antwort bekam. Die Antwort der Oberschwester war dann auch bezeichnend: Ob es die Schwestern denn mit ihrem Gewissen vereinbaren können, eine Pause zu machen, obwohl ein Notfall eingeliefert werden kann. Was nichts anderes heißt, als daß keine Pause gemacht werden darf, da die Schwestern sonst wegen unterlassener Hilfeleistung vors Gericht kommen könnten.

Da derartige Notfallsituationen auch auf Stationen vorkommen, sollen die Kolleginnen und Kollegen jeden Tag 30 Minuten umsonst arbeiten – wenn's nach der Meinung der Oberschwester ginge. Als angesprochen wurde, wie es nach Ende des angekündigten Probelaufs am 5. August weitergeht, kam heraus, daß der Probelauf nach dem Willen der Klinikleitung weiterlaufen soll. Sogar ein Vertreter des Pflegepersonals im Personalrat verteidigte das, indem er herumdeutelte, ein Probelauf wäre erst dann beendet, wenn etwas Neues gefunden ist.

Zu Recht wurde von einer Kollegin gefragt, warum dann überhaupt das Datum 5.8. als Ende angegeben wurde. Frau Schlichtings Antwort darauf war offen. Das Personal hätte doch sonst nicht mitgemacht. – Also nichts als eine Finte sollte der "Probelauf" sein, nur zur Beschwichtigung des Personals. Damit gab sich die Versammlung nicht zufrieden.

Es wurde mit sieben Gegenstimmen und neun Enthaltungen beschlossen, daß ab 5.8. wieder die alten Dienstzeiten aus der Zeit vor dem 5.5. (ohne unbezahlte Pause, mit fünftem freiem Tag) eingeführt werden sollen.

Der Personalrat hat sich dem Beschluß der Kollegen angeschlossen. Die Klinikleitung ist aber nicht an diesen Beschluß der Personalversammlung gebunden.

Eine Kommission, die neue Dienstpläne erarbeiten soll, ist gebildet worden. Von der Personalversammlung sind 15 Vertreter hineingewählt worden. Der Beschluß der Personalversammlung auf Einführung der alten Dienstzeiten ist ein klarer Auftrag.

Ab 1. September muß wieder nach den alten Dienstzeiten gearbeitet werden! – **(Zelle Medizinische Hochschule Hannover/Red.)**

GEW–Forderungen für arbeitslose Lehrer

Hamburg. Die Fachgruppe Gymnasien der GEW Hamburg verabschiedete am 18. August die Forderungen:

Einstellung aller Referendare! Einstellung aller arbeitslosen Lehrer mit Vollverträgen! Solange die Einstellung nicht besteht, Einbeziehung der arbeitslosen Referendare und Lehrer in die Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Die volle Mitgliedschaft in der GEW und Einrichtung einer Betriebsgruppe arbeitsloser Lehrer!

Wir haben uns den gestrichenen Unterricht selbst genommen

Hamburg: Gegen die Streichung einer Schulsportstunde haben die Berufsschüler der G 1 ihr Recht auf 2 Stunden Sport geltend gemacht



Der Warnstreik der G1 Berufsschüler beginnt ...



...Das Hallenbad ist erreicht

Am 4. August begann für uns Maschinenschlosserlehrlinge ein neuer Schulblock. Verwundert stellten viele Klassen fest, nachdem sie den neuen Stundenplan erhalten hatten, daß eine Stunde Sport gestrichen worden war zugunsten des Technologieunterrichts, der jetzt auf zehn Stunden pro Woche angestiegen ist.

Klar ist, daß wir auf den Sportunterricht nicht verzichten können. Denn bei unseren Arbeits- und Schulbedingungen ist der unbedingt notwendig, damit wir körperlich und gesundheitlich nicht auf den Hund kommen.

Die Empörung über diese Maßnahmen war bei uns sehr groß und wir fragten auch sogleich unseren Klassenlehrer nach dem Grund. Doch auch er konnte es sich nicht recht erklären. Es entstand in der Klasse eine lebhafte Debatte über die Hintergründe dieser Maßnahme.
Einige Kollegen berichteten, wie der Hamburger Senat das Ausbildungswesen immer mehr verrotten läßt, so zum Beispiel auch durch die Streichung der kleinen Lehr- und Lernmittelfreiheit, was uns Auszubildende monatlich mit mindestens 30 DM zusätzlich belasten wird, da wir uns jetzt Bleistifte, Papier, Zeichenbretter, Hefte, Zirkel, Rechenschieber usw. selbst kaufen müssen. Mußten wir uns diese Sachen auch schon vorher zum größten Teil selber anschaffen, so ist dieser Zustand jetzt auch gesetzlich vom Senat abgesichert.

In der Diskussion in der Klasse wurde klar, daß man sich diese Maßnahme nicht gefallen lassen darf und man jetzt sofort auf die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats reagieren muß, wie es vor den Sommerferien durch die große Demonstration der Hamburger Eltern, Schüler, Studenten schon getan worden ist, nachdem vorher an fast zwanzig Schulen in der Stadt gestreikt wurde.

Die Klasse beauftragte unseren Klassensprecher, die Streichung des Sportunterrichts im Schülerrat anzusprechen. Dazu muß man sagen, daß wir den Sportunterricht vor zwei Jahren auch erst bekommen haben, nachdem eine Klasse sich einfach zwei Stunden Sport pro Woche genommen hatte. Im Schülerrat wurde sofort eine Untersuchung beschlossen, um das Ausmaß der Sparmaßnahmen in den Berufsschulklassen festzustellen. Es wurden Fragebogen erstellt, die in die Klassen gegeben wurden, um festzustellen, was an Unterrichtsmaterial wie Bücher, Zirkel, Rechenschieber usw. fehlt.

Das Ergebnis der Untersuchung bestätigte unsere Vermutung vollauf: In fast allen Klassen fehlen Fachbücher; so zum Beispiel für das Fach "Fachbezogene Naturwissenschaft" gibt es überhaupt kein Fachbuch. So fehlen überall Zeichenbretter usw. Die Untersuchung zeigte aber auch, daß in allen Klassen eine Stunde Sport gestrichen worden war. Das heißt für viele jetzt nur noch 45 Minuten oder sogar nur 30 Minuten Sportunterricht. Was bei 30 Minuten mit Umziehen und Geräteaufbauen an realer Zeit übrigbleibt, kann sich wohl jeder denken.

Nachdem wir mit unserer Klasse nun so eine Sportstunde mitgemacht hatten, war allen Kollegen klar, daß man was dagegen machen muß. Über die Frage des "Wie?" und "Was?" ging die Diskussion auch sogleich in allen Klassen los.

Da der Schulblock nur sieben Wochen dauert und man also schnell und möglichst erfolgreich etwas unternehmen wollte, konzentrierte sich die Diskussion auf folgenden Vorschlag: Alle Schüler führen zusammen zwei Stunden Sport vor der Schule durch. Dies war ein guter Vorschlag, wo eine Einheit unter den Kollegen noch nicht in allen Klassen erreicht worden war, aber in relativ kurzer Zeit erreicht werden mußte. Die Frage der Einheit der Kollegen stand so auch immer wieder im Zentrum der Diskussion.
Um dieser Diskussion Gewicht zu verleihen, haben wir dann in der Klasse abgestimmt, wer sich an einer Aktion zur Durchführung unserer gerechten Forderung beteiligen würde. Auf der Grundlage dieser Diskussionen in den einzelnen Klassen wurde eine Resolution in allen Klassen zur Abstimmung gestellt, in der zwei Stunden Sport pro Woche gefordert werden.

Bei uns waren von 26 Schülern 22 dafür, keiner dagegen, vier enthielten sich. So war das Abstimmungsergebnis in meiner Klasse, und nachdem in allen anderen Klassen abgestimmt worden war, wurde dem Schulleiter das Abstimmungsergebnis mitgeteilt und er aufgefordert, einen Brief an die Schulbehörde mit diesen Forderungen zu schicken – einen Durchschlag an das schwarze Brett des Schülerrates zu hängen.

Dem Warnstreik sollte eine Vollversammlung aller Berufsschüler vorausgehen, bis dahin sollte in allen Klassen der Beschluß für den Streik gefaßt werden.

Der Streik wurde in allen Klassen gut vorbereitet. Es wurde das Eintrittsgeld für die Schwimmhalle vorher eingesammelt, Badezeug wurde von allen Kollegen mitgebracht, Transparente mit unseren Forderungen wurden hergestellt, ein Flugblatt geschrieben, das während des Weges an die Leute verteilt werden sollte, vor allem an die Kollegen der anderen Berufsschulen, die gerade Pause haben würden, um sie über unsere Aktion zu informieren.

Am Donnerstag, dem 14.8.1975 um 10 Uhr fand die Vollversammlung statt und alle Schüler wußten Bescheid: Nach Schluß der Vollversammlung sofort die Aula verlassen, vor der Schule aufstellen und in den Klassenverbänden zusammenbleiben.
Auf der Vollversammlung wurde noch einmal über die Sparmaßnahmen diskutiert und eine Resolution verabschiedet, in der die sofortige Rücknahme der Streichung der kleinen Lehr- und Lernmittelfreiheit gefordert wird. Als letzter Punkt der Tagesordnung stand die Streichung der Sportstunde an. Hierzu wurde eine Stellungnahme unseres Schülerrates verlesendort hieß es u.a.:

Die überwältigende Mehrheit der Berufsschüler will mit einem zweistündigen Warnstreik ihre Entschlossenheit zeigen, ihre Interessen gegenüber der Schulbehörde durchzusetzen. Diesen zweistündigen Warnstreik, der sich direkt an diese Vollversammlung anschließen wird, werden wir nutzen, um schwimmen zu gehen.

Hamburg, den 14.8.1975"

Am Ende der Vollversammlung gingen wir alle zum Ausgang, vorbei an Schulleiter Schmiedgen, der nur noch sagen konnte, daß das alles undemokratisch sei, denn ihn hätte keiner gefragt.

Wir stellten uns alle vor der Schule auf und marschierten dann mit zirka 130 Kollegen zur Schwimmhalle. In der Schule sind rund 40 Kollegen geblieben. Die meisten von ihnen unterstützen die Forderungen, wollten aber nicht mitmachen, weil sie teilweise schon Verweise von Betrieb und Schule auf dem Konto haben.

Nach dem Schwimmen gingen wir geschlossen wieder zur Schule, da einige Klassen noch Unterricht hatten und wir uns das Recht auf die zwei Stunden Sport ja genommen hatten.

Am Tag darauf kam dann auch schon der erste Versuch der Schulleitung, die Einheit der Kollegen zu spalten. Schulleiter Schmiedgen schickte einen offenen Brief an den Schülerrat und den Blocksprecher. Er wies darauf hin, daß der Streik gegen bestehende Gesetze verstoßen würde und der Schülerrat und Blocksprecher das zu verantworten hätten. Viel Erfolg wird er mit diesem Spaltungsmanöver aber kaum haben, denn die Einheit der Kollegen in dieser Frage ist jetzt stärker als zuvor. – (M., Hamburg)

Jugendvertrauensleuteversammlung bei BASF

Ludwigshafen. Mit einer Demonstration hatten die Lehrlinge von BASF letzte Woche ihrer Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge Nachdruck verliehen. Jugendvertretung und Betriebsrat einigten sich daraufhin mit der Geschäftsleitung auf einen Kompromiß: Von den 125 Lehrlingen, die nicht übernommen werden sollten, werden 25 übernommen, 40 sollen bei Tochtergesellschaften der BASF in anderen Städten einen Arbeitsplatz erhalten. Zu diesem Kompromiß war die Geschäftsleitung gezwungen durch die Einheit und Stärke, die die Lehrlinge im Kampf dafür, daß alle übernommen werden, an den Tag gelegt hatten.

Auf der Jugendvertrauensleuteversammlung am 18.8. wurde über den Kompromiß diskutiert. Der Vorstand der Jugendvertretung gab zu Anfang bekannt, daß jetzt insgesamt 85 Arbeitsplätze zusätzlich in Tochtergesellschaften der BASF angeboten werden. Für die übrigen Entlassenen soll der Betriebsrat Stellen in der BASF Ludwigshafen suchen. Einige Jugendvertrauensleute stellten in der Diskussion klar, daß man mit dem Kompromiß nicht zufrieden sein kann und auf der Übernahme aller Lehrlinge bestehen muß.

Es wurde dann die Zusage gemacht, eine Veranstaltung mit den Betroffenen und allen interessierten Lehrlingen der BASF und anderer Ludwigshafener Betriebe am Donnerstag, dem 28.8., durchzuführen, vorbereitet vom Arbeitskreis IG Chemie Ludwigshafen. Dort soll dann nochmal über den Kompromiß und über weiter Schritte diskutiert werden.

DGB-Führung hintertreibt zentrale Jugendemonstration

Protest in der Gewerkschaftsjugend gegen die geplante Absetzung der zentralen Demonstration

Über hunderttausend Arbeiterjugendliche, aber auch Schüler und Studenten haben seit Februar dieses Jahres gegen schlechte Berufsausbildung und Jugendarbeitslosigkeit demonstriert.

Oganisiert waren diese Demonstrationen vom DGB bzw. von der DGB-Jugend.

Die Demonstrationen richteten sich gegen die immer schlechtere Berufsausbildung und steigende Jugendarbeitslosigkeit. Ausschlaggebend dann für die machtvollen Demonstrationen waren die Stellungnahmen der Kapitalistenverbände an die "sozialliberale" Bundesregierung, Schluß zu machen mit ihrer geplanten Reform der beruflichen Bildung, ansonsten würden sie 40 000 Ausbildungsplätze weniger zur Verfügung stellen im ganzen Land. Die Empörung der Arbeiter und besonders der Arbeiterjugend war groß über diese Provokation der Kapitalistenverbände. Im ganzen Land mußten Demonstrationen organisiert werden von den Gewerkschaften; in Betrieb und Berufsschule wurde über die Forderungen der Arbeiterjugend diskutiert, mit denen man den Kapitalisten entgegentreten konnte.

Der DGB-Vorstand mußte sich dann auch für eine Großdemonstration "im November in Essen" aussprechen.

Inzwischen hat sich die Lage weiter verändert. Die Berufsausbildung verschlechtert sich weiter. Lehrlinge werden nach der Abschlußprüfung in Scharen nicht übernommen und liegen auf der Straße, die Jugendarbeitslosigkeit hält unvermindert an. Die Kapitalisten sind bei ihrem entschiedenen "Nein" bezüglich jeder Änderung der beruflichen Bildung geblieben.

Und dementsprechend haben alle bürgerlichen Parteien ihre Reformvorhaben fallen gelassen. Die Bundesregierung spricht nur noch von einem "Reformansatz". Eine zentrale Demonstration der Gewerkschaft zur Misere in der Berufsausbildung und gegen Jugendarbeitslosigkeit würde sich direkt auch gegen die SPD/FDP-Bundesregierung richten, die jetzt offen und ohne Reformgerede die Interessen der Kapitalisten vertritt. Sie kann zu einer machtvollen Manifestation der Arbeiterjugend werden und zu einem Schritt der Vereinheitlichung der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat. Das wissen auch die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung und deshalb machen sie einen Rückzieher. Die Arbeiterjugend soll von weiteren Kampfaktionen abgehalten werden; es soll verhindert werden, daß sie sich zusammenschließt gegenüber dem bürgerlichen Staat unter einheitlichen Forderungen.

Dazu machte der DGB-Bundesvorstand mehrere Manöver. Als erstes hat er einen Beschluß gefaßt, der eine zentrale Demonstration und Kundgebung der Gewerkschaftsjugend unterbinden soll. Er schreibt: "*Der Bundesvorstand ist damit einverstanden, daß im Herbst 1975 eine zentrale Kundgebung des DGB zur Reform der Berufsausbildung im Ruhrgebiet (Saalveranstaltung) mit 6 000 Teilnehmern durchgeführt werden soll. Die Teilnehmer der Veranstaltung sollen sich wie folgt zusammensetzen: 4 000 aus dem Ruhrgebiet und 2 000 aus den anderen Bundesländern.*" (Beschluß vom 30.6.1975)

Der DGB fürchtet den Zusammenschluß der Masse der Arbeiterjugend unter einheitlichen Forderungen gegen die Kapitalisten und den Staat, stattdessen will er ausgesuchte Teilnehmer in einem Saal zusammenfassen.

Aber es wird noch deutlicher. In einem Rundschreiben vom 29.7.1975 des DGB Bundesvorstandes an die Landbezirke und Kreise bezieht er sich in der Begründung für die Saalveranstaltung ausdrücklich auf einen Beschluß der Gewerkschaft Textil und Bekleidung. Dort heißt es: "*Der Geschäftsführende Vorstand empfiehlt dem DGB-Bundesvorstand anstatt einer zentralen Demonstration, mit allen Parteien des Deutschen Bundestages eindringlich die Forderungen und Wünsche zur Berufsausbildung zu erörtern. Gleichzeitig sollte nochmals mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, ein gezieltes Gespräch im Sinne der Forderungen zur Berufsausbildung geführt werden.*"

Statt Demonstration der Einheit und des Kampfwillens der Arbeiterjugend ein "Gespräch" mit allen Parteien, wo doch offensichtlich ist, daß alle Parteien ohne Umschweife die Interessen der Kapitalisten vertreten. Und auch in den Ländern werden entsprechende Erlasse verabschiedet, wie zum Beispiel im CDU-regierten Baden-Württemberg, die die Aufweichung der Schulpflicht für jugendliche Arbeitslose vorsehen. "Eindringlich" sollen noch einmal die Forderungen des DGB dargelegt werden, wo doch klar ist, daß nur das einheitliche Vorgehen der Arbeiterjugend und der gesamten Arbeiterklasse mit ihrer Klassenorganisation, der Gewerkschaft, eine Verbesserung der Lage erzwingen kann. "Gezielt" soll mit Rohde gesprochen werden, wo doch "gezielt" die Kraft der Arbeiterjugend ins Feld geführt werden muß!

Inzwischen hat der DGB die Vorbereitungen der Saalveranstaltung gestoppt, weil die Vorstände der IGM und IG Chemie vorgeschlagen haben, stattdessen eine zentrale Demonstration und Kundgebung zur Mitbestimmung, beruflichen Bildung und Arbeitslosigkeit durchzuführen. Hier wird es stark. Die gesamte Arbeiterklasse soll statt für ihre Interessen zu kämpfen um Mitbestimmung betteln gehen, eine Gegenüberstellung mit den politischen Vertretern des bürgerlichen Staates soll vermieden werden und die selbständigen Aktivitäten der Arbeiterjugend werden dagegen ausgespielt und sollen gestoppt werden.

Dagegen hat sich unvermeidlich in der Gewerkschaftsjugend der Protest entwickelt. Viele jugendliche Gewerkschafter halten an der Forderung nach Demonstration und Kundgebung fest: Im Raum Stuttgart werden Unterschriften gesammelt gegen den Beschluß, ebenfalls hat eine Jugendfunktionärsversammlung in München schon Stellung genommen. Am 2.9.75 will der DGB-Bundesvorstand endgültig entscheiden. Dieser Termin wird von vielen Gewerkschaftsmitgliedern genützt, um aus Betrieben, Jugendvertretungen und Gewerkschaftsebenen heraus gegen die Entscheidung des DGB Bundesvorstands zu protestieren. (jk)

Wilhelmshaven. Der Kreisjugendausschuß des DGB Wilhelmshaven verabschiedete einen Beschluß, in dem er den DGB-Bundesvorstand aufgefordert hat, seine Entscheidung vom 30.6. rückgängig zu machen und auf seiner Sitzung am 2.9. eine zentrale Demonstration zu beschließen

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung vom Dezember

Wie 10 Milliarden Steuergelder an die Kapitalisten gebracht wurden

Noch Ende August will die Bundesregierung ein neues Konjunkturprogramm beschließen. Erst Ende Juni ist das Konjunkturprogramm "stabilitätsgerechter Aufschwung" ausgelaufen. Rund 10 Milliarden DM waren dafür im Staatshaushalt bereitgestellt worden. Es ist nützlich zu wissen, was daraus geworden ist.

Das alte Programm war mit den Stimmen aller Parteien im Bundestag im letzten Dezember beschlossen worden. In einer Serie von Anzeigen hatte die Bundesregierung verkündet: *"Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung verfolgt eine klare Linie: Es soll den stabilitätsgerechten Aufschwung bringen. Daran sind alle interessiert. Dazu müssen alle mitwirken."*

Die beschlossenen Maßnahmen

Folgende Maßnahmen wurden beschlossen: 500 Millionen DM wurden für Lohnkostenzuschüsse an die Kapitalisten bereitgestellt; 100 Millionen DM für Zuschüsse an Arbeiter, die ihren Wohnort wechseln; 1,1 Milliarden DM für Staatsaufträge und schließlich sieben bis acht Milliarden DM für Investitionszulagen.

Jene wurden an die größte Glocke gehängt und machen ja auch den fettesten Brocken aus. Jedes Unternehmen sowie jeder Rechtsanwalt, Arzt usw. ("freie Berufe") sollten 7,5 Prozent der Kosten ihrer geschäftlichen Anschaffungen über 800 DM aus Steuergeldern ersetzt bekommen. Sie mußten lediglich die Bestellung zwischen dem 30. November 1974 und dem 1. Juli 1975 aufgeben. Die tatsächliche Lieferung kann sich noch bis 1. Juli 1976 hinziehen. Diese Zulagen werden bei den Steuern, die die Kapitalisten bezahlen müssen, nicht berechnet; dies gibt nochmals eine Ersparnis.

Um diese 10 Milliarden DM ist es verdächtig still geworden. Bis heute hat die Bundesregierung nichts darüber veröffentlicht. Klar ist nur so viel, daß weder von Aufschwung noch von Stabilität die Rede sein kann. Die Preise steigen weiter und die Produktion sinkt. Im ersten Vierteljahr 1975 ist sie gegenüber dem letzten Vierteljahr 1974 um 7,6 Prozent gesunken, und seither noch weiter.

Die Krise ist tiefer geworden

Bei über zwei Dritteln von 61 wichtigen Erzeugnissen, für die das statistische Bundesamt Zahlen veröffentlicht, ist die Produktion von Januar bis Mai zum Teil erheblich gesunken. In der chemischen und der eisenschaffenden Industrie – zwei wichtige Bereiche, die 1974 noch relativ hohe Produktion hatten – ist die Produktion nun ebenfalls ganz erheblich gesunken.

Die Auslastung der Produktionsmittel ist weiter von 77,5 Prozent im Januar auf 76 Prozent im April gesunken. Im Bau sind die Geräte im Juli nur noch zu 56 Prozent ausgelastet, weniger als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Die Vernichtung von Produktionsmitteln durch Pleiten hält ebenfalls unvermindert an.

Ohne die Kurzarbeiter sind etwa 1,3 Millionen Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen, rechnet man eine Million Arbeitslose und 300 000 Ausländer, die bis zum Sommer seit dem letzten Jahr in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die Krise ist also seit Beginn des Konjunkturprogramms tiefer und umfassender geworden, nicht schwächer.

Arbeitsplätze wurden vernichtet

Um das 10-Milliarden-Programm zu rechtfertigen, hatte die SPD/FDP-Regierung behauptet, es würde allen nützen. Die Investitionszulage sei notwendig, um die Kapitalisten zu ermuntern, sich neue Maschinen, Anlagen und Bauten zu beschaffen. Dies würde dann bei den Kapitalisten, die diese neuen Maschinen und Bauten liefern, das Geschäft beleben, die dort stillstehenden Maschinen wieder anwerfen und neue Arbeiter würden eingestellt. So würde alsbald das gesamte Geschäft wieder aufblühen und auch die Arbeiter würden wieder Arbeit finden.

Daraus ist nichts geworden. Die Auftragseingänge in der Industrie lagen für die Monate Januar bis Mai zwischen vier und elf Prozent unter dem Vorjahresmonat.

Und für den Bau, auf den weit über die Hälfte der gesamten Investitionen entfällt, sieht es noch schlechter aus. Die Genehmigungen für Wirtschaftsbauten blieben in den ersten vier Monaten 14 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Erstmals ist im Juni der Auftragseingang stark gestiegen. Die Bestellungen der Industrie lagen 19 Prozent höher als im Vorjahr. Dafür sind die Bestellungen bereits im Juli wieder besonders stark gesunken; nach einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer Saar war in ihrem Bereich der Auftragseingang aus dem Inland gegenüber einem Jahr zuvor um 12 Prozent geringer. Rechnet man die Inflation ab, so lag das Volumen der Aufträge für das erste halbe Jahr etwa zwei Prozent unter dem Stand von 1970.

Die hohen Bestellungen im Juni erklären sich daraus, daß die Frist für die Gewährung der Investitionszulage abgelaufen ist. Daß dies keine zusätzlichen Bestellungen sind, kann man daran erkennen, daß sie die ganzen fünf Monate zuvor und erst recht im Juli ausgeblieben sind. Für die Kapitalisten ist es ein leichtes, ihre Bestellungen für Maschinen, die sie ohnehin im Laufe des nächsten Jahres kaufen, vorzuziehen. Das kostet sie keinen Pfennig. Im Gegenteil, wenn sie eine Anzahlung gemacht haben, konnten sie sofort die gesamte Investitionsprämie einstreichen.

Übereinstimmend haben eine ganze Reihe von Industrie- und Handelskammern festgestellt, daß sich kaum ein Kapitalist zu zusätzlichen Investitionen verlocken ließ. Weshalb hätten sie auch investieren sollen?

Zunächst einmal die sogenannten Freiberuflichen wie Ärzte usw. Hier mag es sich – wie auch die Industrie- und Handelskammer für Rheinland-Pfalz festgestellt hat – für viele gelohnt haben, das neue Auto ein paar Monate früher zu bestellen und sich 7,5 Prozent plus Steuerersparnis ersetzen zu lassen. Keinem Arbeiter wurde solches je zuteil.

Daß dies von vielen kleinen Kapitalisten ausgenutzt wurde, darauf läßt auch die etwas höhere Zahl von Auto-Bestellungen schließen.

Anders bei den größeren Unternehmen. Wieso sollten sie ihren Maschinenpark ausdehnen, wenn der alte leer steht? Hauptsächlich wurden Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen durchgeführt, schreibt das "Institut der Deutschen Wirtschaft" Anfang Juli.

Für die Kapitalisten ist dies ein Mittel, aus der Krise zu kommen. Obwohl noch nicht abgenutzt, werfen sie die alte Maschinerie fort, vernichten sie, um mit der neuen profitabler zu produzieren. Ein Teil der Arbeiter wird dabei überflüssig und auf die Straße geworfen, die anderen müssen schneller arbeiten.

Arbeitsplätze wurden auch bei jenen Kapitalisten nicht geschaffen, die die Maschinen liefern, denn auch bei ihnen ist die Profitproduktion zum Erliegen gekommen, auch sie versuchen ihren Maschinenpark durch einen profitableren zu ersetzen, keinesfalls jedoch auszudehnen. Auch hier wurden Arbeitsplätze vernichtet, und die Abhängigkeit der Arbeiter von der Maschinerie ist gestiegen.

Dies ist ein Prozeß, wie ihn die Kapitalisten in jeder Krise versuchen. Die Investitionszulagen haben das nicht verhindert, sondern gefördert. Für ihre Rationalisierungen haben die Kapitalisten die Prämie dankbar "mitgenommen".

Dieser Vorgang spiegelt sich auf der Ebene der Finanzierung des Konjunktur-Programms wider. Der Staat mußte sich verschulden und Kredite aufnehmen. Das treibt erstens die Inflation, zweitens müssen die Kredite aus Steuergeldern zurückgezahlt werden, zusätzlich der Zinsen und Provisionen. Vermittler des Kredits sind die Banken. Sie schaffen sich damit eine sichere Verzinsung für das sonst wegen Mangel an Anlagemöglichkeit brachliegende Geldkapital. Sie kreditieren den Staat, damit dieser das Geld an die industriellen Kapitalisten verschenkt, die zu einem großen Teil von den Großbanken kontrolliert werden. Bezahlt wird die Transaktion aus Steuergeldern, die zum größten Teil von den Werktätigen aufgebracht werden. Damit wird der Kredit bezahlt, der den Kapitalisten geschenkt wird, und die Zinsen, welche die Banken einstecken.

Eine kalkulierte Lumperei

Es spricht viel dafür, daß die bürgerlichen Politiker von vornherein wußten, daß keineswegs durch dieses Programm die Produktion ausgedehnt wird, und es sich so gesehen um eine Lumperei in Höhe von 10 Milliarden DM handelt.

Wenn jeweils 7,5 Prozent des Preises der Investitionen ersetzt werden und dafür 8 Milliarden DM bereit stehen, so beträgt die Summe aller geförderten Investitionen 107 Milliarden DM. Diese 107 Milliarden DM Investitionen sollten in sieben Monaten bestellt werden, was noch lange nicht heißt, daß sie auch in diesem Zeitraum durchgeführt werden. Doch selbst auf sieben Monate gerechnet ergäbe sich ein Monatsdurchschnitt von rund 15,3 Milliarden DM. Gegenüber den 1974 tatsächlich durchgeführten Investitionen ist das ein Rückgang von etwa 18 Prozent. Er war offensichtlich im Konjunkturprogramm bereits eingeplant.

Dieses Programm hieß "stabilitätsgerechter Aufschwung". Für das neue habe die Regierung noch keinen Namen, erklärte ihr Pressesprecher letzte Woche. Minister Friderichs hat es vorerst als "Überwinterungsprogramm" bezeichnet.

Das Prinzip bleibt gleich: Überwinterungshilfe bekommen die Kapitalisten, die Besitzer der Produktionsmittel. Aufkommen soll dafür das Volk durch die Steuern. – (fb)

Fast Hunderttausend über ein Jahr arbeitslos

Über 200 000 Arbeitslose erhalten nichts

In den letzten Monaten hat die Zahl der Arbeitslosen, die nur Arbeitslosenhilfe erhalten, ständig zugenommen. Im Juli werden schon **104 300** Personen gezählt. Das bedeutet, daß die Zahl der Arbeitslosen, die schon länger als ein Jahr arbeitslos sind, schon bei **100 000** liegt, denn die Zahl der Lohnabhängigen, die vorher kein Arbeitslosengeld erhalten haben, ist gering. Nimmt man nur die Zahl derer, die Leistungen vom Arbeitsamt erhalten haben, ist die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe von **8,7 Prozent** im Januar dieses Jahres schon auf **15,4 Prozent** gestiegen.

Da gegenwärtig noch **125 000** Anträge bearbeitet werden müssen, wird sich die Zahl noch wesentlich erhöhen. Über **200 000** Arbeitslose haben überhaupt keinen rechtlichen Anspruch auf Leistungen vom Arbeitsamt. Ein Drittel der Arbeitslosen ist jetzt bereits länger als ein halbes Jahr ohne Arbeit, darunter ein wachsender Anteil von Facharbeitern. Dabei gilt: Je älter, desto länger.

Bei der Arbeitslosenhilfe werden im Höchstfall **58 Prozent** des letzten Netto-Arbeitsentgelts bezahlt, wobei Überstunden nicht eingerechnet werden! Gleichzeitig wird aber das Einkommen der Familie und von Verwandten angerechnet. Das Einkommen z.B. der Ehefrau wird voll angerechnet, soweit es **75 DM** die Woche übersteigt. Bei Eltern und Kindern, die selbst verdienen, wird noch ein Viertel des Einkommens angerechnet, das 75 DM die Woche übersteigt.

Ein Beispiel: Ein verheirateter Mann würde bei einem wöchentlichen Arbeitseinkommen von **400 DM** **171,60 DM** Arbeitslosenhilfe erhalten. Wenn nun seine Frau **1 200 DM** netto im Monat verdient, würden **875 DM** darauf angerechnet. Er er- [illegible] also überhaupt nichts.

Ein anderer Fall: Ein lediger Arbeitsloser wohnt bei seinen Eltern. Er hat **400 DM** wöchentliches Arbeitseinkommen. Die Mutter hat kein eigenes Einkommen, der Vater **1 200 DM** netto im Monat.

110 DM Freibetrag in der Woche werden abgerechnet, ein Viertel vom Rest auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet, also von **723,33 DM** **180,83 DM**. Er erhält also statt des Regelsatzes von **696,80** nur **515,97 DM** im Monat. Das Gesamteinkommen der Familie ist also von fast **3 000 DM** auf **1 700 DM** reduziert.

Etwa **800 DM** erhält ein Arbeiter, der eine Familie mit zwei Kindern zu ernähren hat, wenn er vorher **2 000 DM** brutto verdient hat. Davon kann die Familie nur verhungern.

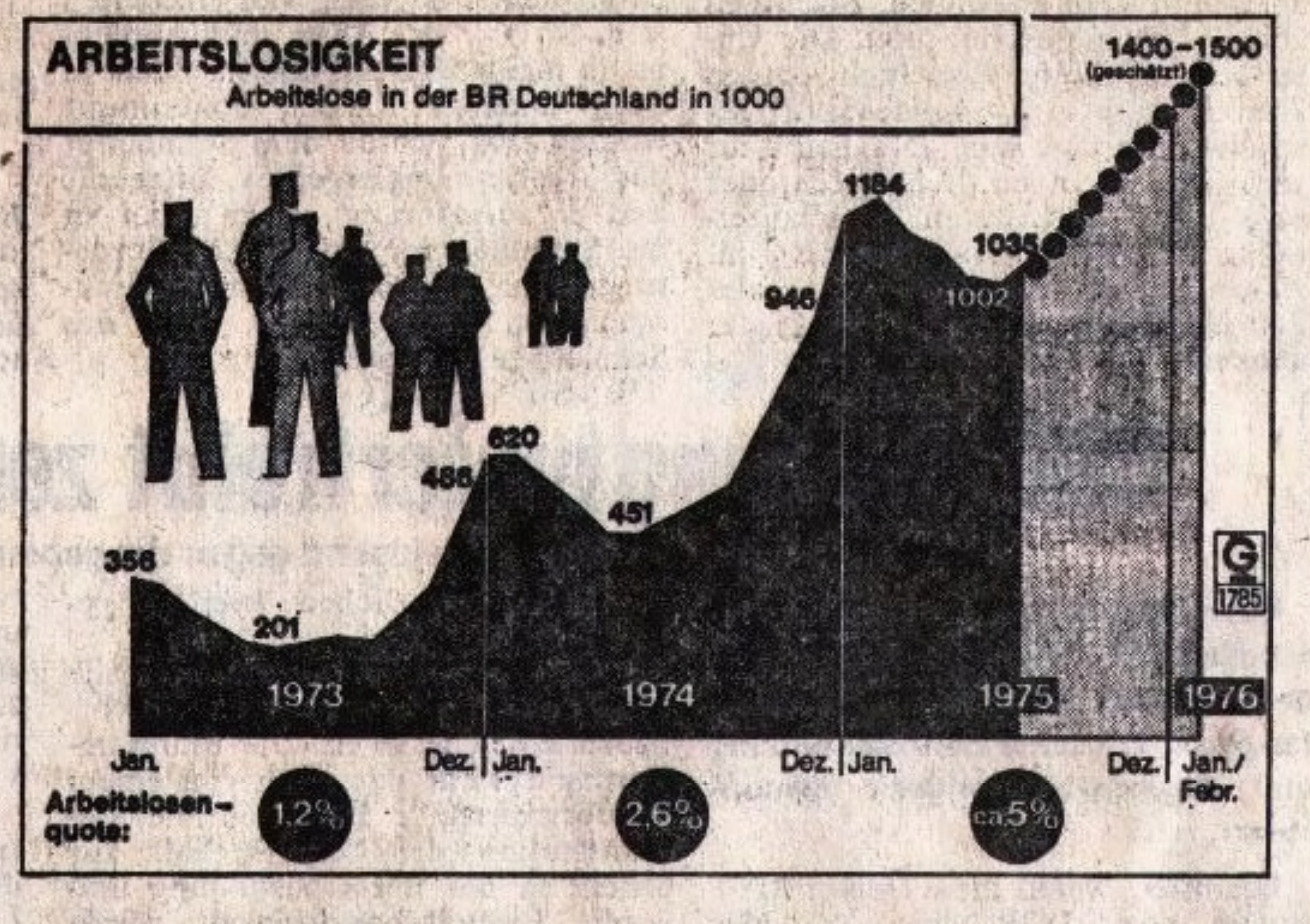


So wollen es die Kapitalisten haben.

Wo die Leistungen des Arbeitsamtes unter den Sozialhilfesatz sinken, kann dann "ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt" beim Sozialamt beantragt werden. In diesem Fall wären das **296 DM**. Mit **1 104 DM** soll sich eine vierköpfige Familie im Monat ernähren.

In der Stadt Köln sind z.B. schon **11 700** Menschen Sozialhilfeempfänger, davon ein wachsender Teil Arbeitslose. Sie fristen eine elende Existenz und sind den Schikanen und Demütigungen der Behörden ausgeliefert.

Viele Arbeiter haben in dieser Situation gar keinen anderen Ausweg, als sich für weniger Lohn und auch unter erniedrigenden Bedingungen zu verkaufen. – **(hv)**



Saisonbereinigt liegt die Zahl der Arbeitslosen im Juli sogar schon bei 1,3 Millionen.

Leserbrief

Mit Sperrzeit bestraft

Am 10. August 1975 erhielt ich eine Arbeitsvermittlerkarte vom Arbeitsamt Kaiserslautern zugeschickt, mit der Adresse einer Speditionsfirma zur Bewerbung als Kraftfahrer Klasse II. Nach einer kurzen Unterredung mit der Betriebsleitung wurde mir schließlich klar gemacht, daß ich für die Tätigkeit nicht geeignet sei. Vermerk auf der Karte: Bewerber wurde nicht eingestellt, da keine Erfahrung im Fernverkehr. Was natürlich auch den Tatsachen entspricht, da ich seither nur im Nahverkehr tätig war. Darauf wurde von mir die Karte beim Arbeitsamt abgegeben.

Zwei Tage später kam ein Brief vom Arbeitsamt; darin war unter anderem zu lesen, daß ich am **26.2.75** die vom Arbeitsamt vermittelte Stelle bei der LSC, Labor Service Section, abgelehnt habe und mir somit vier Wochen Ausfall entstünde. Damals hatte ich – bei der "Belehrung" des Arbeitsamtes angegeben, daß ich diese Tätigkeit wie folgt ablehne: Die LSC ist eine Dienststelle der US-Armee, die vorschreiben, daß Arbeiter (auch deutsche) ihre Militär-Dienstuniform tragen müssen, soweit diese im Dienst erforderlich ist. Ich bin deutscher Staatsbürger und lehne das US-imperialistische System ab. Als Deutscher habe ich ein Recht auf einen deutschen Arbeitsplatz. Soweit meine Aussprache beim Arbeitsamt.

Heute, Mitte August, beruft sich das Arbeitsamt auf die Vermittlung vom 2. Februar 1975, sozusagen als "Racheakt", da die "Speditionsvermittlung" für ihre Seite negativ ausfiel.

Wir haben inzwischen schon Mitte August, und ich weiß noch nicht, wie ich meine bereits fällige Miete bezahlen soll, von Lebenshaltungskosten im allgemeinen kann keine Rede mehr sein. 470 DM Arbeitslosengeld war schon sehr knapp. Einen Monat ohne Geld; man könnte seinen letzten Lebensmut verlieren. – **(w)**

Für VW nach Südafrika ?

Ich bin 21 Jahre alt und seit einem viertel Jahr arbeitslos.

Zweieinhalb Monate ließ das Arbeitsamt nichts von sich hören. Ich mußte selber ein paarmal anfragen – ohne Erfolg. Letzte Woche, kurz vor dem Werksurlaub bei VW, bekam ich endlich Post vom Arbeitsamt. Wegen Arbeitsangeboten sollte ich erscheinen. Unsere Freude war groß.

Und dann stand ich da an dem Tag vorm Arbeitsamt. Dreißig andere standen auch schon da. Alles Facharbeiter wie ich. Wir wurden schließlich alle zusammen reingerufen. Erstmal sammelte man unsere Schreiben ein, um zu überprüfen, wer gekommen war und wer nicht. "Für die, die nicht gekommen sind und irgendwo am Strand sitzen, wird das ganz schön in die Brieftasche gehen", meinte einer der drei Herren. Zwei von ihnen kannte ich schon, die waren hier vom Arbeitsamt. Der dritte wurde uns vorgestellt.

Er kam aus Bremen. Er war da zuständig für die Heuer, wie er sagte. Kurz gesagt, er wollte junge Burschen für die Schiffahrt. Eine Bedingung, wir sollten nicht nur die Maschinen instand halten, sondern auch oben an Deck schrubben. Was nichts anderes heißt als einfacher Decksjunge zu sein. Wer interessiert war, sollte anschließend zu ihm kommen.

Das zweite Angebot, das sie uns machten, war Südafrika. Ja, bei VW-Südafrika suchen sie noch Facharbeiter (Maschinenschlosser, Werkzeugmacher), aber keine Produktionsarbeiter. Klar, dachte ich, die Schwarzen sind wesentlich billiger. Und an schwarzen Facharbeitern ist das Rassistenregime und die VW-Kapitalisten nicht interessiert. Da importieren sie lieber Weiße aus der BRD.

Nach dem Vortrag sollten die Interessierten dableiben. Ich zählte fünf von dreißig. Der Rest zog empört von dannen. – (aus: Ortsbeilage Wolfsburg)

Aufruf zur Demonstration gegen den Paragrafen 218 am 21.9.1975 in Bonn

Im September tritt das Parlament zusammen, um über die Neufassung des § 218 zu entscheiden. Der § 218 bedeutet: Verbot der Abtreibung und Strafverfolgung durch den bürgerlichen Staat. Dieses Strafgesetz treibt jährlich Hunderttausende von Menschen in die Illegalität und liefert Zehntausende von Frauen Halsabschneidern und Kurpfuschern aus. Der § 218 trifft die Angehörigen der besitzlosen und unterdrückten Klassen. Das ist die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Dieses Strafgesetz ist ein Mittel der Bevormundung und Unterdrückung des Volkes durch den bürgerlichen Staat.

Der § 218 ist im Volk verhaßt. Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar ein Machtwort gesprochen und festgestellt: Der § 218 muß aufrechterhalten werden. Das Bundesverfassungsgericht hat die Parlamentsparteien darauf verpflichtet, der Forderung nach Streichung des Paragrafen keinen Schritt nachzugeben.

Dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben sich alle Parlamentsparteien angeschlossen. Sie bereiten jetzt hinter verschlossenen Türen ein Gesetz vor, das diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts umsetzen wird. Sie versprechen verlogen "großzügige Auslegung". Das soll Hoffnung wecken und beschwichtigend wirken.

Tatsächlich steht schon fest: An der Strafbarkeit der Abtreibung wollen sie nichts ändern. Das hatten sie sowieso nie vor. Die Parlamentsmehrheit hatte mit der Fristenlösung bloß eine schönere Verpackung für dieses Strafgesetz im Auge. Die Parlamentsminderheit wollte auf diese schönere Verpackung von Anfang an verzichten.

Für die Abschaffung des § 218 gibt es eine breite Bewegung. Immer mehr und gerade seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird die Forderung nach ersatzloser Streichung dieses Strafgesetzes erhoben. Für seine Beseitigung durch Volksentscheid wurden mehrere Hunderttausend Unterschriften gegeben.

Denn: Der § 218 ist kein Ewigkeitswert. Er ist von Menschen gemacht. Er muß von Menschen beseitigt werden. Gemacht hat ihn die herrschende Klasse. Gemacht haben ihn die Reichen und ihre politischen und kirchlichen Handlanger. Beseitigt werden muß er durch die Besitzlosen und Unterdrückten, durch das Volk und den Kampf der Arbeiterklasse. Sie müssen ihrem Willen gegenüber dem Staat Geltung verschaffen.

Im September wird das Parlament zusammentreten und beraten, wie die Aufrechterhaltung dieses Strafgesetzes gegenüber den Volksmassen gerechtfertigt werden kann. Sie brauchen Ruhe, um dieses zu verrichten. Denn sie wissen, die Volksmassen sind gegen den § 218 und wollen die Beseitigung dieses Paragrafen.

Die Gegner des § 218 müssen in dieser Situation hervortreten und die Kraft ihrer gerechten Sache demonstrieren unter den Forderungen:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Wir rufen auf zur Teilnahme an der

Demonstration am 21. September in Bonn

(Dieser Aufruf wurde auf der Sitzung des Ausschusses am 18.8.1975 beschlossen. Der Ausschuß lädt in diesen Tagen zu Aktionseinheitsverhandlungen am 31.8. in Bonn ein.)

Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218
c/o A. Bilger, 68 Mannheim 31
Glassstraße 4, Telefon 0621/37 99 34

Gegen den Paragraf 218

Mannheim. Die ÖTV-Mitgliederversammlung der sozialpsychiatrischen Klinik in Mannheim hat sich in einer Resolution für die ersatzlose Streichung des § 218 und einen Volksentscheid gegen den § 218 ausgesprochen. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, mit den Komitees gegen den § 218 zusammenzuarbeiten und die Demonstration am 21. September in Bonn gegen den § 218 zu unterstützen.

Köln. Auf einer Versammlung von ÖTV-Mitgliedern aus konfessionellen Einrichtungen im Gesundheitsbereich wurde eine Resolution mit den Forderungen der Komitees gegen den § 218 und einer Kritik an der Haltung der Kirche und mit der Aufforderung zur Unterstützung der Unterschriftensammlung und der Demonstration am 21.9. in Bonn gegen den § 218 verabschiedet.

Trier. In Anlehnung an die Entschließung der Vertreterversammlung der IG Metall in Darmstadt gegen den § 218 vom 21. Juni hat der Ortsjugendausschuß des Fernmeldeamtes Trier der Deutschen Postgewerkschaft auf seiner Sitzung am 5. August einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird. "Die Entscheidung über diesen Paragrafen darf nicht einigen hochbezahlten Richtern überlassen werden; vielmehr muß das Volk selber entscheiden", heißt es in der Resolution. "Dieser Forderung muß durch eine Unterschriftensammlung Nachdruck verliehen werden. Der DGB-Kreisvorstand wird aufgefordert, dazu eine Veranstaltung durchzuführen."
stand wird aufgefordert, dazu eine Veranstaltung durchzuführen."

Hannoversch Münden. Der Jugendarbeitskreis des DGB Münden hat am 4. August eine Resolution mit den Forderungen der Komitees gegen den § 218 verabschiedet. Der Vorstand des DGB-Kreises Göttingen wird aufgefordert, alle Kolleginnen und Kollegen zur Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn zu mobilisieren.

Aachen. In der Autoreparaturwerkstatt Strang haben sechs von sieben Arbeitern und Angestellten die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben.

Neuenburg in Baden. Sämtliche 24 Lehrlinge vom Zweigwerk Neuenburg des Freudenberg-Konzerns aus Weinheim unterschrieben die Forderungen der Komitees gegen den § 218, ebenso zwei der drei Ausbilder.

Karlsruhe. Vierzehn von achtzehn Kollegen einer Schicht von Rangierern im Karlsruher Hafen unterstützen durch ihre Unterschrift die Forderungen der Komitees gegen den § 218.

Stuttgart. In der Sonderabteilung "Die Brücke" bei der Hamburg-Mannheimer Versicherung haben alle 23 Kollegen, darunter der vierköpfige Betriebsrat, die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterzeichnet.

Bensheim. Am WG, einer Berufsfachschule in Bensheim, haben bisher von 21 Klassen 10 schon mehrheitlich die Forderungen der Komitees unterschrieben.

Münster. Am Comenius-Kolleg in Mettingen, einer Einrichtung der katholischen Kirche zum 2. Bildungsweg, haben mehrere Semester und Kurse mit großer Mehrheit die Forderungen der Komitees unterschrieben.

Heidelberg. Das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Heidelberg hat eine Resolution verabschiedet, in der die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt werden und zur Beteiligung an der Demonstration am 21. September in Bonn gegen den § 218 aufgerufen wird.

Frankfurt. Die Fachgruppe Rechtsreferendare in der ÖTV hat sich in einer Erklärung gegen die Durchsuchung des Frankfurter Frauenzentrums gewandt. Darin solidarisieren sie sich mit den acht Hanauer Rechtsreferendaren, die nach der Polizeirazzia öffentlich erklärten, selbst Abtreibungsmöglichkeiten vermittelt zu haben. In der Erklärung heißt es: "Auch wir würden jederzeit eine Frau, die eine Abtreibung braucht, unterstützen. Wir fordern:
1. Sofortige Herausgabe aller beschlagnahmten Unterlagen des Frauenzentrums!
2. Einstellung der eingeleiteten Straf- und Disziplinarverfahren! (gegen die Hanauer Referendare)
3. Weg mit dem § 218!"

Paragraf 218-Gegner sollen von

Paragraf 218-Gegner sollen von der Universität geschmissen werden

Heidelberg. Auf Veranlassung des Rektorats der Universität hat Staatsanwalt Wechsung gegen sieben Studenten "Hochschulermittlungsverfahren" eingeleitet mit dem Ziel, sie vom Studium an der Universität auszuschließen. Fünf von ihnen wird Hausfriedensbruch und Nötigung vorgeworfen. Die fünf Mitglieder des Komitees "Gegen den § 218" hatten in der Alten Universität Unterschriften für die Forderungen der Komitees gesammelt. Der Rektor hatte die Sammlung verboten und die Sammler von der Polizei festnehmen lassen. Einem anderen Studenten wird vorgeworfen, er habe ein Plakat an der Universität anbringen wollen mit der Aufschrift "Unirektor Niederländer – Vorkämpfer für den § 218". Th. Helgenberger wird vorgeworfen, "er hätte als Verantwortlicher für die Aktion gegen den § 218 veranlaßt, daß laufend gegen das Plakatierverbot verstoßen worden sei."



Erklärung der GIM: Flucht nach vorn

Die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) hat jetzt in einer Stellungnahme aufgerufen zu der Demonstration gegen den § 218 in Bonn am 21. September. Veröffentlicht wurde diese Stellungnahme in der Zeitung "Was tun?" Nr. 82/83. Aufgerufen wird, obwohl man diese Demonstration für "sektiererisch vorbereitet", unter "sektiererischen Parolen" stehend und für ungeeignet, "den breiten Widerstand gegen den § 218 zum Ausdruck zu bringen", erachtet. Dies folgt, nachdem sich diese Organisation monatelang bemüht hat, den Kampf gegen den § 218 nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes mit bürgerlichen Vorstellungen auf Abwege zu lenken. Es erfolgt ohne die Selbstkritik der bislang von dieser Organisation vertretenen falschen und schädlichen Auffassungen. Deshalb muß man an der Ernsthaftigkeit dieser Unterstützung zweifeln. Diese Zweifel werden auch gleich bestätigt durch die Behauptung des Zentralen Komitees dieser Organisation eigentlich richtig sei es, vor der dritten Lesung des Gesetzes eine Demonstration durchzuführen, die wirklich die Breite des Widerstands gegen den § 218 umfasse und dadurch eine reale politische Kraft ausüben könne.

Von anderen Organisationen, die in Worten die Bewegung gegen den § 218 unterstützt haben, unterscheidet sich die GIM dadurch, daß sie diese Haltung auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes beibehalten hat, während jene den Kampf gegen den § 218 nach diesem Urteil haben fallen lassen. Dies ist aber auch das einzige, was die trotzkistische GIM von Organisationen wie der Gruppe Rote Fahne (KPD) oder dem Kommunistischen Bund (Nord) unterscheidet.

Gemeinsam hat die GIM mit diesen Organisationen versucht, die Bewegung gegen den § 218 festzulegen auf allerlei bürgerliche Vorstellungen, die dem Kampf gegen den § 218 schaden. Angetreten ist sie mit der Behauptung, der Inhalt des Kampfes gegen den § 218 sei die Verteidigung "des Rechts der Frau auf ihren Körper". Damit hat sich diese Gruppe nicht durchsetzen können. Denn bekanntlich ist der § 218 ein Strafgesetz, das diejenigen schikaniert und unter Verfolgung stellt, die in dieser Gesellschaft nicht über die Mittel verfügen, ein (zusätzliches) Kind großzuziehen, und deshalb zur Abtreibung gezwungen sind. Dies sind die besitzlosen Klassen, während die Reichen und die Besitzenden aufgrund ihrer Mittel und Verbindungen keinerlei Unterdrückung durch diesen Strafparagrafen ausgesetzt sind.

Deshalb entspricht die Forderung nach der ersatzlosen Beseitigung der Strafverfolgung der Abtreibung den Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in dieser Gesellschaft. Und nur durch den Kampf dieser Klassen gegen die herrschende Ausbeuterklasse samt ihrem Anhang politischer und kirchlicher Würdenträger kann dieser Unterdrückungsparagraf beseitigt werden. Vollständig lächerlich gemacht hat sich daher die trotzkistische GIM mit den Folgerungen aus ihren Auffassungen über den Inhalt des Kampfes gegen den § 218. So hat die GIM die Behauptung erhoben, dem Kampf für die Beseitigung des § 218 sei durch die Forderung nach "Volksentscheid gegen den § 218" eine unannehmbare Bedingung gestellt worden: Man dürfe "nicht die Bedingung setzen, daß 51 Prozent der Bevölkerung dem zustimmen". Damit hat diese trotzkistische Organisationden konterrevolutionären Grundsatz aufgestellt, daß es hinsichtlich der Gestaltung der Rechtsverhältnisse im Staat eine höhere Instanz gebe als den Willen des Volkes. Sie hat stattdessen die Forderung nach Beseitigung dieses Strafparagrafen begründet aus einem Naturrecht der Frau, über ihren Körper zu bestimmen. Gegen den demokratischen Zusammenschluß des Volkes im Kampf mit dem bürgerlichen Staat hat sie sich so auf den bürgerlichen Liberalismus mit seinen Individualrechten berufen. Mit einer solchen Philosophie für Professorengattinnen aber kann die Einheit der Volksmassen in dieser Frage nicht hergestellt und ihre Kraft nicht entfaltet werden. Man kann das Volk nicht zum Kampf für Rechte gewinnen, die gleichzeitig ausdrücklich über den Willen des Volkes gestellt werden.

Die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 hat große Unterstützung gefunden. Diese Forderung behauptet das Recht des Volkes auf Beseitigung dieses Strafgesetzes der herrschenden Klasse gegen deren höchstes Gericht, gegen deren Parteien und gegen deren ganzen Staatsapparat. Deshalb ist auch das Karlsruher Urteil keineswegs zu einer "schweren Niederlage" für die Bewegung gegen den § 218 geworden, wie es die herrschende Klasse gehofft hatte und es die Trotzkisten heute in ihrer Stellungnahme behaupten, Im Gegenteil ist es gelungen, auf der Grundlage der Forderungen der Komitees **"Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! – Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!"** die große Empörung über dieses Urteil des Verfassungsgerichts zu organisieren und eine politische Front zu errichten gegen das Verfassungsgericht, den bürgerlichen Staatsapparat und die bürgerlichen Parteien. In gut 150 Städten haben sich die Gegner des § 218 aufgrund dieses Vorschlags in Komitees organisiert und über 300 000 Unterschriften sind in der kurzen Zeit von zwei Monaten dafür gesammelt worden.

Es ist offensichtlich: Die Vorwürfe, die das Zentrale Komitee der GIM erhebt, und seine Vorstellungen sind Ergebnis einer kopflosen Flucht nach vorn. Mit falschen Auffassungen gescheitert, im Kampf gegen die politischen Vorschläge und Forderungen der Komitees isoliert, mit der neuerlichen Befassung dieses Strafgesetzes im bürgerlichen Parlament und der für diese Zeit beschlossenen Demonstration dagegen konfrontiert, ist das Zentrale Komitee dieser Gruppe in große Verwirrung geraten und sucht nach dem Ausweg. Insofern diese Flucht nach vorn die Stärke der Demonstration gegen den § 218 am 21. September zum Ausdruck bringt, ist dies zu begrüßen. Insofern diese Flucht nach vorn seitens dieser Organisation geschieht unter Aufrechterhaltung falscher Auffassungen, ist sie das Eingeständnis des schädlichen und nichtsnutzigen Wesens einer Organisation, die solche Auffassungen vertritt. – (hj)

Freiburg: Mit 1 000 Polizisten die Freiau geräumt

'Wir werden nicht vergessen, wie Ihr uns überfallen lassen habt'



Freiburg, Freiau: Die Polizisten werden mit Farbbeutel empfangen

Freiburg. Seit über einem Jahr haben etwa 100 Bewohner der Freiau in Freiburg für den Erhalt ihrer Wohnungen gekämpft. Bereits im letzten Jahr waren unter massivem Polizeieinsatz zwei Häuserzeilen der Freiau abgerissen worden. Die Freiau-Bewohner gaben keineswegs auf und griffen die Politik von Stadtverwaltung und Gemeinderat an, die auf Teufel komm' raus die Häuser für ein Anschlußohr an den Autobahnzubringer Mitte abreißen wollten. Dreimal wurden die Stadträte bei ihren Sitzungen zur Rede gestellt, dreimal konnten sie sich nur hinter Polizeibarrikaden verstecken. Jetzt ließen sie mit 1 000 Polizisten, einem in Südbaden einmaligen Polizeiaufgebot, die Freiau-Bewohner überfallen und die Häuser abreißen. *"Reiner Tisch"* sollte gemacht werden, wie die "Badische Zeitung" schreibt.

Nachdem am Samstag bekannt wurde, daß das Gericht die Stadt erneut ermächtigt hatte, die Freiau abzureißen, war klar, daß der Überfall in der nächsten Woche stattfinden mußte. Das bewies bereits ein Brief des Stadtrechtsrates Jung an das Amtsgericht, in dem es hieß, der Abriß der Freiau müsse noch vor dem Ende der Schulferien am 18. August erfolgen, da sonst die Schüler des nebenan liegenden Rotteck-Gymnasiums "gefährdet" werden könnten. (Die Schülermitverwaltung der Schule solidarisierte sich einen Tag vor dem Überfall mit der gerechten Sache der Bewohner und versprach, die Abwehr des Überfalls zu unterstützen.) Nach einer Kundgebung am Dienstagabend, an der etwa 300 Menschen teilnahmen und auf der neben allen Freiburger Allgemeinen Studentenausschüssen Kollegen aus den Betrieben den bevorstehenden Überfall verurteilten, zogen viele direkt zum Übernachten in die Freiau.

Bereits gegen 12 Uhr nachts wird klar, daß der Überfall in der Luft liegt. Ein Bagger wird vor der Polizeischule auf einem Tieflader abgestellt. Als ihm wenig später die Luft aus den Reifen gelassen wird, wird er ins Gelände der Polizeischule hineingeschleppt. In der Freiau wird Alarm gegeben: Alle sollen dort übernachten, soweit es geht. Es ist klar: Entweder morgen früh oder am Donnerstag fällt die Entscheidung. Doch als die ersten Kollegen frühmorgens die Freiau verlassen, um zur Arbeit zu gehen, ist noch nichts passiert.

Dann, gegen halb acht, kommen die ersten Nachrichten: Ein Mann, der in Urlaub fährt, sichtet auf der Autobahn bei Lahr den ersten Polizeikonvoi. Er ruft an. Sofort wird erneut alarmiert, in den Häusern und per Telefon bei den Menschen, die ihre Telefonnummer abgegeben haben. Kurz darauf weitere Meldungen: Ein Kollege, der Milch ausfährt, sieht eine Polizeiansammlung im Stadtteil; weitere sehen, wie sich an der Polizeischule und dem Polizeihauptquartier die Armee sammelt.

Eine Besprechung wird abgehalten. Die Zufahrtswege zur Freiau werden mit quergestellten Autos dichtgemacht. Als die Polizei den Autobahnzubringer Mitte vom Verkehr abhängt, ist klar: Auch von dieser Seite werden sie kommen. Zwischen die halbfertige Schnewlin-Brücke wird ein VW-Transporter gerollt.

Dann biegen die ersten Polizeieinheiten um die Ecke. In voller Breite fahren sie die erste gesperrte Zufahrtsstraße hinunter, steigen in einiger Entfernung aus. Ein paar Minuten später rollt ein Riesenkonvoi die andere Zufahrtsstraße daher, vorneweg zwei Wasserwerfer, zwei Panzerspähwagen, zwischen denen ein Tieflader mit Bagger fährt.

Der dritte Konvoi rückt über den Autobahnzubringer an. Sie haben einen Wagen mit ausfahrbarem Teleskoparm dabei; ein Spitzel beginnt von oben zu filmen. Die ersten Autos werden zur Seite gedrängt, die Armee rückt in die Freiau vor.

Wir massieren uns an einer Zufahrt und bilden Ketten, rufen Parolen: **Polizei raus aus der Freiau!** Ein kurzer Befehl, und die ersten Polizeitrupps gehen mit gezogenem Knüppel vor. Unsere Kette weicht, wir ziehen uns tiefer in die Freiau zurück. Es wird klar, daß wir einer erdrückenden Übermacht gegenüberstehen, ein Aufmarsch, wie ihn Freiburg noch nicht erlebt hat. Wir sind hundert – sie tausend; aber sie erschrecken uns nicht.

Als der erste Trupp Polizei um die Ecke zwischen zwei Häuserreihen biegt und in die ersten Häuser hinein will, wird erneut eine Kette gebildet. So kann verhindert werden, daß sie die Häuser kaputtschlagen und uns wie die Hasen durch die Freiau jagen und halbtot prügeln.

Als wieder der Befehl zum Angriff kommt, fliegen Farbbeutel auf die Polizisten, jede Menge. Sie bleiben stehen, sind verwirrt, und wir greifen an und drängen sie wieder um die Ecke zurück. Gleichzeitig aber werden wir von hinten angegriffen, und obwohl auch hier Ketten gebildet wurden, halten sie der Brutalität des konzentrierten Angriffes nicht stand.

Die ersten Polizisten stürmen in die Häuser, draußen hört man, wie sie alles kurz und klein schlagen. Vor den Türen werden welche postiert, die Tränengasgranaten in der Hand halten. Als einige Bewohner den Polizei-Vandalen hinterher gehen, sie hindern wollen, zieht einer die Pistole und schreit: *"Haut ab, oder ich leg' euch alle um!"*

Erneut fliegen Farbbeutel und wird den Polizisten von hinten mit Sprühdosen aufs Hemd gesprüht. Wie wir aus der Presse erfahren, haben wir 183 Mann deutlich als Hausabreißer kennzeichnen können.

Zur gleichen Zeit versucht herbeigeeilte Unterstützung von außen mit Autos hinter der Polizeiarmada dichtzumachen, damit sie in der Falle stecken. Dies gelingt nur in Ansätzen. Einer läßt sein Auto mitten auf der Straßenkreuzung stehen, dreht den Schlüssel um und läuft weg. Andere werden von Polizei beim Versuch gehindert. Die Polizei beginnt konzentrisch gegen uns vorzugehen und prügelt uns aus dem direkten Freiau-Gelände hinaus. Wir marschieren auf die Straßenkreuzung, sperren mit Ketten erneut die nachrückenden Polizeifahrzeuge ab. Fünf von ihnen fahren mit zwanzig bis dreißig Stundenkilometern gleichzeitig auf die Kette los, ohne Rücksicht auf Verluste. Ein Freiau-Bewohner, Lehrling, wird auf den Kühler genommen, wirbelt durch die Luft und fällt mit dem Kopf zuerst auf den Boden. Er muß ins Krankenhaus gebracht werden: Verdacht auf Gehirnverletzung; aber er hat Riesenglück gehabt, sonst wäre er jetzt tot: Er kam mit einer Gehirnerschütterung davon.

Es gelingt uns nicht, die Fahrzeuge aufzuhalten, auch dadurch nicht, daß einem Panzerwagen der Reifen zerstochen wird. Wir ziehen uns geschlossen zurück und sammeln uns. Sechs sind verhaftet worden, drei verletzt, und viele haben Striemen von den Polizeiknüppeln. Aber sie haben uns das Kreuz auch mit zehnfacher Übermacht nicht gebrochen. Ganz Freiburg muß sehen, was sie in der Freiau anrichten.

Wir ziehen los, Richtung Innenstadt. Vor dem Amtsgericht, wo die Stadt extra eine Richterin aus dem Urlaub geholt hatte, um die Zwangsräumung zu verfügen, wird eine Ansprache gehalten und öffentlich angemalt: **Wir protestieren gegen den Polizeiüberfall auf die Freiau!** In der Innenstadt hängen inzwischen überall Plakate, die Minuten nach dem Überfall geklebt worden waren: Alle in die Freiau! Unterstützt den Kampf gegen den Abriß!

Der Zug geht zum Rathaus, wo die Auftraggeber der Aktion ihr Parlament mit einer weiteren Hundertschaft abgeriegelt haben. Auch hier wird nach einer Kundgebung der Protest angemalt. Als ein Polizeispitzel aus dem Fenster von oben die Aktion filmen will, trifft ihn ein Farbbeutel. Er läuft weiß an, zieht sich unter Beifall zurück.

Den ganzen Nachmittag über reißt die Diskussion nicht ab; es wird mit einem Flugblatt aufgefordert, um 17 Uhr in die Freiau zu kommen, um zu besichtigen, welche Ergebnisse die Politik des Gemeinderates hat. Viele Kollegen kommen direkt von der Arbeit zur Freiau, die inzwischen in weitem Umkreis völlig polizeiliches Sperrgebiet ist. Nach der Kundgebung, an der etwa 500 Menschen teilnehmen, zieht ein Demonstrationszug wieder in die Innenstadt, wo überall Ansprachen abgehalten werden. Viele schließen sich an. Auf dem Rathausplatz sammeln sich gegen 18 Uhr etwa tausend Menschen.

Dem ganzen Demonstrationszug war ein größeres Polizeiaufgebot gefolgt, ebenso der Hubschrauber. Eine Straße zum Rathausplatz wird abgesperrt, Polizei zieht auf. Die Lage ist gespannt, während die Reden des Mieterrats und des Sprechers des KBW gehalten werden. Vorn an der Polizeikette fordert uns der Einsatzleiter auf, wegzugehen, *"weil's bald was gibt hier"*. Ein älterer Arbeiter antwortet: Dies ist ein öffentlicher Platz; ich geh' nicht weg, ich will die Kundgebung hören! Und weil das tausend sagen, wagt es die Polizei nicht, die Kundgebung zu zerschlagen. Erneut fliegen Farbbeutel gegen das Rathaus und auf Polizeispitzel.

Nach der Kundgebung wird der Rathausplatz geschlossen verlassen, damit die Polizeigreiftrupps keine Chance haben. Auch dies gelingt.

Während der Kundgebung wird dazu aufgefordert, den obdachlosen und zum Teil völlig mittellosen Freiau-Bewohnern zu helfen (die Stadt hatte absichtlich den städtischen Arbeitern nur ganz kurz Zeit gegeben, um die Häuser auszuräumen. Dadurch wurden viele Wohnungen mitsamt Mobiliar, Büchern, Lebensmitteln, Kleidern usw. abgerissen).

Am nächsten Tag war die Stadt dann so "großmütig", daß einzelne Bewohner sich für kurze Zeit das aus dem Riesen-Schuttberg klauben durften, was sie fanden. Werte von mindestens 30 000 DM, von den dort wohnenden Arbeitern und Studenten mühsam zusammengekauft, wurden vernichtet. Viele helfen spontan. Die Freiau-Bewohner gehen einen Tag nach dem Überfall, nachdem dies eine Mietervollversammlung beschlossen hatte, zum Liegenschaftsamt, überraschen den Chef und zwingen ihn zu Zugeständnissen hinsichtlich Übergangsregelungen und Wohnungen.

Sechzig ehemalige Freiau-Bewohner haben inzwischen öffentlich erklärt: "... OB Keidel und die Reichen reiben sich jetzt vielleicht die Hände, weil sie mit ihrem Eigentum verfahren konnten, wie sie wollten. Sie haben die Häuser in der Freiau gekauft und das Recht auf Verfügung über ihr Eigentum genutzt, indem sie uns vertrieben haben und die Häuser niedergerissen haben.

... An die politisch Verantwortlichen in Gemeinderat und Stadtverwaltung gerichtet sagen wir: Ihr dürft nicht glauben, daß Ihr mit der Methode 'geschehen und vergessen' durchkommt. Wir werden nicht vergessen, wie Ihr uns überfallen lassen habt, und werden uns den Organisator des Überfalls, den heimtückischen Lumpen von Oberbürgermeister, gut merken, der selber reich ist und nichts anderes im Sinn hat als die Interessen der Reichen und die Geschäfte der Kapitalisten.

Unser Widerstand gegen die Vernichtung unserer Wohnungen hat uns gestärkt im Kampf gegen Euch und Eure Lumpereien, die Ihr ständig gegen die Arbeiter und das Volk und für die Reichen im Schilde führt."
– (b., Freiburg, nach Berichten)

Bremen: Die Politik des SPD-Senats und die Wahlversprechungen der SPD

Die Mehrheit ausplündern, ein paar Reiche mästen

Bremen. "Wir haben im Rahmen der Finanzkraft unseres Landes mehr erreicht, als wir versprochen haben", steht im "Bremen-Plan 1975–79" der SPD und weiter wird dort behauptet: "Diese Politik dient der Mehrheit der Bevölkerung."

Was die Senats-SPD tatsächlich erreicht hat, und in wessen Interesse sie ihre Politik betrieben hat, das haben die Werktätigen Bremens in den vergangenen vier Jahren der SPD-Regierung anhand der Tarif- und Gebührenerhöhungen unter anderem unmittelbar erfahren können.

Die Ausplünderung der Werktätigen durch die staatlichen Unternehmen Bremens hat in den letzten vier Jahren zu folgenden Erhöhungen geführt:

= Strom, Gas und Wasser verteuerten sich um zirka 50 %;
= die Müllabfuhr verteuerte sich um 75 %;
= die Friedhofsgebühren wurden um zirka 80 % erhöht;
= die Einzelfahrscheine für Straßenbahn und Bus verteuerten sich von 0,70 DM auf 1,00 DM.

Am 15.11.1974 sollte durch Beschluß der Deputation für Bildung die kostenlose Ausgabe von Schulmilch für 9 400 bedürftige Schulkinder gestrichen werden. Am gleichen Tag genehmigte sich die Senats-SPD 250 000 DM für den Werbeetat ihres Senats.

Daß der Beschluß der Deputation nicht durchgeführt wurde, lag an den **Protesten der Bevölkerung**. Aus eben diesem Grunde hat der Senat es bisher nicht gewagt, die Straßenbahntarife zu erhöhen.

Betroffen sind von den Gebühren- und Tariferhöhungen nahezu ausschließlich die Lohnabhängigen. Die Kapitalisten erhalten Sondertarife (zum Beispiel bei Klöckner statt 9,4 Pfennig nur 3 Pfennig je Kilowattstunde – 1974) und haben ihren Mercedes mit Chauffeur.

Im Aufsichtsrat der Stadtwerke sitzen SPD-Bürgermeister Koschnick, Bausenator Seifritz und SPD-Fraktionsvorsitzender Scherf.

Für die nächste Legislaturperiode hat die SPD versprochen, daß es bei einer erneuten SPD-Regierung zu *"unabwendbaren Mehrbelastungen unserer Bürger (insbesondere) bei kommunalen Steuern, Gebühren und Tarifen"* (Bremen-Plan) kommen wird.

Schon jetzt steht fest, daß nach der Wahl ein neuer SPD-Senat folgende Erhöhungen durchführen wird:

Tarife für Müllabfuhr mindestens 80 %, eventuell sogar 100 %;

die gleiche Erhöhung ist bei den Kanalbenutzungsgebühren vorgesehen.

Die Stadtwerke beabsichtigen, die Gaspreise um zirka 70 % zu erhöhen.

Die Straßenbahn- und Bustarife sollen so erhöht werden, daß sie "kostendeckend" sind (CDU–Weser Report, 8.8.1975).

Während die SPD diese Erhöhungen plant, hat sie zugunsten der Kapitalisten auf die (wirtschaftliche) *"Flaute sofort entschlossen reagiert. 110 Millionen Mark stehen in Bremen zusätzlich zum Programm der Bundesregierung bereit. 28,3 Millionen Mark haben wir bereits wirksam ausgegeben. Damit es schneller aufwärts geht. Außerdem hat die Bürgerschaft einen Investitionshaushalt in Höhe von 635 Millionen beschlossen, der soweit wie möglich in der ersten Jahreshälfte ausgegeben werden soll."* (Propagandaflugschrift der SPD "Bremen hat stabile Arbeitsplätze")

"Um Leistungsvermögen und Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu stärken, bietet die öffentliche Hand ein breitgefächertes Instrumentarium von Hilfen an ..." (Wirtschaftssenator, Förderungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, S. 9)

Im öffentlichen Dienst wird die Arbeitshetze steigen. *"Neue personalintensive Gesetze, die unsere Personalkosten in die Höhe treiben, können wir uns nicht mehr leisten, wenn wir unser Investitionsprogramm verwirklichen wollen."* (Weser Kurier, 15.8.75)

Um für die Durchsetzung der "unpopulären Maßnahmen" gegen den Willen der Arbeiter und des Volkes gerüstet zu sein, werden gleichzeitig im "Prioritätenkatalog" des SPD-Finanzsenators *"160 Millionen für die Innere Sicherheit durch personelle Aufstockung und verbesserte Ausrüstung der Polizei"* (Weser Kurier, 15.8.) angesetzt.

Die Ortsgruppe des KBW hat jetzt an ihren Wahlagitationszentren, auf den Wahlveranstaltungen und in den Betrieben und Gewerkschaften den Kampf gegen die vom Senat beschlossene Erhöhung der Sozialmieten für 40 000 Mieter (siehe KVZ Nr. 31) aufgenommen und die Bremer Arbeiter und Angestellten, die kleinen Beamten und Rentner aufgefordert, sich gegen "Sparpolitik" auf ihre Kosten zur Wehr zu setzen.

(wm, Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen)

Türkischer Revolutionär im Hungerstreik

Köln. Gegen die über einjährige Untersuchungshaft und die erneute Verschiebung des Prozeßtermins um fast zwei Monate ist der türkische Revolutionär Ömer Öcerturgut im Ossendorfer Gefängnis in den Hungerstreik getreten.

Öcerturgut ist einer von vier türkischen Revolutionären, Mitgliedern der Patriotischen Einheitsfront der Türkei, denen Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" vorgeworfen wird. Der Prozeß, der sich allein auf die Behauptungen von Agenten des türkischen Geheimdienstes stützt, sollte am 28.7. beginnen und wurde vier Tage vor Verhandlungsbeginn von Richter de Somoskeoy auf den 16.9. verschoben.

Begründet wurde diese Verschiebung damit, daß "neueste Erkenntnisse die Sicherheitsfrage aktuell gemacht hätten". Auf Anfrage des "Kölner Stadtanzeigers" sah sich die Justizpressestelle nicht in der Lage, die angeblichen Sicherheitsbedenken öffentlich zu erläutern. Auch vom Gericht war zur Frage des Anklagevorwurfs und der Länge der Untersuchungshaft nichts zu erfahren.

Die Angeklagten werden in Isolationshaft gehalten.

Die Schülervertretungswahlen vorbereiten

Die Wahlen zur Debatte um die richtigen Forderungen der Berufsschüler nutzen

Nach den Ferien stehen überall in den Schulen die Schülervertretungswahlen an – auch an den Berufsschulen.

Zu Beginn des Schuljahres trifft man an den Berufsschulen Zustände an, die noch nicht einmal das sind, was die Schulbürokratie sonst unter dem Aufrechterhalten eines ordnungsgemäßen Schulbetriebs verstanden hat.

So sind z.B. in Darmstadt 250 jugendliche Arbeitslose und Jungarbeiter neu an die Peter-Behrens-Schule überwiesen worden – wo noch nicht einmal die Unterbringung in Räumen gewährleistet ist und die Schulleitung die Leute einfach wieder heimschickte.

Wie überhaupt auch von den Schulleitungen große Hektik angesichts dieser Situation entsteht; einen Überblick haben sie nicht.

Schüler werden wieder heimgeschickt, Stundenpläne liegen zum Teil nicht vor, weil keiner so richtig durchblickt, was noch alles kommt; der Unterricht soll teilweise auf Samstag gelegt werden, weil die Möglichkeit der Unterrichtung an den Werktagen nicht mehr geboten werden kann; manche Schulen haben Stundenpläne erstellt, wo der Unterricht bis über die Normalarbeitszeit der Schüler hinausgeht, weil die Kapazitäten sonst nicht ausreichen.

Um so wichtiger ist es für die Arbeiterjugend, daß sie an den Schulen Vertreter hat, die bereit sind, den Kampf zu organisieren gegen die schlechten Verhältnisse an den Schulen und gegen den Staat, der diese Verhältnisse aufrechterhält.

Zur Zeit wird die Lage so behandelt seitens der Schulleitungen, daß entweder gar nicht mehr versucht wird, die Situation zu erklären; und an den Schulen, wo es die letzten Jahre zu Auseinandersetzungen gekommen ist, wird der Daumen draufgehalten.

So in der Erasmus-Kittler-Schule in Darmstadt, wo im letzten Jahr Schulboykott und Vollversammlungen durchgeführt wurden und wo es nur gelang, durch Druck und Demonstrationsverbote die Schüler von der Straße zu halten. Den Schülern, die damals für zwölf Stunden an zwei Berufsschultagen eingetreten sind, werden jetzt teilweise Formulare vorgelegt, daß sie dafür sind, daß neun Stunden an einem Tag stattfinden. Die Alternative dazu ist nicht etwa zweimal sechs Stunden an zwei Werktagen, sondern die Alternative soll sein, einen Tag wöchentlich acht Stunden und alle sechs Wochen einmal samstags Unterricht.

Für die Arbeiterjugendlichen sind solche Vorschläge keine Alternative, denn ihnen ist nicht damit geholfen, wenn ein Teil des schlecht vorbereiteten Unterrichts einfach in ihre Freizeit gelegt wird.

Es kommt jetzt darauf an, daß an den Schulen gleich zu Anfang klargemacht wird, daß der staatliche Apparat seine Maßnahmen auf dem Rücken der Arbeiterjugend nur gegen deren Widerstand wird durchsetzen können.

In jeder Klasse gibt es Forderungen – sei es, daß der Unterricht zu lang ist, zu schlecht vorbereitet (weil ein völlig überlasteter Lehrer natürlich auch den Unterricht nicht vorbereiten kann), sei es, daß keine Bücher ausgegeben werden. Die Jungarbeiter und jugendlichen Arbeitslosen, die der Staat wieder ein Jahr lang in der Berufsschule mit zwei Religionsstunden vor sich hinmodern lassen will, werden ihre Forderungen nach ausreichendem Fachunterricht erheben müssen.

Es wird den Staat wenig kratzen, wenn nur gemurrt wird, das hat er einkalkuliert. Wenn aber die Forderungen der Jugendlichen lauter werden, sie Kämpfe darum organisieren, wird es für ihn ungemütlicher.

Die Wahlen zur Schülervertretung machen das möglich. Die Wahlen der Schülervertreter können schnell durchgeführt werden. An allen Schulen können dazu Vollversammlungen durchgeführt werden, in denen diskutiert werden kann: Welche Forderungen haben wir, wie kann die Lage verbessert werden und welche Kollegen sind bereit, Aktionen dafür zu organisieren, auch gegen den Druck der Schulleitungen?

Wenn die Vertreter der Schüler, die Klassen- und Tagessprecher, mit dieser Zielrichtung gewählt werden, sind die Aussichten für den Staat schlecht, für die Arbeiterjugend aber gut. – (a.

Kultusminister Mahrenholz: Keinen Warnstreik ...

„Verbrennen sie lieber eine Puppe von mir"

In der letzten Woche besuchte der niedersächsische Kultusminister Mahrenholz Wolfsburg. Höhepunkt war am Dienstagabend eine öffentliche SPD-Veranstaltung mit ihm, zu der an die 150 Menschen erschienen waren, vorwiegend Lehrer.

Gleich nach dem Referat von Mahrenholz wurde sein Gesicht und das vieler führender Sozialdemokraten der Stadt deutlich länger, denn von Anfang an war Mahrenholz der Empörung vieler Veranstaltungsteilnehmer über die herrschenden miserablen Zustände im Schulwesen gegenübergestellt.

Es fing damit an, daß ein Vertreter der Elternschaft des Ratsgymnasiums dem Kultusminister eine Resolution vorlegte, die am Tage zuvor von 600 Eltern (bei insgesamt 800 Eltern an der Schule) auf einer Versammlung einstimmig verabschiedet worden war.

Darin heißt es: "Mit Empörung haben die Eltern von dem enormen Unterrichtsausfall im Schuljahr 1975/76 Kenntnis genommen. Es können 165 Lehrer-Sollstunden nicht erteilt werden." Sollte keine kurzfristige Abhilfe geschehen, so würden die Eltern nach den Herbstferien den Schulstreik einleiten.

Mahrenholz reagierte sehr nervös auf die Androhung des Schulstreiks und versuchte ihn mit den verschiedensten Winkelzügen als ungerechtfertigt bzw. ungeeignet hinzustellen. So kam er zuerst damit, daß ein Schulstreik ja auch wieder Unterrichtsausfall bedeute und er als Bildungspolitiker ja sowieso bestrebt sei, die Situation an den Schulen zu verbessern. Wenn schon Protest, dann sollten die Eltern wie an anderen Orten geschehen ihre Demonstrationen durchführen und Puppen von ihm verbrennen.

Daraufhin wurde aber in verschiedenen Redebeiträgen die Gerechtigkeit und Nützlichkeit eines Schulstreiks herausgearbeitet. Es wurde auch klargestellt, daß die Front nicht etwa Eltern, Schüler, Lehrer gemeinsam mit dem Kultusminister gegen andere Ressortminister verläuft, sondern daß hier die große Masse des Volkes dem bürgerlichen Staat insgesamt gegenübersteht, da dieser jetzt in der Krise das Bildungswesen verrotten läßt zugunsten der Stützung des Kapitals.

Daraufhin wechselte Mahrenholz seine Tour. Jetzt sagte er, der Unterrichtsausfall am Ratsgymnasium sei doch nicht so groß wie an anderen Schulen, die Eltern sollten doch von daher noch zufrieden sein.

Als ich ihn dann stellte und sinngemäß fragte, ob dies nicht vielmehr ein Argument für einen Streik an allen Schulen sei, statt gegen den geplanten Streik am Ratsgymnasium, sprach er sich endgültig und eindeutig gegen einen Schulstreik aus.

Richtig und bemerkenswert war die Feststellung des Elternvertreters des Ratsgymnasiums, der erklärte, es käme ihm nicht darauf an, mehr Lehrer für das Ratsgymnasium oder für Gymnasien allgemein zu fordern, sondern darauf, daß angesichts der schlechten Verhältnisse an allen Schulen einer anfängt und Protest erhebt.

Solidarität bekam er bereits von dem Elternratsvorsitzenden der Wolthbergschule auf dieser Veranstaltung zugesichert und am Theodor-Heuss-Gymnasium befaßte sich der Schülerrat am Montag bereits mit Kampfmaßnahmen gegen den ungeheuren Unterrichtsausfall. – (h, Wolfsburg)

Einstellung aller Referendare gefordert

Frankfurt/Main. Die Referendare des Studienseminars 1 und 11 in Frankfurt verabschiedeten eine Resolution "gegen die Nichteinstellung von mehr als 1 200 Referendarsbewerbern und Lehrern in Hessen". Sie fordern die Einstellung aller Referendarsanwärter und Lehrer. In ihrer Resolution weisen sie darauf hin, daß durch die Nichteinstellungen sich die Arbeitshetze für die eingestellten Lehrer verschärft. Sie fordern weiterhin die Anerkennung aller arbeitslosen Lehrer und Referendare als Arbeitslose und das Recht auf freie politische Betätigung. Damit wenden sie sich gegen die Berufsverbote und Sonderverhöre, mit denen der Staat eine ihm passende Gesinnung bei den Lehrern erzwingen will.

Offenbach. Das Studienseminar 15 (Offenbach Land) hat sich in einer Presseerklärung gegen die Nichteinstellung der Lehrer und Referendare in Hessen gewandt. Wie die Studienseminare in Frankfurt fordern die Referendare des Studienseminars 15 die Einstellung aller Lehrer und Referendare, Arbeitslosengeld für nichteingestellte Lehrer und Referendare und die Abschaffung der Anhörungsverfahren.

Offener Brief an das Kultusministerium

Freiburg. In Baden-Württemberg beabsichtigt das Kultusministerium die Bewerbungsfrist für Referendare, die zum 1.1.1976 eingestellt werden wollen, so zu ändern, daß niemand sich zu diesem Termin mehr melden kann, der nicht bis zum 1.10.1975 alle Bewerbungsunterlagen eingeschickt hat. Für alle Studenten, die erst im Lauf des Oktober und Novembers mit ihrem Examen fertig werden, bedeutet dies, daß man sie zum 1.1.1976 nicht einstellen will. Dagegen wandten sich 35 Examenskandidaten der Universität Freiburg in einem offenen Brief an das Kultusministerium. Darin fordern sie: "Sofortige Weiterführung der Ausbildung aller Referendaranwärter! Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst! Arbeitslosenhilfe für die arbeitslosen Referendaranwärter! Arbeitslosengeld für die arbeitslosen Lehrer!"

Schulverwaltungsgesetzentwurf

Mehr Bevormundungund weniger Rechte



Stuttgart 8.5.75: Schülerdemonstration gegen den Schulverwaltungsgesetzentwurf

Das Kultusministerium von Baden-Württemberg hat dem Landtag einen Entwurf zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes vorgelegt, der bald verabschiedet werden soll. Mit diesem neuen Schulgesetz will die Schulbürokratie sich die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um das Volksbildungswesen noch fester als bisher in den Griff zu bekommen.

Im Volksbildungswesen in Baden-Württemberg sind die Verhältnisse zu Schuljahresbeginn ziemlich trostlos. Mangel an Lehrern und Räumen gibt es genug, und die Schüler sollen für die Ausbildungskosten wieder stärker aufkommen als bisher, wozu z.B. die Einschränkung der Fahrkostenerstattung für die Schüler gehört. Daß es bei diesen Verhältnissen an den Schulen nicht ruhig bleiben kann, weiß auch die Landesregierung. Mit ihrem Gesetz will sie sich die Mittel verschaffen, damit die Ruhe, wie sie sich's vorstellt, erhalten bleibt.

Die Landesregierung behauptet, der Gesetzesentwurf räume Eltern und Lehrern mehr Rechte ein.

Aber die vom Kultusministerium gepriesene Stärkung der Rechte der am Schulleben Beteiligten wirkt sich tatsächlich als eine Stärkung der Stellung der Schulleitung aus. So wird die bisherige Gesamtlehrerkonferenz aufgelöst, der gemeinsame Ausschuß und die Schulpflegschaft werden abgeschafft. An ihre Stelle tritt die Schulkonferenz, auf der aber nicht mehr alle Lehrer, sondern nur noch gewählte Mitglieder als Vertreter der Lehrer anwesend sind. Nach wie vor tagt dieses Gremium nicht öffentlich, dürfen seine Mitglieder nicht erzählen, was dort verhandelt wurde, und ist bei allen Entscheidungen gesichert, daß die Schulleitung das Übergewicht hat.

Durch den Wegfall von Gesamtlehrerkonferenz und Schulpflegschaft wird unterbunden, daß Eltern und Lehrer in einem größeren Gremium zusammenkommen, um über die anstehenden Fragen zu debattieren und zu beschließen. Gut ist das für die Schulleitung als Vertretung der Schulbürokratie, denn die Auseinandersetzungen werden so auf die Schulkonferenz und die Klassenpflegschaft, also auf einen kleineren und für die Schulleitung besser überschaubaren Raum eingegrenzt, wovon sie sich erhofft, ihre Ansichten besser durchsetzen zu können.

Viel Aufhebens wurde darum gemacht, daß Eltern und Lehrer bei der Bestellung des Schulleiters jetzt mitzuentscheiden hätten. Entscheiden wird nach wie vor aber alleine die Schulaufsichtsbehörde, während die Lehrer- und Elternvertreter lediglich über eingegangene Bewerbungen beraten und sich eine Meinung bilden dürfen.

Während den Eltern durch die Abschaffung der Schulpflegschaft Möglichkeiten, sich in die Schule einzumischen, beschnitten worden sind, wird den Schülern und ihren Vertretungen gleich jegliches Recht auf eine politische Meinungsäußerung untersagt. Dazu gehört, daß die Schülervertreter *"kein politisches Mandat"* haben und sich so zu allen Fragen nicht äußern dürfen sollen, die nicht unmittelbar mit der Schule etwas zu tun haben.

Sollte all dies nicht genügen, um Ruhe unter den Schülern herzustellen, so räumt das Gesetz dem Lehrer immer noch die Möglichkeit ein, es mit direkter Gewalt zu versuchen. § 85 des Gesetzesentwurfs legt dazu fest: *"Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit wird nach Maßgabe des Gesetzes eingeschränkt."*

Festgelegt hat der Gesetzesentwurf auch, daß künftig die Stufenausbildung gesetzlich verankert wird. Daß zigtausend Arbeiterjugendliche in den letzten Monaten auf Demonstrationen die Forderung erhoben haben, daß die Stufenausbildung weg muß, weil sie die Ausbildung für den großen Teil der Arbeiterjugendlichen verschlechtert und die Spaltung unter ihnen verschärft, kümmert die Landesregierung nicht. Man kann daran ermessen, wie sehr die Landesregierung damit den von den Kapitalisten aufgestellten Wünschen und Forderungen folgt.

Dazu gehört auch die Einrichtung einer "Bildungsberatungsstelle", mit der die Schulbürokratie hofft, die Lenkung der Schüler in die verschiedenen Ausbildungsgänge besser in den Griff zu bekommen. In welche Richtung dies laufen soll, hat der Kultusminister Hahn schon herausgelassen.

Er hat gemeint, die Schulmisere sei dadurch entstanden, daß man geglaubt habe, jeder sei gleich begabt. In einem Rundfunkinterview äußerte er sich dahingehend, daß viele Kinder gar kein Interesse an einer weitergehenden theoretischen Ausbildung hätten und mehr praktisch veranlagt wären. Viele wollten nicht lange die Schulbank drücken, sondern möglichst schnell in einen Beruf eintreten. Aufgabe der "Bildungsberatungsstelle" solle es sein, *"jedem jungen Menschen das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung"* zu verpassen. Im Klartext heißt dies, der Minister sieht als Begabung der Arbeiterjugend an, daß sie eine hundsmiserable Ausbildung erhält und sich anschließend von einem Kapitalisten ausbeuten läßt. Und um dies reibungsloser durchsetzen zu können, richtet das Gesetz "Bildungsberatungsstellen" ein.

In welche Richtung dieses Gesetz geht, wird am deutlichsten, wo es auf die ausländischen Arbeiterjugendlichen zu sprechen kommt. Diese sollen nach § 41 des Gesetzentwurfes auf Antrag der Eltern schon als Vierzehnjährige ausgeschult und von der Schulpflicht entbunden werden können. Hier macht sich der Entwurf nicht einmal mehr die Mühe, die Einschränkung des Rechts auf Ausbildung noch zu bemänteln.

Abgeschworen hat der Gesetzentwurf jeglicher Reform, wie sie vor Jahren noch mit der Gesamtschule groß angepriesen worden war. Das dreigliedrige Schulsystem soll die Regelschule bleiben

Auch auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" und die christliche Moral hat sich das Kultusministerium besonnen bei dem Versuch, mit diesem Gesetz ein Druckmittel zu erhalten, um der Unruhe an den Schulen begegnen zu können. So wird gleich eingangs des Gesetzes festgelegt, daß die Schüler zur Anerkennung der *"freiheitlich-demokratischen Grundordnung"* zu erziehen seien. Weiterhin hat es auch gleich noch die Gottgläubigkeit zur Pflicht eines jeden Lehrers und Schülers gemacht, denn die Schule sei gehalten, die Schüler *"im Geiste christlicher Nächstenliebe"* zu erziehen. Auswirken soll sich nach dem Willen der Landesregierung der "Geist christlicher Nächstenliebe" wohl so, daß die Arbeiterjugendlichen ihren Lehrherren und Ausbeuter lieben sollen. Das aber wird schwer halten

So bleibt als Ergebnis, daß die Landesregierung mit diesem Gesetz versucht, die Bevormundung der Lehrer und Schüler zu verschärfen und das Recht auf Ausbildung weiter beschränkt. Mehr staatlichen Druck und die gesetzliche Absicherung einer schlechten Ausbildung hält so dieser Gesetzentwurf für die Arbeiterjugend bereit. Daß dies bald zuUnruhean den Schulen führen kann, liegt auf der Hand, denn all dies steht den Interessen der Arbeiterjugend scharf entgegen. Sie hat ein Interesse, daß das Recht auf Ausbildung für jedermann bis zum 18. Lebensjahr gewährleistet ist, daß der staatlichen Bevormundung ein Ende bereitet wird und das Volk die Schulen in die eigenen Hände nimmt. – (Sektion Schulkampf der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Mannheim / Redaktion)





Die Soldaten sollten Beifall klatschen

Kassel. Die Non-Stop-Schau der 2. Jägerdivision, die – hauptsächlich von Offizieren der Division getragen – am 18.8. in der Stadthalle stattfand, hat sowohl unter den Soldaten wie in Kassel eine breite Debatte über die Militärfrage hervorgerufen. Grund dafür ist der Polizeieinsatz gegen Flugblattverteiler des KBW sowie gegen den Versuch, eine Kundgebung vor Beginn der Veranstaltung vor der Stadthalle durchzuführen. Die Kund gebung, die zuvor verboten worden war, konnte dennoch durchgeführt werden, über Megaphon wurde der vorbereitete Redebeitrag verlesen. Von den Flugblattverteilern wurden 6 festgenommen. Die Empörung über dieses Vorgehen war groß, so daß sich viele Diskussionsgruppen bildeten. Dabei machten viele Soldaten ihrem Unwillen Luft, weil ihnen die Teilnahme an dieser Veranstaltung befohlen war. Die Alternative war "Nachtausbildung". Für ihre einstudierten Mätzchen wollten die Offiziere den Beifall derjenigen, die sie im täglichen Dienst drillen, hundertfach schikanieren, die rechtlos ihnen ausgeliefert sind. Darin bestand der Sinn dieser Veranstaltung und das ist der Kernpunkt der Überlegung des Kommandeurs der 2. Jägerdivision v. Ilsemann, auf dessen Plan das Theater zurückgeht. (nach einem Telefonbericht aus Kassel)

Bundeswehrausstellung "Unser Heer" in Wiesloch:

Dienstleistungsbetrieb für Unterdrückung

Wiesloch. Die Bundeswehr führte vom 14. bis 17.8. eine großangelegte Propagandaschau des Heeres durch. Mit Panzern, Geschützen, elektronischem Gerät und Hubschrauberfreiflügen setzten die Propagandastrategen der Bundeswehr am Interesse der Jugendlichen an. Gerade in der Krise versucht die Bundeswehrführung, arbeitslose Jugendliche und Schulabgänger zu ködern, um sie für den Dienst in der volksfeindlichen Armee zu verpflichten. Ein eigens dafür aufgestelltes "Informations"-Zelt, ein Filmzelt und ein zur Verfügung stehender "Wehrberater" malten den Besuchern in den schönsten Farben das Bild von dem "Dienstleistungsbetrieb für die Sicherheit und Freiheit des Volkes".

Die Ortsgruppe Wiesloch des KBW führte neben einer Veranstaltung unter anderem am 16.8. eine Kundgebung vor den Toren der Ausstellung durch. Zunächst berichtete ein ehemaliger Soldat aus Wiesloch, der wegen der Teilnahme in Uniform an der 1. Mai-Demonstration in Mannheim 15 Tage verschärfte Einzelhaft erhalten hatte und schließlich wegen "Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Bundeswehr" entlassen wurde, von seinen Erfahrungen bei der Bundeswehr.

Feldjägereinsatz gegen einen Wehrpflichtigen

Im Anschluß daran nahm ein Wehrpflichtiger (in Zivil) das Mikrofon und wollte die entrechtete Lage der Soldaten anhand seiner eigenen Grundausbildung schildern, als zunächst zwei, dann weitere sieben bis acht Feldjäger mit gezückten Schlagstöcken auf ihn zustürzten und ihn verhaften wollten. Die Umstehenden konnten den Soldaten schützen, der sich dann blitzschnell mit einem Auto, unter dem Beifall vieler Menschen, in Sicherheit brachte.

Die Aktion der Feldjäger rief große Empörung hervor. Schlagartig drängten sich rund 300 Menschen zum Ausgang der Ausstellung und zum Kundgebungsplatz, um die Ereignisse zu verfolgen.

Über Lautsprecher berichteten wir allen noch einmal über den Vorfall. Das war ein anschauliches Beispiel für die umstehenden Menschen, daß derartige Maßnahmen die Wirklichkeit bei der Bundeswehr kennzeichnen. Wenn ein Wehrpflichtiger offen als Soldat auftritt und über das tatsächliche Leben bei der Bundeswehr berichtet, wird er verfolgt und bestraft. Dies geschieht erst recht dann, wenn er die Propaganda der Bundeswehr durcheinander bringt.

Die Bundeswehr hat vor aller Augen ihr wahres Gesicht gezeigt. Die große Anzahl von Menschen, die sich an der Kundgebung jetzt beteiligte, zeigte das durch den Vorfall in großem Maße gestiegene Interesse für das, was die Kommunisten zur Bundeswehr und zu diesem hinterhältigen Feldjägereinsatz zu sagen hatten.

Kundgebung: Die Militärbüttel lehnen die Diskussion ab

Der unehrenhaft entlassene Soldat mußte über seine fünfzehntägige Haftstrafe und seinen Ausschluß aus der Armee noch einmal berichten. Er stellte ihn jetzt in den Zusammenhang mit dem Versuch der Militärpolizei, einen fortschrittlichen Soldaten zu verhaften. Der Beitrag, den der Wehrpflichtige geschrieben hatte, und den die Feldjäger verhindern wollten, wurde von einem anderen Genossen vollständig verlesen. Die Menschen hörten der Schilderung der Schikanen und Unterdrückung bei der Bundeswehr, wofür der Soldat viel riskiert hatte, aufmerksam zu. Vielen wurde klar, daß die Wirklichkeit in den Kasernen nicht die NATO-olive Fassade einer geschickt aufgezogenen Ausstellung ist.

Als fast alle Besucher der Ausstellung zur Kundgebung gingen, weil sie die Berichte der Soldaten mehr interessierten als die Vorführung von Panzerkunststücken, fuhren die Herren Offiziere ihrerseits mit einer doppelt leistungsstarken Lautsprecheranlage auf, um die Kundgebung zu stören. Immer wieder wurde ein Sprecher des KBW, bezeichnenderweise, als er Manöverlagen zum Einsatz gegen streikende Arbeiter verlas, unterbrochen. Mit plumpen Bemerkungen wie: "Kleine Geister versuchen immer das zu kritisieren, was sie nicht verstehen", oder: "Das sind die Leute, die noch nichts geleistet haben und von unseren Steuern leben".

Als wir den Militärbüttel aufforderten, zu unseren Argumenten und zu dem passierten Vorfall Stellung zu nehmen, meinte er, das könne er hier nicht über Lautsprecher. Ein Besucher, der innerhalb der Ausstellung dem Bundeswehrsprecher zurief, sie sollten endlich auf unsere Argumente eingehen, wurde von mehreren Feldjägern vom Platz getragen.

Die dummen Anpinkeleien dieser vom Volk schmarotzenden Bundeswehr-Offiziere hatten zum Ziel, immer wieder den Vortrag der Manöverlageberichte zu verhindern. Die Werber der Bundeswehr können es eben nicht ertragen, wenn just vor ihrer Ausstellung vor einer großen Anzahl von Menschen die Wahrheit gesagt wird.

Nach Beendigung der Kundgebung bildeten sich um die Genossen große diskutierende Menschengruppen. Ein Arbeiter meinte: "Ich habe den Feldjägereinsatz mitgekriegt. Wenn ich mal sehe, daß die einen Soldaten verfolgen, dann gehe ich dazwischen, und wenn es 50 sind."

Eine Gruppe von 40 bis 50 Menschen um einen Genossen, der mit einem Kasernenfeldwebel diskutierte, kam geschlossen aus der Ausstellung heraus, um sich von dem unehrenhaft entlassenen Soldaten die näheren Gründe seiner Verhaftung und Entlassung erklären zu lassen.

Wir konnten in allen Fällen gut unsere Ansichten und unsere Stellung zum Militär vertreten und den Versuch der Bundeswehr, ihre volksfeindliche Armee bei der Wieslocher Bevölkerung anzupreisen, stören. Viele Menschen waren auch nicht unserer Meinung und glaubten, es wäre niemals möglich, daß die Bundeswehr gegen das Volk eingesetzt werden soll. Doch die Militärfrage ist eine Sache, bei der Illusionen Tausenden von Arbeitern das Leben kosten können; das immer wieder zu betonen und die Machenschaften der Kapitalisten aufzuzeigen, ist Aufgabe der Kommunisten. Wir sind dabei einen guten Schritt vorangekommen. – (Gefreiter J. Weckenmann, einer der unehrenhaft entlassenen Mannheimer Soldaten)



Ein Teil der Kundgebung: Die Menschen drängen sich zum Ausgang, um die Soldaten zu hören.

Umfrage

Die Bundeswehr ist in der heutigen Weltlage	1975	1974	1973	1973	1969
sehr wichtig/wichtig	74 %	58 %	63 %	50 %	63 %
nicht so wichtig	14 %	23 %	17 %	20 %	18 %
unwichtig/überflüssig	4 %	10 %	10 %	14 %	10 %
schädlich/gefährlich	1 %	3 %	3 %	3 %	1 %
keine Angabe	7 %	7 %	7 %	9 %	8 %

Diese Umfrageergebnisse veröffentlichte "bundeswehr aktuell".

Aufgrund des Vergleichs wird von allen bürgerlichen Zeitungen behauptet, das "Ansehen" der Bundeswehr im Volk sei gestiegen. So schreibt die Tageszeitung "Die Welt": "Das Ansehender Bundeswehr steigt." In der "Hildesheimer Allgemeinen Zeitung" heißt es: "Umfrage: Bundeswehr angesehen wie noch nie." Die bürgerliche Klasse hätte es natürlich gern, wenn ihre Militärmacht, mit der sie ihre Herrschaft nach außen gegen andere Völker und nach innen über das eigene Volk sichert, angesehen beim Volk wäre. Aber "Ansehen" und "Wichtigkeit" sind zweierlei. Die Bundeswehr ist "wichtig", weil sie ein Instrument der Klassenherrschaft und der imperialistischen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie ist. Wenn daher von einem zunehmend größeren Teil des Volkes die Wichtigkeit der Bundeswehr festgestellt wird, so zeigt das, daß das Volk sein Interesse an der Militärfrage entdeckt. Die KVZ fördert das Interesse an der Militärfrage schon seit ihrer ersten Ausgabe mit jeweils einer Seite.

Flugplatzrandgemeinden wehren sich gegen Stationierung von Phantom-Düsenjägern

Pferdsfeld (Bad Kreuznach). Gegen die Stationierung von Phantom-Düsenjägern auf dem NATO Flugplatz Pferdsfeld wollen die Bürger der in der Nähe des Flugplatzes liegenden Gemeinden Widerstand leisten. Die Gemeinden haben sich zu einer "Interessengemeinschaft Flugplatzrandgemeinden" zusammengeschlossen und einen Protestbrief an den Verteidigungsminister Leber geschrieben, in dem es unter anderem heißt:

"Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, an dem wir erkennen, daß wir von allen zuständigen Stellen im Stich gelassen werden. Die Unruhe in der Bevölkerung (wächst). In den kommenden Wochen finden in den Flugplatzrandgemeinden Bürgerversammlungen statt. Die Bürger befürchten das Schlimmste und sind entschlossen, sich zu wehren." (Allgemeine Zeitung, 12.7.75)

Dieser Protestbrief ist die Reaktion darauf, daß bisher die staatlichen Behörden den Anträgen durch Eingaben der Gemeinden nicht geantwortet haben.

"Statt einer gibt es jetzt zwei mächtige Kriegsmarinen"

Drei der modernsten Kriegsschiffe der US-Marine, die Teil der nukleargetriebenen Flotte sind, werden einen Monat in nordeuropäischen Gewässern kreuzen. Dazu gehört der atomar angetriebene Flugzeugträger Nimitz, der der größte der Welt ist, sowie die South Carolina, ein ebenfalls atomar angetriebener Lenkraketenzerstörer, und das Atom-U-Boot Seashore. Die drei Schiffe haben am 19. August die amerikanischen Häfen mit Kurs auf Europa verlassen. Der amerikanische Marineminister forderte gleichzeitig einen Ausbau der amerikanischen Flotte. Die USA verfügten im Augenblick nur noch über eine aktive Flotte von 482 Schiffseinheiten. Bis 1980 müsse die Zahl von 600 Schiffen erreicht werden. Der Minister erklärte, der ständige Aufbau der sowjetischen Marinestreitkräfte bedeute für die amerikanische Allianz und die Außenpolitik der USA "eine deutliche Bedrohung". Die Vereinigten Staaten hätten auf den Weltmeeren keine dominierende Rolle mehr, wie dies bis vor kurzem der Fall gewesen sei. Statt einer gebe es jetzt zwei mächtige Kriegsmarinen auf See. (nach: Süddeutsche Zeitung, 19.8.75)

10 000 französische Soldaten sollen zurückverlegt werden

Ein Drittel der in der BRD stationierten französischen Truppen soll nach einem Plan des französischen Generalstabes aus Westdeutschland abgezogen werden.

Demonstration gegen Paragraph 218

Teilnahme beschlossen

Wiesbadener Soldaten in den Kasernen gegen § 218

Wiesbaden. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden hat in verschiedenen Kasernen den Kampf gegen den § 218 auf der Grundlage der Forderungen der Komitees aufgenommen: Es wurden Unterschriften gesammelt, Broschüren verkauft und Soldaten für die Teilnahme an der zentralen Demonstration gegen den § 218 in Bonn gewonnen. Dabei meinten viele der Soldaten, daß es richtig und gut sei, in Uniform an der Demonstration teilzunehmen.

Der § 218 ist ein Instrument des bürgerlichen Staates zur Unterdrückung des Volkes, deshalb ist der Widerstand des Volkes gegen den § 218 so groß. Die bewaffneten Formationen sind geschaffen, um das Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem für die Kapitalisten zu sichern. Deshalb werden die Soldaten, die selbst aus der Arbeiterklasse und dem Volk kommen, vom Volk getrennt gehalten: Für die Kapitalisten und ihren Staat ist dies eine Überlebensfrage. Nur so sind ihre bewaffneten Formationen gegen andere Völker und gegen das eigene Volk "einsatzfähig". Eines der wesentlichen Mittel, um diese Trennung vom Volk aufrechtzuerhalten, ist das Verbot der freien politischen Betätigung der Soldaten. Es soll damit verhindert werden, daß sich Soldaten auf die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes stellen und an ihren Kämpfen teilnehmen. Alleine vier Wiesbadener Soldaten wurden disziplinarrechtlich belangt, drei von ihnen bekamen Bau. Das zeigt aber gerade auch, wie wichtig es für die Soldaten ist, sich offen auf die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes zu stellen und wie hart dies die Kapitalisten und ihren Staat trifft.

Deshalb wollen in Kasernen, wo wir politisch arbeiten, viele Soldaten, die den Kampf gegen den § 218 unterstützen, in Uniform an der zentralen Demonstration in Bonn teilnehmen und für die Forderung nach Volksentscheid demonstrieren. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden hat, gestützt auf diese Erfahrungen, die Teilnahme in Uniform beschlossen. Es fordert alle Soldatengruppen und -komitees auf, den Beschluß zu diskutieren und ihre Erfahrungen und Auffassungen dazu zu veröffentlichen.

Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden

Unterschriften gegen Paragraf 218

Augustdorf. 28 Soldaten der 2. Kompanie des Panzerartilleriebataillons 215 haben mit ihrer Unterschrift die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert und sich für einen Volksentscheid darüber ausgesprochen.

Angola: Die Imperialisten verstärken ihre Einmischung und Aggression

"Angola versinkt in Chaos und Bürgerkrieg" – dies ist der Tenor der Berichterstattung der bürgerlichen Presse über die Ereignisse in Angola. Zufrieden berichtet sie über Auseinandersetzungen zwischen den angolesischen Befreiungsbewegungen MPLA, FNLA und UNITA, schadenfroh über das Elend der Hungersnot. Unersättlich über Schießereien und Massaker. Verantwortlich sind nach diesen Darstellungen die angolesischen Befreiungsbewegungen selber. Bedauernd wird festgestellt, daß eines der reichsten Länder Afrikas so darniederliege. Nahegelegt wird, daß das Volk Angolas selber nicht mit der Verwaltung des Landes zurechtkommt und ihm dessen Führung nicht anvertraut werden darf. Tatsächlich aber ist es dem unerbittlichen Befreiungskampf des angolesischen Volkes zu verdanken, den es über 14 Jahre lang gegen den portugiesischen Kolonialismus geführt hat, daß es an der Schwelle zur Unabhängigkeit seines Landes steht. Gelungen ist, daß sich die verschiedenen Befreiungsbewegungen des angolesischen Volkes auf ein gemeinsames Programm geeinigt hatten, um die volle Unabhängigkeit zu verwirklichen und mit dem Aufbau des Landes zu beginnen. Tatsächlich sind die schmutzigen Verbrechen der Imperialisten jeder Couleur die Ursachen dafür, daß der Weg in die volle Unabhängigkeit Angolas und den Aufbau des Landes durch das Volk selber gegenwärtig verdunkelt und gefährdet ist durch diese Auseinandersetzungen. Sie schüren die Widersprüche innerhalb des Volkes, zwischen den Befreiungsbewegungen, um es so zu schwächen. Jetzt gehen sie bereits daran, an den Rändern Angolas offen Territorium an sich zu reißen.

In Cabinda, der Enklave im Norden, die zu Angola gehört, hat am 1. August eine Organisation namens FLEC die Unabhängigkeit Cabindas erklärt. Am 13. August hat sie eine Regierung gebildet. Eine merkwürdige Unabhängigkeitserklärung ist das! Gehen doch sowohl das angolesische Volk, alle angolesischen Befreiungsbewegungen als auch die OAU, die Organisation für afrikanische Einheit, gemeinsam davon aus, daß Cabinda rechtmäßig zu Angola gehört und Teil seines Territoriums ist. Radio Lagos (Nigeria) hat erklärt: "Das timing für die Bekanntgabe der Sezession durch Louis Ranque Franque ist bezeichnend. Nur wenige Stunden vor dem Abschluß der OAU-Gipfelkonferenz in Kampala überraschte er mit der Nachricht, daß er einseitig Maßnahmen ergriffen habe, um die Unabhängigkeit der Enklave, die ein Teil Angolas ist, von Portugal zu erklären. Die Reaktionen auf diesen Schritt der FLEC waren laut und eindeutig. Alle drei angolesischen Befreiungsorganisationen – die Volksfront, die UNITA und die Nationale Front – haben ihn verurteilt."

Landraub im Norden und im Süden

Die OAU hat selbstverständlich diese Erklärung und diese "Regierung" nicht anerkannt. Wer hinter diesem Schritt steckt, liegt auf der Hand. Cabinda ist reich an Erdöl und Phosphaten. "Im vergangenen Jahr förderte Gulf Oil in Cabinda Erdöl im Wert von rund einer Milliarde Dollar. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft machen rund die Hälfte der Exportgewinne Angolas aus" (Frankfurter Rundschau, 7.8.75). Die Ausplünderung dieses Reichtums hatte sich die Cabinda Gulf Co. durch eine Verordnung der portugiesischen Kolonialherren am 10. Juli 1957 sichern lassen. Auf drei Jahre Prospektion und für 50 Jahre das Monopol auf Erdöl und Nebenprodukte in Cabinda. Hauptaktionäre dieser Gesellschaft sind: die Gulf Oil, Mexican Gulf Oil, die Chase National Bank und die National City Bank of New York. Selbstverständlich setzt dieses US-Monopol alles daran, diese profitträchtige Quelle nicht zu verlieren und betreibt jetzt die Abspaltung Cabindas vom Mutterland.

Im Süden Angolas versucht der südafrikanische Siedler- und Rassistenstaat, Land, Bodenschätze und wichtige Anlagen in seine Gewalt zu bekommen. Zusammen mit der Kolonialmacht Portugal hatte er 700 Millionen Schweizer Franken (Neue Zürcher Zeitung, 14.8.75) in Bewässerungsanlagen investiert. Jetzt sieht er die Chance, diese und das Land umher voll an sich zu reißen: "Südafrikanische Truppenverbände haben am Montag das auf angolesischem Boden gelegene Vorfeld des Cunene-Staudammes bei den Ruacana-Fällen militärisch gesichert. Der Cunene bildet mit seinem Unterlauf die Grenze zwischen portugiesischem und südafrikanischem Hoheitsgebiet im Süden von Angola und im Norden Namibias. Das Stauwerk versorgt die weitere Umgebung mit elektrischem Strom und bewässert weite Teile des wüstenähnlichen Südens von Angola und des südlich an der Grenze gelegenen Gebiets in Namibia. Zu dem Cunene-Projekt, an dem seit 1969 gebaut wird, gehören eine Reihe von Stauwerken im Süden Angolas, die von Portugal und Südafrika je zur Hälfte finanziert wurden." (Frankfurter Rundschau, 13.8.75)

Beide Kolonial- und Siedlermächte wollten gemeinsam für weiße Siedler das Land zubereiten, um eine weitere Quelle der Bereicherung und der Ausplünderung des besetzten Landes und der schwarzen Massen zu schaffen. Aber damit nicht genug, inzwischen sollen die südafrikanischen Rassisten erneut ihre Aggression gegen das Territorium des angolesischen Volkes fortgesetzt haben und ein zweites Gebiet "militärisch gesichert" haben: "den Raum um die Staumauer von Calueque, eine Anlage im Rahmen der Regulierung des Cunene-Flusses. Die Sperre von Calueque liegt etwa 20 Kilometer von der Grenze entfernt." (Frankfurter Rundschau, 15.8.75)

Die portugiesische Regierung hat die Einmischung noch nicht aufgegeben

Keineswegs kann man auch behaupten, daß sich die Vertreter der portugiesischen Regierung in Angola an die Abkommen halten, die zwischen ihr und den angolesischen Befreiungsbewegungen getroffen worden waren, um die volle Unabhängigkeit Angolas zu verwirklichen. Auch sie schüren die Widersprüche zwischen den Befreiungsbewegungen, nachdem deren Übertölpelung nicht gelungen ist. Am 29. Juli 1974 hatte Rosa Coutinho, der Anführer der portugiesischen Militärjunta in Angola, erklärt, daß jetzt eine Koalitionsregierung in Angola gebildet werden könne, um den Gang der "Entkolonialisierung" zu beschleunigen. Dies ohne Absprache mit den Befreiungsbewegungen und als einseitiger Schritt. Das war nichts anderes als der Versuch, die Erlangung der Unabhängigkeit durch das angolesische Volk selbst zu verhindern.

Sowohl die MPLA wie auch die FNLA haben damals dieses Manöver verurteilt und sind umgekehrt darangegangen, die Gespräche zur Einigung zu stärken. Im Herbst 1974 versuchte dann Spinola, die Befreiungsorganisationen gegeneinander aufzuhetzen, indem er Treffen zwischen zweien unter Auschluß der dritten organisierte. Spinola ist gestürzt, aber Züge dieser Politik haben sich erhalten: Seit Januar dieses Jahres mußten drei Hochkommissare Portugals in Angola abgelöst werden. Zuerst Coutinho durch Cardoso, dieser letzte Woche durch Fereira. Gemeinsam war allen, daß sie sich immer wieder in die inneren Angelegenheiten des angolesischen Volkes eingemischt hatten, eine der Befreiungsbewegungen zuungunsten der anderen unterstützt hatten, anstatt sich neutral zu verhalten und ihren Abzug vorzubereiten.

Die Imperialisten torpedieren die Einigungsbemühungen

So soll das angolesische Volk der Früchte seines Sieges, im bewaffneten Befreiungskampf errungen, beraubt werden. Die Auseinandersetzungen zwischen den Befreiungsbewegungen werden von außen geschürt und müssen von außen geschürt werden, denn alle drei Befreiungsbewegungen haben es vermocht, diese Widersprüche und Differenzen zwischen ihnen durch friedliche Beratung zu lösen und konnten Vereinbarungen erzielen, die dem Interesse des angolesischen Volkes am gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonie entsprachen. Vom 3. bis 5. Januar 1975 fand in Mombasa (Kenia) eine gemeinsame Beratung statt zwischen den Vertretern der drei Organisationen und in einer gemeinsamen Deklaration wurde erklärt: "Die drei Befreiungsbewegungen haben ihre Entschlossenheit, die territoriale Integrität von Angola innerhalb seiner gegenwärtigen geographischen und administrativen Grenze zu verteidigen, erneut bekräftigt. In diesem Zusammenhang wird Cabinda als ein integrierender Bestandteil von Angola betrachtet."

Die drei Bewegungen "haben die volle Verpflichtung, eine gerechte und demokratische Gesellschaft in Angola zu gründen und aufzubauen, zum Ausdruck gebracht, um die ethnische Rassen- und religiöse Diskriminierung und alle anderen Formen der Diskriminierung zu beseitigen". In dem Kommunique wird weiter gesagt: "Im gleichen Geist von Verständnis und Einheit haben die drei Befreiungsbewegungen beschlossen, von nun an in allen Bereichen, besonders im Bereich der Entkolonialisierung zusammenzuarbeiten, um die territoriale Integrität zu verteidigen und das Land wiederaufzubauen."

War dieses Treffen und diese Einigung ein Fortschritt im Kampf um Unabhängigkeit und Selbständigkeit, so mußte es die Imperialisten erschrecken. Unverzüglich gingen sie daran, vorhandene Differenzen weiter zu schüren, zu intrigieren, die Organisationen aufeinanderzuhetzen. Wie stark der Wille des angolesischen Volkes nach nationaler Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedoch ist, zeigt sich daran, daß nach bewaffneten Auseinandersetzungen erneut ein Treffen aller drei Befreiungsbewegungen im Juni in Nairobi stattfand, wo sie gemeinsam erklärten, ein "Klima der politischen Toleranz und der nationalen Einheit" zu schaffen, und die erforderlichen Maßnahmen beschlossen. (Le Monde)

Diese Schritte sind für die Imperialisten lebensgefährlich. Sie haben ein elementares Interesse daran, daß sie zunichtegemacht werden. Ihr Problem ist: Die bisherige Lösung – Unterdrückung der angolesischen Massen, Ausbeutung der Bodenschätze unter der Statthalterschaft der Kolonialmacht Portugal – ist durch den Befreiungskampf des angolesischen Volkes zunichtegemacht worden. Unter neuen Bedingungen müssen sie also ihre alten Ziele verfolgen. Die eine Supermacht, der US-Imperialismus, ist bereits durch sein Kapital im Land vertreten. Er muß darauf setzen, daß eine Regierung zustandekommt, die ihm wohlgesonnen ist.

Für die andere Supermacht, die Sowjetunion, stellt sich die Lage anders dar. Mit Kapitalanlagen ist sie direkt nicht vertreten. Eine selbständige Entwicklung Angolas ist ihr unerträglich. Also bleibt ihr nur der Weg, vorhandene Widersprüche zwischen den Befreiungsbewegungen so zu schüren und auszunutzen, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Angolas nicht zustandekommt. Deshalb hetzt sie mit allen Mitteln gegen zwei der drei Befreiungsbewegungen. Sie setzt auf eine unter völliger Mißachtung der Abkommen der Befreiungsbewegungen und der gleichen Behandlung aller Organisationen durch die OAU.

Beider Supermächte Versuch geht dahin, die Selbständigkeit dieser Befreiungsbewegungen des angolesischen Volkes zu unterminieren, die Widersprüche zu antagonistischen zu schüren, sie von sich abhängig zu machen und vermittels der Waffenlieferungen erpreßbar zu machen. Sodaß anschließend das ganze Land für sie zugänglich ist.

Die Einheit des angolesischen Volkes ist möglich

Verschärfen sich also jetzt die Auseinandersetzungen innerhalb des angolesischen Volkes, so ist dies nichts anderes als die Frucht der Intrigen und Einmischung der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland sieht dies mit Wohlgefallen. Neben den USA und England gehört der BRD-Imperialismus zu den Hauptplünderern der angolesischen Reichtümer. An der Berichterstattung aller bürgerlichen Zeitungen sieht man auch genau, worin die Hoffnung des BRD-Imperialismus liegt. Scheinbar besorgt teilen sie mit, es bestehe die Gefahr, daß erneut Stammeskonflikte entstehen zwischen den drei großen Stämmen in Angola, den Bakongo, den Umbundu und den Ovimbundu.

Scheinbar beunruhigt teilen sie uns mit, es bestehe die Gefahr der Aufteilung Angolas in drei Teile, deren jeder von einer der Befreiungsbewegungen beherrscht würde. Ihre Hoffnung ist, daß Angola zerstückelt wird.

Wenn heute die Imperialisten ihre Manöver soweit treiben können, die Befreiungsbewegungen gegeneinander zu hetzen, in der Absicht, sie von sich abhängig zu machen, so ist dafür kein objektiver Widerspruch im Volk von Angola verantwortlich, der eine Einheit zwischen den Befreiungsbewegungen auf der Grundlage des Kampfes für Unabhängigkeit und Selbständigkeit unmöglich machen würde. Verantwortlich dafür sind die Aktivitäten der Imperialisten, insbesondere das Hegemonialstreben der Supermächte, die wenn schon nicht das ganze, so doch einen Teil des reichen Landes beherrschen wollen. Besonders eifrig ist hier die sozialimperialistische Sowjetunion, hat sie doch noch keinen festen Stützpunkt im südlichen Afrika. Das sind die Ursachen der Leiden des angolesischen Volkes. Die Imperialisten haben sich noch nicht geschlagen gegeben. – (hjh)

Mißachtung der norwegischen Souveränität über Spitzbergen

Die norwegische Regierung hat anläßlich des 50. Jahrestags der Herstellung der Souveränität über Spitzbergen die Botschafter der Unterzeichnerstaaten des Spitzbergen-Abkommens zur Besichtigung auf der Inselgruppe zusammengerufen. Aufgrund des Spitzbergen-Abkommens von 1920 erhielt Norwegen 1925 die Souveränität über die drei im Nordmeer gelegenen Inseln zugesprochen mit der Maßgabe, allen Unterzeichnerstaaten die Teilnahme an der Ausbeutung der Bodenschätze zu gestatten.

Während die Sowjetunion lange Zeit zusammen mit Norwegen die Kohlevorkommen ausbeutete und dabei die norwegischen Hoheitsrechte beachtete, geht sie offenbar jetzt zunehmend dazu über, die Inseln als ihr Eigentum zu betrachten. Sie errichtet zum Beispiel Dörfer auf den Inseln, in denen ihre Gesetze herrschen und nicht die norwegischen. Ebenso ist sie dabei, eine eigene Post aufzubauen, Briefe von Spitzbergen nach Oslo werden in Murmansk abgestempelt. Die Erteilung von Landegenehmigungen und für den ständigen Aufenthalt ihrer Flugzeuge holt sie bei den norwegischen Behörden nicht mehr ein, obwohl das Abkommen sie dazu verpflichtet. Wie unverfroren die Sozialimperialisten ihren Herrschaftsanspruch auf die Inselgruppe durchzusetzen versuchen, zeigt ihr Einspruch gegen den Bau eines norwegischen Flughafens auf einer der Inseln. Spitzbergen, so behaupten sie offen, gehöre zur "maritimen Sicherheitszone der UdSSR". Deshalb schaltet und waltet ihre in Murmansk stationierte Kriegsmarine nach Belieben in den Gewässern zwischen Spitzbergen und Norwegen. Wenn es nach den Sozialimperialisten ginge, müßte Norwegen die Inseln ganz abtreten oder mit ihnen teilen. Dieser Angriff und die fortdauernde Mißachtung der norwegischen Hoheit ist der Grund für die Aktion der norwegischen Regierung (nach: Le Monde, 14. August).

Der Anti-Apartheidausschuß der UNO protestiert

Das faschistische Vorster-Regime, das die Herrschaft der Imperialisten mittels der Politik der Rassentrennung in Südafrika sichert, steigere ständig die Unterdrückung besonders gegen die "Jungendbewegungen" der afrikanischen Bevölkerung. Ziel der Unterdrückung sei, die "verbrecherische Apartheid-Politik durchzusetzen". Dem Ausschuß der UNO liegen Meldungen vor, wonach mindestens 55 Jugendfunktionäre inhaftiert sind. (nach: Süddeutsche Zeitung 19.8.75)

16 000 chilenische Bergarbeiter entlassen

Im Süden Chiles wurden 16 000 Bergarbeiter entlassen, weil der Kohleabsatz stagniert. 450 000 Tonnen Kohle lagern auf Halde, weil sie auf dem Weltmarkt nicht profitabel genug für die Besitzer abgesetzt werden können, obwohl sie in Chile selber gebraucht würden. Bekannt wurde, daß weitere 44 Angehörige der Universität von Santiago ohne Angabe von Gründen inhaftiert wurden von den Schergen der Junta.

Honduras: Die Regierung beseitigt die Privilegien der US-Bananengesellschaften

Vom 15. September an gelten für die amerikanischen Bananengesellschaften dieselben Bedingungen wie für die nationalen Gesellschaften. Ihre langjährigen Vorrechte, die sie außerhalb des geltenden Rechts in Honduras stellten, sind damit abgeschafft. Der Staatschef von Honduras, Oberst Juan Melgar Castro, erklärte: "Von nun an werden die Regierung und das Volk von Honduras direkten Einfluß" auf die wirtschaftlichen Entscheidungen des Landes nehmen, die in der Vergangenheit "in Boston, New York, San Franzisko und Washington" gefällt wurden (nach: Le Monde, 17./18. August).

Spanien: Todesurteile geplant

Während auf Druck der breiten Streik- und Protestbewegung das Franco-Regime den Prozeß gegen Antonio Garmendia und Angel Otaegui erneut verschob, soll am 2. September der Prozeß gegen 5 Mitglieder der Revolutionären Antifaschistischen Patriotischen Front (FRAP) beginnen.

Antwort auf Leserbriefe

Soll man OAU-Präsidenten Idi Amin gegen Imperialisten verteidigen?

In der KVZ Nr. 26 sind wir in einem kurzen Artikel der Pressekampagne gegen den Staatspräsidenten von Uganda, Idi Amin, entgegengetreten. Dazu haben uns eine ganze Reihe Leserbriefe erreicht. Im folgenden daraus einige Auszüge:

Ich finde den Artikel über Idi Amin in der letzten KVZ so schlecht, daß man sich fragen muß, ob dies ein Marxist geschrieben hat oder nicht. Es fehlt nämlich bei der Darstellung, daß Amin ein mittelalterlicher Despot gegenüber seinen Landsleuten ist.

W., Bonn

Mit ziemlich starkem Befremden habe ich in der letzten Ausgabe der KVZ Euren Uganda-Artikel bzw. Glosse (Nr. 26, S. 3) gelesen.

Ich streite nicht ab, daß Uganda in seiner Vergangenheit von der britischen Kolonialmacht ausgebeutet worden ist. Das rechtfertigt jedoch nicht im geringsten, daß Amin jetzt (mindestens) genauso auftritt.

Aus unserer Länderarbeit kann ich nur sagen, daß Uganda zu den Ländern gehört, wo politische Gegner am rücksichtslosesten und brutalsten vernichtet werden (Leichen im Fluß, willkürliches Erschießen) – das gilt völlig unabhängig von deren sozialer oder rassischer Herkunft! (...)

Dann wäre auch die in ihrer Art und Weise an Hitlers Politik gegenüber den slawischen Völkern erinnernde Abschiebung von Indern und Engländern im letzten oder vorletzten Jahr zu erinnern. Auch wenn diese die ugandische Wirtschaft geschädigt haben sollten, hätte ihre Ausweisung nicht so vonstatten zu gehen brauchen! (...)

Ich halte es für gefährlich, Diktatoren mit dem Hinweis auf Kolonialismus und deren Diktaturen zu rechtfertigen. Das Verhalten Amins unterscheidet sich in nichts Grundsätzlichem von dem der chilenischen Militärjunta. (...)

Ich hoffe, daß Ihr den Amin-Artikel revidiert oder zumindest eindeutig sagt, ob Ihr Amins Regierungsweise für richtig haltet oder nicht.

Freundliche Grüße – G. Britz, Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Mit Verwunderung habe ich gelesen, daß W.M. in seinem Artikel die Späße des Idi Amin unterstützt und als Schläge gegen die ehemalige Kolonialmacht England auffaßt. Ich finde, so einfach kann man es sich nicht machen, wenn in einer kommunistischen Zeitung eine Stellungnahme zu einem Staatspräsidenten gegeben wird. Ob man ihn positiv oder negativ einschätzt, sollte einzig und allein sein Handeln für das Volk entscheiden. Wie sieht es in Uganda aus?

Soviel ich weiß, ist die Wirtschaft ziemlich chaotisch und kaum noch in der Lage, die eigene Bevölkerung zu versorgen. Politisch herrscht in Uganda eine Diktatur, die jede Opposition mit aller Brutalität unterdrückt. An Foltermethoden steht die ugandische Armee der Brasiliens und Chiles in nichts nach. Geführt wird diese Armee von Offizieren, die heute dort leben, wo früher die weißen Herren zu finden waren, in Clubs bei Whisky und Sekt. Und geführt werden sie von Idi Amin, einem Mann, der Adolf Hitler ein Denkmal setzen will. Es ist richtig, daß Idi aus der unteren Schicht des Volkes kommt. Aber das genügt nicht, ihn gleich als Vorbild, Kämpfer gegen England usw. hinzustellen.

Sicher ist es gut, wenn man gegen Preiswucher vorgehen will. Aber genügt es, die kleinen Händler einzukerkern bzw. hinzurichten? Sicher ist Nationalbewußtsein der afrikanischen Staaten gut, schlecht ist es aber, wenn es rassistisch wird und alles Ausländische verteufelt.

Idi Amin hat keine Qualifikation, dem ugandischen Volk zu dienen. Entweder ist er tatsächlich ein Verrückter oder ein Bananenrepublik-Präsident, der nur durch Terror gegen das Volk und Bestechung der Offiziere an der Macht bleiben kann.

In jedem Fall wäre es zu begrüßen, wenn das ugandische Volk endlich die Macht selbst übernimmt, die Offiziersclique samt Idi Amin zum Teufel jagt und den Sozialismus aufbaut. – L., Bremerhaven

All diesen Zuschriften ist die Forderung gemeinsam, auf die inneren Verhältnisse in Uganda einzugehen und den Staatspräsidenten als “mittelalterlichen Despoten“, als “Diktator“, als “Verrückten“ oder auch als “schwarzen Faschisten“ zu verurteilen.

Die KVZ hat das nicht getan. Getan hat das hingegen ziemlich einhellig die bürgerliche Presse vom “Spiegel“ bis zur “Bild“-Zeitung. Und einig dürften sich vom Premierminister Wilson über den englischen Außenminister Callaghan, der zu Verhandlungen nach Uganda fliegen mußte, bis zum westdeutschen Kanzler Schmidt auch die imperialistischen Politiker sein, daß “Idi Amin keine Qualifikation hat, dem ugandischen Volk zu dienen“. Und sicher würden sie es auch begrüßen, wenn er “zum Teufel gejagt“ wird.

Wie kommt es zu dieser erstaunlichen Übereinstimmung zwischen der imperialistischen Presse und imperialistischen Politikern auf der einen Seite und fortschrittlichen, gegen den Imperialismus eingestellten Menschen auf der anderen? – Warum die bürgerliche Presse in den imperialistischen Ländern eine Propagandakampagne gegen den Präsidenten eines afrikanischen Landes startet, ist leicht zu begreifen. Die imperialistische Bourgeoisie hat diesen Propagandafeldzug nötig. Gegen den Befreiungskampf der afrikanischen Völker hat sie in Afrika viele Niederlagen einstecken müssen. Zuletzt haben Mozambique und Guinea-Bissau die Unabhängigkeit erkämpft, und in Zimbabwe, in Namibia schreitet der Befreiungskampf voran. Also sucht die imperialistische Bourgeoisie nach Beweisen dafür, daß es ohne ihre Herrschaft und Einflußnahme dort unten nicht geht mit den Schwarzen. Daß diese bösartig sind, unberechenbar wie die Kinder und grausam. Und diese Kampagne wird unter anderem an der Person Idi Amins aufgehängt.

Warum treten aber nun so viele fortschrittliche Menschen dem nicht entgegen, sondern sind bereit, der imperialistischen Bourgeoisie in dieser Sache recht zu geben? – Weil nicht richtig begriffen ist, was es heißt, daß Uganda ein Land der Dritten Welt ist, ein lange Zeit vom Kolonialismus unterdrücktes und heute vom Neokolonialismus ausgesaugtes Land, das mühsam um seine Unabhängigkeit kämpft. Das bedeutet aber: Jede Regung des Unabhängigkeitsstrebens dieser Länder ist historisch fortschrittlich. Sie ist gegen die Ausbeutung durch den Imperialismus gerichtet. Die Regierung eines vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Landes, die Schritte im Hinblick auf größere Unabhängigkeit unternimmt, und seien es auch halbherzige oder ungeschickte Schritte, bringt eine fortschrittliche historische Tendenz zum Ausdruck. Während die Regierung eines imperialistischen Landes, also eines Landes, das die Ausbeutung fremder Länder betreibt, überhaupt keinerlei fortschrittliche Tendenz zum Ausdruck bringt.

Um es am Beispiel zu sagen: Gegenüber dem Kanzler Schmidt, der hin und wieder in Hamburg in der Kirche predigt, oder dem salbungsvollen Willy Brandt, der es zum Friedensnobelpreis gebracht hat, ist der Präsident Idi Amin ein fortschrittlicher Mann und ein Menschenfreund. Die beiden westdeutschen Regierungschefs haben alles getan bzw. tun es weiter, um den westdeutschen Kapitalexport und die Ausbeutung fremder Arbeit zu fördern. Nicht Idi Amin sinnt auf Expansion, auf Ausbeutung des natürlichen Reichtums und der Arbeitskräfte anderer Länder, sondern die westeuropäischen und amerikanischen Musterdemokraten tun das, in Konkurrenz untereinander und mit dem russischen Sozialimperialismus.

Anders als die chilenische Junta handelt der Präsident von Uganda offensichtlich auch nicht einfach als Lakai der Imperialisten, sondern tritt ihnen hin und wieder schmerzhaft auf die Füße. Aber selbst die Junta in Chile ist ja keineswegs schlimmer als die Regierung der USA, die ihr in den Sattel geholfen hat. Gegen Kissinger als Repräsentanten des US-Imperialismus, der über die halbe Welt seine Finger gestreckt hat und sie ausplündert, ist Pinochet, der die Ausbeutung des chilenischen Volkes organisiert, ein Waisenknabe.

Zu einer ganz und gar falschen, die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf stellenden Betrachtungsweise gelangt man, wenn nicht unterschieden wird zwischen ausbeutenden imperialistischen Ländern und ausgebeuteten Ländern der Dritten Welt, sondern wenn die politischen Formen, in denen die Herrschaft ausgeübt wird, zum Unterscheidungsmerkmal für gerecht und ungerecht erhoben werden. So verfährt vor allem der Sprecher von “amnesty international“. Er vergleicht zum Beispiel Hitlers Politik gegenüber den slawischen Völkern mit der Abschiebung von Indern und Engländern in Uganda. Offenbar besteht der einzige Vergleichspunkt darin, daß in beiden Fällen Gewalt angewendet worden sei. Damit wird aber ganz und gar Unvergleichbares gleichgestellt. Die vom faschistischen Deutschland gegenüber den slawischen Völkern ausgeübte Gewalt diente dazu, deren Länder sich anzueignen und die Völker selber in Arbeitssklaven für die deutschen Herren zu verwandeln. – Umgekehrt waren in Uganda die Engländer die Herren und die Inder dienten ihnen als Mittelsmänner, die von den afrikanischen Bauern die Baumwolle kauften, ihnen das Geld für Steuer und Saatgut gegen extrem hohe Zinsen vorstreckten und mit großem Profit die Baumwollentkörnereien betrieben. Das eine Mal wurde Gewalt angewendet von den Herren gegen die Sklaven, um die Ausbeutung zu erweitern. Das andere Mal Gewalt von den Ausgebeuteten gegen die Herren, um die Last der Ausbeutung abzuwälzen. Wer anders als die Ausbeuter kann ein Interesse daran haben, beides gleichzusetzen, um damit die gerechte Gewalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen ihre Herren in Verruf zu bringen? Informationsminister von Uganda, Juma Otis Abdalla, hat auf der 9. außerordentlichen Sitzung des Ministerrats der OAU in Dar es Salaam vom 7. bis 10. April 1975 eine Rede gehalten, in der er die Unterstützung Ugandas für den antiimperialistischen Befreiungskampf zum Ausdruck brachte:

“Es gibt für die Befreiung von Südafrika keinen anderen Weg als den bewaffneten Kampf. Ganz Afrika ist verpflichtet, jede notwendige Unterstützung, sowohl materieller als auch moralischer Art, gerade dem bewaffneten Kampf zu geben ...

Wir müssen die Erfahrungen anderer Länder ansehen, die ähnliche Probleme hatten, um zu erkennen, welchen Weg wir einschlagen müssen. In Vietnam kämpfen jetzt Kinder, die nach Beginn des Kampfes geboren wurden, und sind dabei, ihren Befreiungskrieg zu gewinnen. ...

Der bewaffnete Kampf ging weiter, und der Feind mußte anerkennen, daß die Freiheitskämpfer die legitimen Leute sind, zu denen er sprechen muß, und daß das diejenigen sind, mit denen er zuerst sprechen muß, indem er vollständig ihr Recht auf Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Menschenwürde anerkennt. In anderen Worten, es ist der Erfolg im bewaffneten Kampf, der die Rassisten zwingen wird, zu den Befreiungsbewegungen zu sprechen. ...

Die Zeit ist reif für die Verstärkung des bewaffneten Kampfes. Ich möchte betonen, daß es nicht Zeit ist, die Befreiungskämpfer zu entwaffnen, wenn es ihnen nicht einmal erlaubt ist, offen über ihr Leiden die Stimme zu erheben. Sie können ihrem Elend nur durch den Gewehrlauf Gehör verschaffen, und das ist die einzige Sprache, die der Feind verstehen wird. ...

Seit einem Jahr setzen Vorster und die Imperialisten alles daran, die Einheit der afrikanischen Völker gegen die Rassisten und Imperialisten zu spalten, um den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika weiter niederhalten zu können. ...

Wenn die Imperialisten deshalb ihre Propagandahetze einschießen auf Idi Amin, so nicht, weil ihnen an der Freiheit des Volkes von Uganda gelegen ist, sondern um einen Gegner im Befreiungskampf der afrikanischen Völker unschädlich zu machen.“

Es liegt auf der Hand: Der Präsident von Uganda ist kein Kommunist, nicht der politische Vertreter der Arbeiter und Bauern in Uganda, sondern Angehöriger einer sich herausbildenden schwarzen Bourgeoisie. Wie überall in der Welt, wo es sie gibt, lebt auch in Uganda die Bourgeoisie von der Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Ist das aber ein Grund, auf die Hetze der imperialistischen Bourgeoisie in Europa gegen das Aufmucken eines afrikanischen Präsidenten damit zu antworten, daß in Uganda die Arbeiterklasse und das Volk an die Macht kommen müßten? Offenbar ist das auf den konkreten Vorstoß der imperialistischen Bourgeoisie eine falsche, weil abstrakte Antwort und ein Ausweichen. Denn nicht erst die Arbeiterklasse in Uganda ist im Recht gegen die imperialistische Bourgeoisie, sondern schon die afrikanische Bourgeoisie vertritt überall, wo sie gegen den Imperialismus sich zur Wehr setzt, eine gerechte Sache. Sie ist Bestandteil der fortschrittlichen historischen Strömung, daß Staaten die Unabhängigkeit wollen, Nationen die Befreiung und Völker die Revolution. – **(wm)**



Die amerikanische Polizei im Einsatz gegen die schwarze Bevölkerung der Stadt Boston, um die Rassentrennung zu sichern.

„Wenn sie an unseren Strand wollen, gibt es einen Rassenkrieg“

In der amerikanischen Stadt Boston dauern die Kämpfe zwischen dem weißen Mob und der Negerbevölkerung seit dem 4. Juli an und nehmen weiter zu. Die Weißen haben die Auseinandersetzungen provoziert, weil sie die Aufhebung der Rassentrennung mit Beginn des neuen Schuljahres im September verhindern wollen. Boston ist das Zentrum des weißen organisierten Widerstandes gegen die Beseitigung der Rassenschranken in den USA. Begonnen haben die Auseinandersetzungen am Strand der Stadt, den die Weißen allein für sich beanspruchen. Ein erster Höhepunkt war die Demonstration am 10. August von 1 500 Schwarzen zusammen mit 200 weißen Bürgerrechtlern

Kambodscha:

Regierungsdelegation in der VR China

Am 15. August ist eine kambodschanische Regierungsdelegation unter Leitung von Khieu Samphan, dem 1. Vizepremierminister und Oberbefehlshaber der kambodschanischen Volksbefreiungsstreitkräfte, in der Hauptstadt der Volksrepublik China zu einem offiziellen Besuch eingetroffen. Diese Reise “ist der erste Auslandsbesuch nach der Befreiung von Phnom Penh und des ganzen Landes“, unterstrich der 1. stellvertretende Premierminister auf dem Bankett zu Ehren der Gäste. Khieu Samphan hob als Sprecher des Kollektivs, das den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Wiederaufbau Kambodschas leitet, hervor, daß die Prinzipien der Blockfreiheit und der friedlichen Koexistenz die “strategische politische Linie für die Außenpolitik“ seien. Er erklärte: “Wir sind entschlossen, die Probleme mit unseren Nachbarn zu lösen und freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen.“ Khieu Samphan, der sich für die von der Volksrepublik China geleistete Unterstützung während des Befreiungskampfes gegen den US-Imperialismus bedankte, sagte: Kambodscha stehe “eine glänzendere Zeit bevor als die Zeit von Angkor“.

US-Imperialisten wünschen Grenzzwischenfälle

In der Ausgabe vom 13. August hat die französische Tageszeitung “Le Monde“ einen Bericht ihres Korrespondenten verbreitet über die Machenschaften der kambodschanischen US-Marionetten, die sich offenbar derzeit in Thailand an der kambodschanischen Grenze sammeln unter Führung des letzten Marionettenregierungschefs In. Tam mit dem Ziel, den friedlichen Aufbau in Kambodscha zu sabotieren und die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Thailand und Kambodscha zu hintertreiben. Bezahlt werden sie dafür von der amerikanischen Regierung, “der Zwischenfälle an der Grenze zu Kambodscha gelegen kommen“.

Die kürzlich erfolgte Ernennung von zwei weiteren stellvertretenden Ministerpräsidenten in Kambodscha veranlaßte die bürgerliche Presse zu Spekulationen darüber, wer wohl die Macht in diesem Land hat. Khieu Samphan erklärte bei seinem Besuch in der Volksrepublik China, daß ein Kollektiv die Führung in Kambodscha habe. Das aber können die Bürgerlichen gerade nicht verstehen. Deshalb kommentierte die “Süddeutsche Zeitung“ die Ernennung der stellvertretenden Premierminister mit dem Hinweis, Khieu Samphan sei entmachtet, entweder schon tot oder im Gefängnis. Das war am Donnerstag, den 14. August. In ihrer nächsten Ausgabe, die erst am Samstag erschien, berichtete dieselbe Zeitung von der China-Reise des 1. stellvertretenden Premierministers, ohne auf den vorhergehenden Kommentar einzugehen. Die bürgerliche Zeitung hatte ihren “starken Mann“ wieder, ohne den sie sich die Welt nicht denken kann (nach: Süddeutsche Zeitung und Le Monde, 13., 14., 16., 17./18. August).

Aus der Asche entsteht ein neues Vietnam!



Am 30. April um 10.30 Uhr wehte die Fahne der Provisorischen Revolutionären Regierung vom Präsidentenpalast, und eine halbe Stunde später gab der frühere General Duong "Big" Minh die Erklärung der bedingungslosen Kapitulation über Radio ab.

Augenzeugenbericht Wilfred Burchetts für den "Guardian"

Saigon. Die Bevölkerung Südvietnams, in mehr als einem Jahrhundert zum ersten Mal frei, ist jetzt dabei, genauso entschlossen ihr Land wiederaufzubauen, wie sie am Kampf um die nationale Befreiung teilnahm.

"In Vietnam gibt es niemanden, egal wie alt, der sich an eine Zeit erinnern kann, in der diese Stadt nicht von fremden Truppen besetzt war und wo die Vietnamesen die Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten hatten." So betonte ein Sprecher der Provisorischen Revolutionären Regierung die Tatsache, daß "unser Land jetzt vollständig befreit ist", nach mehr als einem Jahrhundert französischem Kolonialismus, japanischer Besetzung, erneuter französischer Besetzung und schlußendlich nach dem langen amerikanischen Versuch, Südvietnam zu beherrschen. "Unser Sieg ist endgültig und vollständig an allen Fronten", fügte er hinzu. "Im ganzen Land wird nur eines bedauert: daß Präsident Ho Chi Minh das nicht mehr erleben konnte. Aber sein Testament wurde erfüllt. Der Sieg hat uns die vollständige Unabhängigkeit gegeben und Freiheit, und wir werden seine anderen Wünsche erfüllen, wie die, das Land schöner als vor unserem Kampf aufzubauen."

Große soziale Probleme – die Erbschaft der USA

Während der drei Monate seit Befreiung Saigons ist ein erstaunlicher Fortschritt in Richtung auf Normalisierung des Lebens festzustellen. Die Lage wird es bald zulassen, das Verwaltungskomitee des Militärs in ein revolutionäres Volkskomitee umzuwandeln, wie es sie schon in einigen Vororten gibt. Das Militärische Verwaltungskomitee wurde vorübergehend eingerichtet, wegen der schwierigen Sicherheits- und anderer Probleme, die die Befreiungskräfte von der Marionettenverwaltung und der US-Besetzung erbten.

"Neben den normalen Bedürfnissen der Gesundheits- und Ernährungsver-
der Gesundheits- und Ernährungsver-
sorgung einer Stadt mit 3,5 Millionen Einwohnern", sagte Dr. Nguyen Van Thu, der für die öffentliche Gesundheit und soziale Angelegenheiten verantwortlich ist, "hinterließen die Amerikaner alleine in Saigon 130 000 Menschen, die drogensüchtig waren oder Geschlechtskrankheiten hatten. Die Zahl der Prostituierten betrug zwischen 100 000 und 300 000, während es etwa 300 000 Taschen- und andere Diebe gab", sagte der Arzt.

Während er andere Probleme aufzählte, berichtete mir Dr. Thu, daß am Tage vor der Befreiung die Polizei die Gefängnisse verließ und 7 000 normale Kriminelle entkamen, die sich Waffen besorgten, die in den Straßen von Marionettentruppen zurückgelassen worden waren. Es gab um die 200 000 Kriegswaisen, deren Väter unter den Invasionstruppen aus Amerika, Australien, Südkorea u.a. zu suchen sind. Und die Stadt war darüberhinaus überschwemmt mit Zehntausenden neuer Flüchtlinge von den Kämpfen, die der Befreiung der Hauptstadt vorausgingen. Mindestens eine Million Menschen war in der Zeit vor der Befreiung in der Stadt ohne Arbeit.

"Saigon war früher als die 'Perle des Orients' bekannt, aber was wir vorfanden, war ein Abfallhaufen", fuhr Dr. Nguyen Van Thu fort. "Der Abfall war fünfzehn Tage lang vor der Befreiung nicht eingesammelt worden, und abgesehen davon gab es auch nur 120 Müllautos für die riesige Stadt, was zum Ergebnis hatte, daß Ratten Seuchen verbreiteten und es auch Fälle von Cholera und Typhus gab.

Eine der ersten Aufgaben war eine Massenimpfungskampagne, die bereits zwei Drittel der Bevölkerung erfaßt hat. Parallel zu ihr lief eine großangelegte Säuberungsaktion, ausgeführt hauptsächlich durch Studenten und von der örtlichen Bevölkerung selbst. "Wenn Saigon immer noch nicht wieder die 'Perle des Orients' ist, so ist die Stadt doch viel sauberer und gesünder als vor der Befreiung", sagte Dr. Thu.

Seit der Befreiung ist die Prostitution verboten, und "Nachtclubs", Opiumhöhlen und andere Orte für Drogenkonsum wurden geschlossen. Über zwei Drittel der entkommenen Verbrecher, die die Bevölkerung überfielen, wurden wieder festgesetzt, darunter alle Bandenführer, was die Verbrechensrate drastisch reduzierte. Die Bevölkerung spielte dabei eine wichtige Rolle, indem sie half, die Verbrecher zu stellen, die normalerweise zu zweit arbeiteten, auf schnellen Honda-Motorrädern. Die Befreiungsstreitkräfte praktizierten eine einfache Taktik; ein Warnschuß war das Signal für die Leute, den Verkehr zu stoppen, wobei die Verbrecher auf ihren Hondas isoliert wurden.

Dr. Thu stellte fest, daß die Bevölkerung der früheren befreiten Zonen unter Lebensmittelknappheit litt. "Aber", sagte er, "wegen der überfüllten und ungesunden Wohnverhältnisse, chronischer Unterernährung und jedem Fehlen medizinischer Versorgung war der Gesundheitszustand der Armen Saigons, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, unvergleichlich schlimmer als der von den in einer Blockade unterliegenden befreiten Gebieten lebenden Menschen."

Die Verwaltung der Befreiung legt besondere Betonung auf die Wiederaufnahme industrieller und anderer produktiver Tätigkeiten, um die Arbeitslosen zu absorbieren, die durch 300 000 ehemalige Marionettensoldaten vom Saigoner Gebiet weiter vermehrt wurden. Unter den ersten errichteten Fabriken waren diejenigen, die künstliche Gliedmaßen für die Kriegsamputierten herstellen. Entlassenen Soldaten wird Weben, Schneidern, Maschineschreiben und anderes beigebracht, damit sie rasch produktiv sein können. Die Treibstoffknappheit hatte den Effekt, daß der Fahrzeugverkehr und die Verschmutzung drastisch zurückgingen. Fahrräder werden wieder das allgemeine Verkehrsmittel. Die Befreiungssoldaten und die Bevölkerung haben sehr herzliche, brüderliche Beziehungen. An den Abenden kann man junge Leute sehen, wie sie die Straßen reinigen, wobei sie revolutionäre Lieder lernen.
wobei sie revolutionäre Lieder lernen.
Es ist eine fröhliche, gesunde Atmosphäre in der Stadt trotz der vorübergehenden wirtschaftlichen Probleme.

Eine außergewöhnliche Schlacht!

Wie in den Maßnahmen zur Normalisierung des Lebens, so spielte die Bevölkerung der Stadt auch eine entscheidende Rolle bei ihrer Befreiung. Das betonte einer der Kommandeure, die beim letzten Angriff auf Saigon dabei waren. Wenn alle Informationen verfügbar sind, werden Militärtheoretiker und Geschichtsschreiber sicher zu dem Schluß kommen, daß die Befreiung Saigons eine der außergewöhnlichsten Schlachten in der Kriegsgeschichte war. Die Befreiungsstreitkräfte vereitelten vollständig die Strategie und Taktiken, die der US-General Weyand für die Marionettentruppen aufgestellt hatte im Versuch, die Stadt zu verteidigen und den Weg ins Mekong-Delta zu blockieren.

Ich diskutierte die Schlacht um Saigon mit Generalmajor Di Thien Tich, stellvertretender Kommandeur der 9. Division der Provisorischen Revolutionären Regierung, die ich kennenlernte, als sie von einem Bataillon junger Leute vom Land im Jahr 1963 zu Regimentsstärke 1965 anwuchs. Im September 1965 wurden mehrere getrennte Regimenter zur 9. Division zusammengefaßt, um bereit zu sein, den Kampfdivisionen der USA entgegenzutreten, die damals in großer Zahl nach Südvietnam gebracht wurden.

Nach der erfolgreichen Schlacht im Frühling dieses Jahres auf dem Weg nach Saigon beschlossen die Befreiungsstreitkräfte, am 27. April einen Angriff an fünf Punkten zu starten, um den Verteidigungsgürtel zu zerschlagen und die Stadt zusammen mit einem Massenaufstand der Bevölkerung in der Stadt in Besitz zu nehmen. Vor dem Angriff sind Elite-Kommando-Einheiten in die Stadt eingeschleust worden. Sie wurden von der Bevölkerung versteckt, ernährt und zu den Zielgebieten für ihre Angriffe gebracht.

Es wurde davon ausgegangen, daß die Schlacht um Saigon fünf Tage dauern würde, aber dank der aktiven Rolle, die die Massen in der Stadt und in ihrer Umgebung spielten, endete sie zwei Tage früher. In der Nacht vom 29. April haben Arbeiter die Kontrolle über das Elektrizitätswerk, die Treibstofflager von Esso und Caltex und über andere Schlüsselinstallationen übernommen, um Sabotageakte an diesen Einrichtungen zu verhindern.

Am 30. April um 10.30 Uhr wehte die Fahne der Provisorischen Revolutionären Regierung vom Präsidentenpalast, und eine halbe Stunde später gab der frühere General Duong "Big" Minh die Erklärung der bedingungslosen Kapitulation über Radio ab. Weniger bekannt im Ausland ist der monumentale Umfang und die glänzende Geschwindigkeit der militärischen Ereignisse in den letzten drei Tagen vor der Kapitulation.

Eine erstaunliche Gesamtzahl von 680 000 Marionettensoldaten ist in die Schlacht geworfen worden, die 21 000 Tote und Verwundete kostete; 231 000 wurden gefangengenom-
te; 231 000 wurden gefangengenom-
men oder eingekesselt, während die übrigen 428 000 einfach flüchteten. Die letzte Zahl ist das sprechendste Zeugnis für den abgrundtiefen Verfall der Moral der Marionettentruppe. Die meisten der Flüchtenden gehören zu den 592 000 ehemaligen Marionettensoldaten, die dem Befehl der Provisorischen Revolutionären Regierung folgten und sich am 10. Mai stellten.

Unter denen, die sich der Befreiungsverwaltung stellten, war ein erhebliches Kontingent an Generalen, über 6 000 Majore und Leutnants und 39 000 Offiziere unterer Ränge.

Die Frucht von dreißig Jahren Kampf

"Was wir gewonnen haben", sagte Generalmajor Di Thien Tich, "ist die Frucht von dreißig Jahren revolutionären Kampfes; er hat einen Sieg von solcher Großartigkeit möglich gemacht."

Während jener drei Tage allein haben die Befreiungsstreitkräfte elf Infanteriedivisionen, acht Regimenter der Hauptkräfte, 216 Bataillone der Zivilgarde und Regionaltruppen, zwölf Panzerregimenter mit 800 Panzern und anderen Panzerfahrzeugen, 35 Artilleriebataillone mit über 700 Artillerie-Geschützen, drei Luftwaffendivisionen mit über 1 000 Flugzeugen und Hubschraubern und 1 200 Flußpatrouillenboote und andere Kriegsschiffe ausgeschaltet. Darüberhinaus erbeutete die Befreiungsarmee über 1 000 andere Flugzeuge und Schiffe, 6 500 Militärfahrzeuge, 660 Artillerie-Geschütze und 275 000 Waffen verschiedenen Typs.

Diese Statistik drückt knapp die Großartigkeit dieses historischen Sieges und den plötzlichen Verfall von dem aus, was als die stärkste Armee in Südostasien galt.

Die 9. Division ist eine der fünf Zinken, die auf Saigon zu schossen, die durch die beiden konzentrischen Verteidigungsringe stieß, in der Hoffnung, sie würde als erste die Fahne der Befreiung auf dem Präsidentenpalast hissen. Aber die örtliche Bevölkerung und die Einheiten, die zuvor heimlich in die Stadt infiltriert worden waren, waren um eine halbe Stunde schneller gewesen.

Der die Operation leitende Offizier der 9. Division, Hauptmann Bui Huy, wies darauf hin, wie die Befreiungskämpfer in einer Serie von Nachtmärschen buchstäblich wortgetreu zwei von Ho Chi Minhs militärischen Grundsätzen ausführten – "absolute Heimlichkeit der Bewegung" und "vom Osten heute zuschlagen, vom Westen morgen". Die Division operierte im Nordosten Saigons, als sie den Befehl bekam, im Südwesten der Stadt in Stellung zu gehen, um von da entlang der gleichen Straße anzugreifen, wo sie während der Tet-Offensive 1968 für andere Einheiten Durchbrüche in den Verteidigungsring Saigons geschaffen hatte. Das bedeutete, daß es notwendig war, mehr als 100 Kilometer in einem Halbkreis Saigon zu umgehen. Hauptmann Huy sagte, daß die Division nachts marschierte und tagsüber rastete, wobei sie Deckung nahm in jedem Wald und Gebüsch, das übrig geblieben war, und sogar in offenem Gelände, wobei Stroh als Deckung benutzt wurde. Da die Truppen das Gebiet genau kann-
die Truppen das Gebiet genau kann-
ten, teilten sie sich in kleinere Gruppen auf und sammelten sich wieder an vorbestimmten Punkten. Der Feind machte sie nie aus, zum Teil, weil lokale Guerilla-Einheiten ihre Einkreisung der Saigoner Posten verstärkten und diese beschäftigt hielten, währenddessen sich die Einheiten der 9. Division allmählich gegenüber dem schwächsten Punkt in der Verteidigung Saigons sammelten.

Für diesen speziellen Angriff war die Division durch Artillerie-Einheiten verstärkt worden, einem Regiment mit 37-Millimeter-Luftabwehrkanonen und einem Artillerieregiment. Die Infiltration schwerer Waffen zusätzlich zu den Infanteriesoldaten, ohne den Verdacht der Saigoner Überwachung und des Geheimdienstes zu erwecken, scheint fast wie ein Wunder. Das Geheimnis, daß das möglich war, ist die absolute Loyalität der Bevölkerung in den Gebieten, durch die die Division marschierte.

"Erst als wir schon Position bezogen hatten, entdeckte uns der Feind", sagte Genosse Di Thien Tich, "aber immer noch hatte er keine Ahnung, welche Stärke und welche Feuerkraft wir hatten."

Zur Zeit, als der letzte Angriff begann, hatte die Luftwaffe der Befreiungsarmee bereits den Luftstützpunkt Bien Hoa und den Flugplatz Saigons, Tan Son Nhut, ausgeschaltet. Zur selben Zeit verteidigten sie mit in Da Nang erbeuteten amerikanischen Jägern des Typs A-37 und F-4 die eigenen anrückenden Truppen gegen jeglichen Angriff aus der Luft, den das Saigoner Oberkommando noch von seinem letzten Luftstützpunkt Can Tho im Mekong-Delta starten konnte. Die Befreiungskräfte hatten lang zuvor ihre Kräfte in Da Nangs Luftwaffenstützpunkte eingeschleust, damit sie sich die notwendigen technischen Kenntnisse am Boden verschafften. Noch am Tag der Befreiung Da Nangs begannen sie in den erbeuteten Flugzeugen zu üben.

Die Schlacht von Saigon verband meisterhafte Beherrschung klassischer Militärtechniken und -taktiken mit den zur höchsten Perfektion entfalteten Prinzipien des Volkskrieges. Das war das Geheimnis dafür, daß die Befreiungsstreitkräfte in der Lage waren, einen der größten militärischen Siege in der Geschichte zu erringen.

Die Marionettentruppen werden umerzogen

Die Mannschaften der Marionettentruppe, die sich ergeben hatten oder gefangengenommen wurden, bekamen besondere Erlaubnisscheine für sich und ihre Familien zur Rückkehr in ihre Heimatdörfer oder -städte. Niederen Offizieren wurde ein Dreitageskurs über das Wesen des verbrecherischen Angriffskrieges gegen das vietnamesische Volk und über die Gerechtigkeit des revolutionären Kampfes gegeben. Danach vereinigten sie sich mit ihren Familien, wahrscheinlich werden sie jedoch zu einem Auffrischungskurs einberufen werden, um festzustellen, ob sie eine patriotische Anschauung entwickelt haben. Wenn das so ist, werden sie als vollständig rehabilitiert angesehen werden, volle Bürgerrechte erhalten und nicht länger als "Marionetten" bezeichnet werden.
bezeichnet werden.

Angesichts der Tatsache, daß die höheren Offiziere schwerere Verbrechen und Verrat gegen die Nation begangen haben, für die sie in den meisten Ländern hingerichtet werden würden, wird ihr "Umerziehungskurs" längere Zeit dauern, bis sie tatsächlich die neue Auffassung einnehmen. Der US-Staatssekretär Kissinger mag diesen Umerziehungsprozeß als "Blutbad" bezeichnen, aber das Volk hier weiß, daß es die USA waren, die ein wirkliches Blutbad zwanzig Jahre lang unter den Vietnamesen anrichteten, das mit der Befreiung Saigons ein Ende fand.

Übersetzt aus "Guardian"

Beispiele der Leistungen beim Wiederaufbau aus dem Monat Juni

Innerhalb von zwanzig Tagen im letzten Monat haben die Volksbefreiungsstreitkräfte und die lokale Bevölkerung im Gebiet Quang Tri/Thua Thien/Hue (das ist direkt unterhalb des 17. Breitengrades) 20 000 Bomben und Minen von über 200 Quadratkilometern geräumt.

Der Landwirtschaftsdienst der Provinz Thua Thien hat mechanische Pflüge, Büffel und Ochsen in einige Regionen geschickt, damit sie die Produktion beschleunigen helfen. Sie wurden auch mit 2 000 Tonnen Düngemittel, Hunderte Tonnen Insektiziden und fast 300 Sprühgeräten versorgt. Außerdem wurden Hunderte Techniker zur Hilfe der Leute eingesetzt.

Der Forstdienst der gleichen Provinz hat kürzlich Informationszentren für die Bevölkerung über die Nutzung des Holzes und anderer Forstprodukte eingerichtet, Pläne für dieAufforstung von 156 000 Hektar Wald wurden erstellt und 150 000 Bäume vorbereitet dafür, in Gebiete verpflanzt zu werden, die von den Bombardierungen der USA verwüstet wurden.





Das Feuer hinterließ eine verwüstete Landschaft

Die Feuerkatastrophe war nicht unvermeidlich

Vor zwei Wochen nahm bei Stüde im Kreis Gifhorn eine der größten Brandkatastrophen in der Geschichte Norddeutschlands ihren Anfang. Fünf Feuerwehrleuten kostete sie das Leben. Über 8 000 Hektar Wald wurden vernichtet. In mehreren Ortschaften brannten Häuser und Gehöfte ab.

Über die unmittelbare Brandursache gibt es die unterschiedlichsten Auskünfte. Am 11.8. schreibt die 'Salzgitter Zeitung', der Brand sei "vermutlich durch Glutreste einer Lokomotive verursacht". Dann wurde "eine Zigarettenkippe als erste Brandursache vermutet, wenn auch die Beweise fehlen". Und je länger die Löscharbeiten dauerten, um so häufiger war von Brandstiftung die Rede. Fest steht auf jeden Fall, daß das Feuer sich verheerend schnell ausbreiten konnte. Daß die zunächst 500 bis 1 000 Feuerwehrleute und Mitglieder des Katastrophenschutzes, dann 5 000, 7 000 und schließlich 15 000 Mann einschließlich Bundeswehr über eine Woche brauchten, um das Feuer unter Kontrolle zu bekommen. Zeitweise traten bis zu 26 Brandherde gleichzeitig auf. Und noch immer schwelt der Torf bis in mehrere Meter Tiefe im "Weißen Moor".

Trockengelegtes Moor und Bruchholz

Ausmaß und rasche Ausbreitung der Feuersbrunst haben ihre Ursache keineswegs einfach im Sommerwetter und in der natürlichen Beschaffenheit der Heide. "Als Bergepanzer versuchten, den Torf umzuschichten, so daß der nasse Torf die schwelende Glut ersticken sollte, bemerkten die Fahrer, daß der Torf bis in zwei Meter Tiefe knochentrocken war. Die vollständige Entwässerung des Moores, von der heute praktisch nur noch zwei Torfwerke profitieren, war eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß das Feuer so schnell in den Boden dringen konnte", berichtete uns ein Augenzeuge.

Eine weitere Ursache: Große Mengen trockenes und morsches Bruchholz lagen in den Wäldern herum, die wie Zunder brannten: Sturmschäden von 1972, die immer noch nicht beseitigt waren. Von den 8 213 Hektar Wald, die nach Angaben des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums vernichtet wurden, waren 5 870 Hektar Privatwälder. Im Raum Stüde beispielsweise gehören die einzelnen Waldparzellen einer Vielzahl von überwiegend bäuerlichen Besitzern. "Es ist schon selten, daß einer mehrere Waldparzellen hat", erklärte ein Angestellter des Bauamtes der Samtgemeinde Sassenburg, zu der auch Stüde gehört, dem Reporter der 'Salzgitter Zeitung'. Viele dieser Bauern ringen um das Existenzminimum. Zwar hat die Bundesregierung nach der Sturmkatastrophe im November 1972 35 Millionen DM bereitgestellt für Schadenszahlungen, aber damit waren die Verluste der Waldbauern nicht gedeckt. Geld für die Aufforstung fehlte erst recht.

Die Bauern stehen vor der Katastrophe

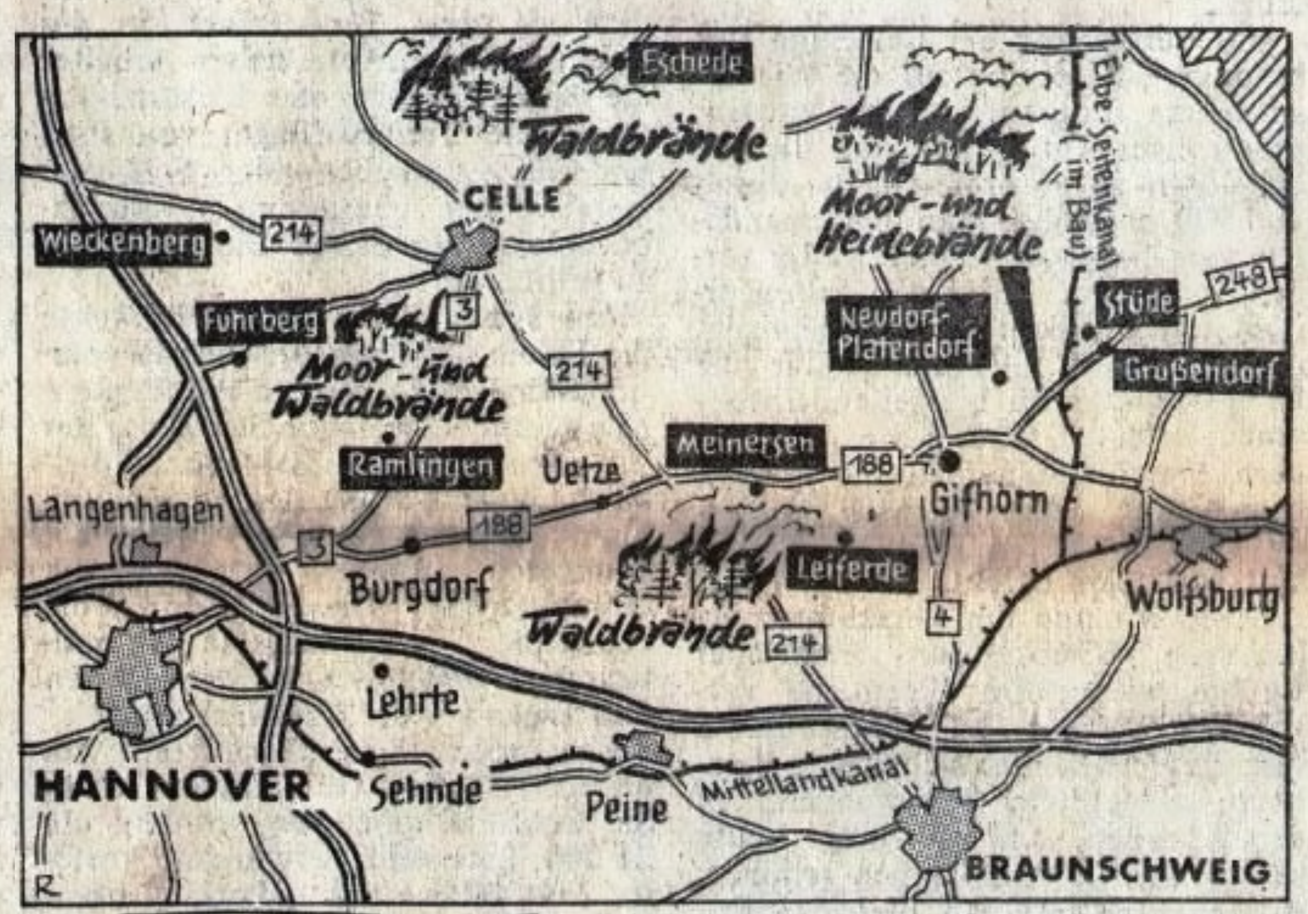
Jetzt hat es diese Bauern erneut getroffen. Zwar sind die meisten von ihnen feuerversichert in einer Gemeinschaftskasse, zu der das Land die Hälfte zuschießt. Der Landrat Bühmann aus Celle gab jedoch die Auskunft, daß die Versicherung nur die Abräum- und Aufforstungskosten decke, nicht den Wertverlust für das vernichtete Nutzholz. "Besonders hart seien die Waldbauern getroffen, die vom Windwurf erfaßt worden sind, gerade aufgeforstet haben und nun auf eine Rendite gewartet hätten." (Cellesche Zeitung, 13.8.) Wie katastrophal die wirtschaftliche Situation der Moor- und Heidebauern ist, bezeugt ein Vorfall aus Neudorf-Platendorf. Dort versuchten vier Bauern Selbstmord zu begehen, als ihre Höfe durch das Feuer bedroht waren. Diese Bauern werden auch mit den Versicherungsgeldern nicht in der Lage sein, wieder aufzuforsten. Und wenn sie es dennoch schaffen sollten, so werden es mit Sicherheit wieder feuer- und sturmschlaggefährdete Kiefernwälder sein müssen, die schnell wachsen.

Die Wirkung der Eigentumsverhältnisse

Der Sprecher des hannoverschen Landwirtschaftsministeriums, Friedrich, erklärte gegenüber dem 'Spiegel': "Die Wiederaufforstung ist Sache der Eigentumsverhältnisse. Wir können nicht sagen, ihr müßt aufforsten. Das kann man nur mit Beihilfen rauskitzeln." Das ist ein bemerkenswertes Eingeständnis über die Unfähigkeit, auf der Grundlage des Privateigentums die in der Land- und Forstwirtschaft auftauchenden Probleme zu lösen.

Soweit der Ministerialbeamte überhaupt Mittel der Lösung sieht, nennt er zwei, mit denen der bürgerliche Staat überall den Bauern begegnet: Ökonomisch "kitzeln" oder direkter Zwang. Ein "Forstexperte Bosse" fordert, "fortan in den Wäldern breite Brandschutzstreifen anzulegen, auch über Besitzgrenzen hinweg", also auch unter Verletzung der Interessen kleiner Bauern. (Spiegel 34/75)

Der Zusammenschluß der Bauern zur Entfaltung ihrer gemeinsamen Arbeitskraft auf der Grundlage des genossenschaftlichen Eigentums, diese Lösung existiert für die Ministerialbeamten nicht, obwohl sie zweifellos geeignet wäre, den Ursachen der Brandkatastrophen entschieden zu Leibe zu rücken. Und was sich die Behörden geleistet haben: In Gebieten, wo jederzeit mit Waldbränden im Sommer gerechnet werden muß, selbst bei der langanhaltenden Hitze keine Vorbereitungen dagegen zu treffen, das wäre einer großen Bauerngenossenschaft nie passiert. Die gemeinsame Arbeit genossenschaftlich organisierter Bauern ist fähig, Berge zu terrassieren, Kanäle zu bauen und Wüstengebiete zu bewässern. Sie besitzt ebenfalls die Fähigkeit, den Wald vor Feuer zu schützen und ihn aufzuforsten, wo er zerstört ist. Freigesetzt werden kann diese gemeinsame Kraft freilich nur, wenn sie vom Druck der Banken, der Düngemittelfabrikanten und Lebensmittelkonzernen befreit sind, die sie ausplündern und die Konkurrenz zwischen ihnen stacheln. Das setzt voraus, daß nicht mehr die kapitalistischen Privateigentümer an den Produktionsmitteln die Gesellschaft beherrschen, sondern die Arbeiterklasse die Macht ausübt, sich der Fabriken bemächtigt und den Bauern bei ihrem Zusammenschluß Hilfe leistet.



Die Brandgebiete in der Heide

Bei der Bekämpfung des Feuers hat ein einziges Chaos geherrscht. Darin sind sich alle Berichte einig. Es mangelte an Wasser, an Treibstoff für Wagen und Pumpen, an Schläuchen und Gasmasken. "Ein Feuerwehrmann, der mich fragte, ob ich irgend etwas zu essen hätte, meinte, er hätte seit zwei Tagen nur eine Flasche Cola gesehen, die ihm jemand gereicht hätte.

Spontane Hilfe nicht gefragt

Freiwillige Helfer wurden nach Hause geschickt mit der Bemerkung: 'Wir können nichts mit Euch anfangen. Wir wissen ja noch nicht einmal, wo unsere eigenen Leute stehen.' ", schreibt uns ein Genosse aus Gifhorn. "Untätig mußten die Bauern zusehen, wie ihre Ernten in den Flammen aufgingen. Niemand hatte ihnen gesagt, wie sie helfen könnten. Viele brachten aus eigener Initiative Jauchewagen mit Wasser oder Geräte. Einige wurden einfach wieder nach Hause geschickt."

Die Planlosigkeit hat tiefere Gründe

Daß das keineswegs einfach am Mangel an Planung lag, sondern daran, daß die widersprüchlichen Interessen der Beteiligten eine Planung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft selbst im Katastrophenfall unmöglich machen, belegt eine Nachricht der 'Salzgitter Zeitung' vom 13.8.: "Zweifel über den Verbleib am Katastrophenort hatten die Männer des Malteser-Hilfsdienstes. Aus Hildesheim hatten sie den Befehl bekommen, abzurücken, da die Bezahlung der Einsatzkosten nicht geklärt sei." Und die Kapitalisten machten sich ebenfalls ihre besonderen Gedanken: "Freiwillige nahmen sich von ihrer Arbeitsstelle frei. Die Betriebe erklärten sich zum größten Teil zur Lohnfortzahlung bereit, um später mit der Stadt (Salzgitter) abzurechnen. Sie wiederum wendet sich dann an den Landkreis Gifhorn. Ob er die erheblichen Kosten tragen kann, ist zweifelhaft, denn dieser Landkreis ist arm." (Salzgitter Zeitung, 14.8.)

Retter in der Not war schließlich die Bundeswehr, so wird es breit behauptet. "Übersicht, Koordination und planvollen Einsatz" habe sie in das Durcheinander gebracht. Die Nachrichten besagen anderes. Aus Leiferde berichtet am 13.8. ein Reporter: "Am Vortage war die Einsatzleitung bemüht gewesen, das südliche Waldstück durch Schneisen vom Brandherd abzutrennen. Ein Bergungspanzer hatte die über zehn Meter hohen Bäume 'umgemäht'. Fazit: Löschfahrzeuge konnten diese Schneise nicht mehr befahren. Helle Aufregung im Hauptquartier." Und einen Tag später: "Vor Ort blieben in Leiferde die Mannen der Panzergrenadiere aus Braunschweig – sie kampieren als Brandwache mitten im gefährdeten Waldgebiet am Leiferder Bahnhof. Dieser Befehl fand wegen des großen Risikos nicht die Zustimmung der Soldaten: 'Wir haben uns nachts im verräucherten Wald verlaufen, als wir kleine Feuer löschten.' Ein Suchtrupp mußte die Brandwache schließlich aufstöbern."

Ein Soldat aus Munster, der bei Eschede zur Brandbekämpfung eingesetzt war, schreibt uns: "Insgesamt war unser Einsatz ziemlich nutzlos, wenn auch durch unsere ständigen Patrouillenfahrten durch die verkohlten Waldgebiete bei der Bevölkerung der Eindruck entstehen mußte, als sei die Bundeswehr sehr aktiv bei der Sache."

Die insgesamt 15 000 Mann haben schließlich trotz bürokratischer Organisation, trotz gegenlaufender Interessen und Durcheinander das Feuer nach über einer Woche stoppen können. Der Tribut, der dabei entrichtet werden mußte, war hoch: 5 Männer sind verbrannt und 77 Quadratkilometer Land sind zerstört: "Auf der rund zehn Kilometer langen Brandfläche zwischen Oldendorf und Eschede etwa wird es binnen kurzem zu Erosionsschäden kommen ... Das meiste an Mutterboden ist vom Feuer verzehrt worden." (Spiegel) – (Red. nach Berichten)

Warten auf den Einsatz: Technisches Hilfswerk aus Braunschweig